

Roter Morgen

Zeitung der KPD

20. Jahrgang

21. März 1986

RM

Nummer 9

Wen soll die DGB-Abstimmung noch beeindrucken?

Das Argument der großen Zahl wird nicht stechen

von HORST DIETER KOCH

Der Bundesvorstand des DGB hat beschlossen, alle Lohnabhängigen in einer Abstimmung darüber zu befragen, ob sie den von der Regierungskoalition geplanten Anti-streik-Paragrafen befürworten oder ablehnen.

Gewiß, an dieser Abstimmung werden sich viel mehr Menschen beteiligen, als sich bislang an den Protestaktionen gegen die Änderung des § 116 beteiligt haben. Also ein richtiger Schritt zu einer noch breiteren Mobilisierung gegen die reaktionäre Gesetzesänderung? So hätte man es sehen können, wenn diese Abstimmung im Januar stattgefunden hätte.

Wen aber soll diese, hinsichtlich ihres Ausgangs eher spannungsarme Abstimmung jetzt noch beeindrucken? Dieser Regierung ist in dieser Frage mit dem Argument der großen Zahl allein nicht beizukommen. Eben weil sie in dieser Sache die große Zahl gegen sich weiß, will sie ihren Gesetzentwurf so schnell wie möglich über die parlamentarischen Hürden bringen in der Hoffnung, daß bis zur niedersächsischen Landtagswahl schon ein wenig Gras über die Sache gewachsen ist. Gewiß, die DGB-Abstimmung wird ihr ein Ärgernis sein — mehr nicht.

Der DGB-Beschluß für diese Abstimmung wird der Regierung und den Unternehmern andererseits auch Anlaß zum Aufatmen gewesen sein; denn dieser Beschluß war zugleich auch die Entscheidung der Gewerkschaftsspitze gegen eine qualitative Steigerung des Widerstands.

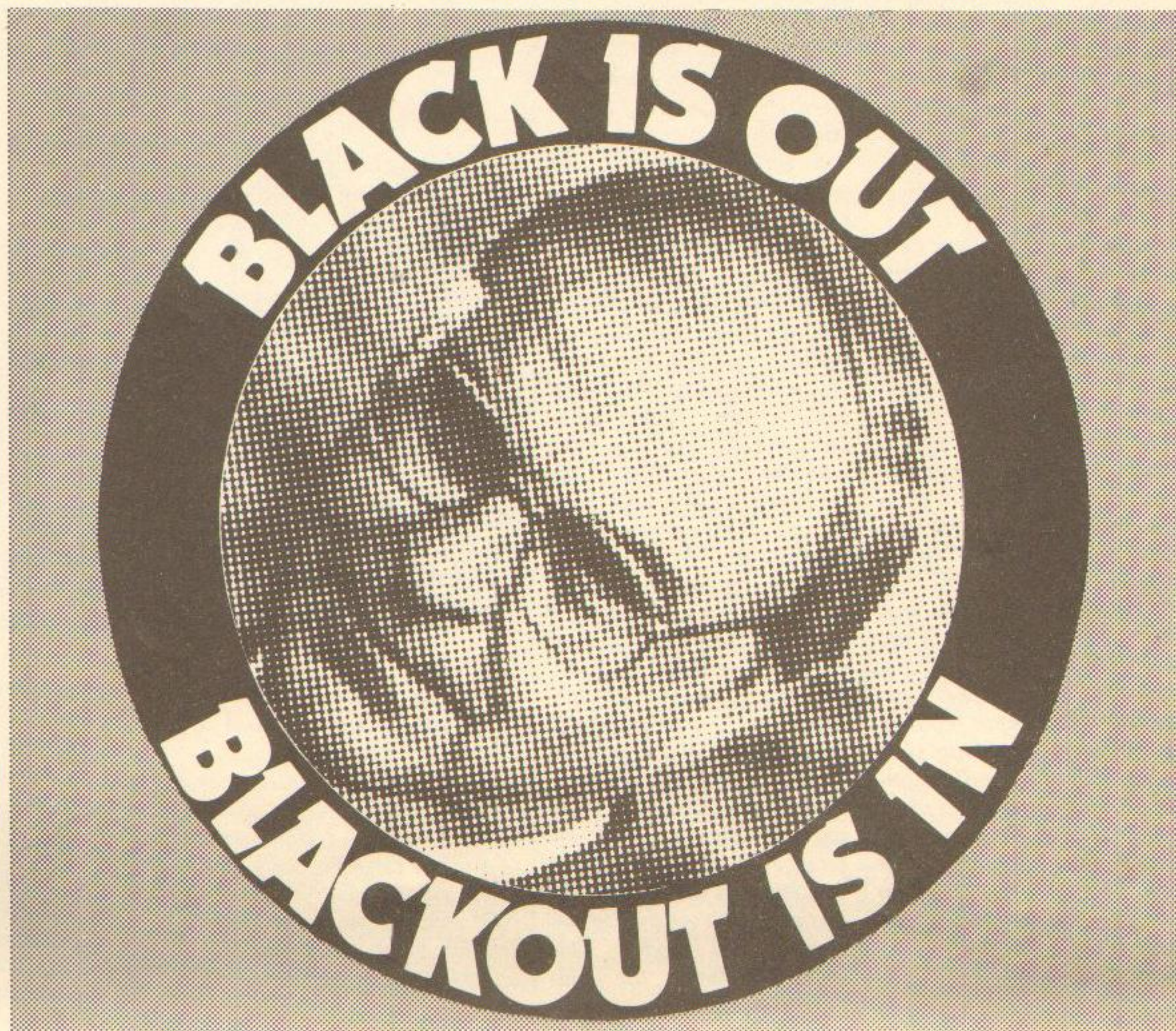
Die Aktionen am 6. März, an denen ca. 1 Million Kolleginnen und Kollegen trotz der massiven Ein-

schüchterungskampagne der Unternehmer teilnahmen, waren ein Erfolg. Sicher gilt das nicht für alle Betriebe und Orte in gleicher Weise. In der öffentlichen Diskussion aber hat der 6. März nachhaltig den Eindruck hinterlassen, daß die Gewerkschaften gegen den Angriff von Kapital und Reaktion mobilisierungs- und handlungsfähig sind.

Die Reaktion der Bonner Koalition auf den 6. März „Augen zu und durch“ hat aber auch deutlich gemacht, daß die Breite der „Volksbewegung“ für die Verteidigung des Streikrechts allein die Regierung nicht zum Rückzug bewegen würde. Nach diesem 6. März war auch klar, daß der viel diskutierte nächste Schritt einer Großdemonstration in Bonn zwar eine weitere sinnvolle Zuspitzung der politischen Auseinandersetzung, aber keine Entscheidung im Sinne der Gewerkschaften hätte bringen können.

Nach dem 6. März war endgültig klar: Nur ein Streikkampf hätte das Anti-Streikgesetz stoppen können. Die Gewerkschaftsführung, die die reaktionäre Reform des § 116 zu Recht als eine für die Gewerkschaften existenzielle Frage aufgeworfen hat, hat sich nicht dazu durchgerungen, mit aller Konsequenz für die Vereitelung dieses Angriffs auf das Streikrecht zu kämpfen.

So wird das Vertrauen in die Durchsetzungsfähigkeit der Gewerkschaften nicht gestärkt. So wird die Reaktion kaum von weiteren Angriffen abzuhalten sein. So wird auch Johannes Rau kaum in die Verlegenheit kommen, sein Versprechen, die SPD werde als Regierungspartei den alten Rechtszustand in Sachen § 116 AFG wiederherstellen, verwirklichen zu müssen.



„Würdiger Abgang?“

Skandale genug pflasterten den Weg der Regierung Kohl — und jeder dieser Skandale brachte Spekulationen über die Zukunft von Ministern, dann und wann aber auch über den Chef selber. So ist ja nicht erstaunlich, daß jetzt auch wieder allerorten über die Zukunft des Dr. Kohl spekuliert wird — die Probleme mit der Durchsetzung des § 116, schon zwei Ermittlungsverfahren am Hals und dann die Wahlschlappe in Schleswig-Holstein. Neu ist, daß eine ganze Schar von CDU-Größen nichts mehr dabei findet, daß die „Menschen im Lande“ ihren Unmut über den

Kanzler erfahren. Geißler hat ihn mit dem „Blackout“ zum Abschluß freigegeben, Biedenkopf feiert in Düsseldorf seinen Triumph und läßt Kohl nur eine Statistenrolle, und schließlich erklärt Barschel aus Schleswig-Holstein, er beteilige sich nicht an der Demontage: was wohl heißen soll, daß sie kräftig betrieben wird.

So scheint in diesen Kreisen die Meinung verbreitet, ohne Kohl wäre ihnen beim Gedanken an die nächsten Wahlen wohlher (und Umfragen und Wahlen scheinen denen Recht zu geben), und das Problem ist wohl hauptsächlich: wie kann man es erreichen, daß Kohl das auch so sieht?

Aber da gibt es doch Erfahrungen mit dem Abgang ungeliebter Kandidaten der CDU. Just der

Vorgänger von Herrn Kohl — der Herr Barzel — wollte erst nicht, und dann trat er doch plötzlich ab: Gespräche mit Herrn von Brauchitsch aus dem Hause Flick und einem Vertreter aus dem Hause Henkel halfen damals bei Barzel, seine Entscheidung zu überdenken. 1,7 Mill. über die Konten einer Frankfurter Kanzlei — das war damals der Preis. Beim Dr. Kohl wird's vielleicht etwas teurer, aber Gelder in dieser Höhe sind doch auch heute sicherlich kein Problem, wenn wieder einmal politische Landschaftspflege in Bonn angesagt ist.

Es muß sich doch eigentlich nur noch eine entsprechend hochkarätige Delegation finden, die diese Fragen mal mit dem Herrn Kohl besprechen müßte. Es muß ja nicht der Herr von Brauchitsch sein ...



NATO-AUSTRITT: Rechtzeitig vor dem Ostermarsch und vor dem Anti-NATO-Kongreß volle vier Sonderseiten zum Thema NATO. Argumente für die Forderung nach dem Austritt aus der NATO und dagegen, daß die GRÜNEN von dieser Forderung abrücken. **RM-Thema auf den Seiten 7 - 10.**

„ASYLANT“: Seit wann gibt es eigentlich in der öffentlichen Diskussion



das Wort „Asylant“? Was unterscheidet den Asylanten vom Flüchtling? Was haben der Asylant und der Sympathisant gemein? Ein erstaunlicher Artikel von Jürgen Link auf **Seite 11.** **ÖLPREIS:** Goldene Zeiten für Autofahrer. Winfried Wolff erläutert, warum das Benzin so billig ist, und warum es wieder teurer wird. **Seite 12 und 13.**



Liebe Leserinnen, liebe Leser, der „Rote Morgen“ hat nicht nur sein Gesicht verändert, er ist offenbar auch zum neuen Wortschöpfer in der BRD-Presselandschaft aufgestiegen. So war dem findigen Leser 14 Tage Zeit gegeben, um über Inhalt und Bedeutung „sozialfeindlicher Kompromisse“ nachzudenken. Handelt es sich vielleicht um asoziale Kompromisse? — Ganz falsch: „sozialfriedliche Kompromisse“ sollte es richtig heißen im Diskussionsbeitrag für eine Kandidatur bei den Bundestagswahlen von H. D. K.

Und wenn wir schon Fehler der letzten Ausgabe korrigieren, dann wollen wir auch nicht verschweigen, was vollständig gefehlt hat: die Beilage zum Thema „Konservative Wirtschaftspolitik“. Wir konnten zwar unsere Leser mit einer schweren „Beilage“ erfreuen, doch kein einziger Artikel behandelte das genannte — auch vereinbarte — Thema.

Das nächste „zum Thema“ in zwei Wochen bringt viel Unsicherheit in die Sicherheit der Unsicherheitsgesetze. Bis dahin können wir unseren Lesern nur viele bunte Eier, hoffentlich sonnige Freitage und etwas mehr Kritikfreudigkeit wünschen. Soll heißen: Schreibt doch mal, ob euch diese 16 Seiten alle zwei Wochen so gefallen oder nicht.

Eure Redaktion

Antisemitisch

„Juden sind oft arrogant und überheblich.“ — das ist kein Satz aus einem neonazistischen Pamphlet, sondern aus einem Fragebogen des Instituts für Demoskopie Allensbach. Der Befragte soll antworten: Trifft zu, trifft nicht zu, unentschieden.

Der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde Berlin, Galinski, hat gegen diesen Fragebogen scharf protestiert, weil er seiner Meinung nach den Antisemitismus geradezu herausfordert.

Freunde

„In freundschaftlicher Atmosphäre“ fand in München ein Treffen zwischen dem paraguayischen Außenminister und Stroessner-Vertrauten Carlos Augusto Saldivar und Franz-Josef Strauß statt. Der Außenminister des diktatorischen Regimes sprach danach in Bonn noch mit Innenminister Zimmermann und Entwicklungshilfeminister Warnke. Im Mittelpunkt der Gespräche stand der Ausbau der Beziehungen Paraguays zur Bundesrepublik.

Nachlese

Im Kommunalwahlkampf in Schleswig-Holstein warb die Junge Union u. a. mit folgendem Plakat für die Wahl der CDU: „The Soviet Union needs you! Join the West-German-Friedensbewegung“ (Die Sowjetunion braucht dich. Mach mit bei der westdeutschen ...) Bei

Spanien bleibt in der NATO

Große Enttäuschung bei den NATO-Gegnern — nicht nur in Spanien — nach dem lang umkämpften Referendum über die Zukunft der NATO-Mitgliedschaft: Die Befürworter haben sich durchgesetzt, trotz einiger Modifikationen können der NATO-Freund Gonzales, die NATO-Generäle und die im Militärpakt zusammengeschlossenen Verbündeten zufrieden sein. Fürs erste ist die Gefahr, die für die NATO von der breiten Widerstandsbewegung in Spanien ausging, gebannt. Die NATO hat jetzt einen verlässlicheren Partner als vor dem von vielen westlichen Politikern gefürchteten Referendum. Die NATO hat den gewünschten Landeplatz auf dem Weg von den USA nach Europa und das Sprungbrett nach Afrika.

Die Gründe für die — überraschende — Niederlage der NATO-Gegner sind sicherlich vielfältig. Schreckensbilder eines vom Westen, von Fortschritt und Entwicklung abgekoppelten Landes, die Gonzales malte, haben sicher eine Rolle gespielt, vielleicht auch die geringe Wahlbeteiligung, 40,3 Prozent haben nicht abgestimmt. Die Anti-Nato-Bewegung am Ende? Eine Volksbewegung, die das



Referendum in fünfjährigem hartnäckigem Kampf überhaupt erst durchgesetzt hat, die Millionen zu Kundgebungen und Demonstrationen auf die Straße brachte und immerhin noch 6,8 Millionen Menschen (39,8 Prozent) zu einem eindeutigen NATO — NO! mobilisierte, wird hoffentlich nicht völlig auseinanderfallen.

ZUVIEL!

Daß sich Gott und die Welt, vom NATO-Generalsekretär über CSU-Chef Strauß bis hin zu „Sozialisten“ wie Mitterand und Soarez in den Kampf des Felipe Gonzales für die NATO-Mitgliedschaft einschalten würden, war zu erwarten. Ziemlich überflüssig — um nicht zu

sagen schädlich — wenn ein „Spiegel“-Artikel stimmt — war die Bitte des nicaraguanischen Staatspräsidenten Ortega, Spanien möge doch in der NATO bleiben: „Dann habe Gonzales in Washington mehr Gewicht, den sandinistenfeindlichen Reagan von einer möglichen Intervention abzuhalten“. (Spiegel 12/86)

einem Info-Stand in Steinburg wurde die JU bei dieser Art Wahlwerbung auch von einem Staatssekretär namens Würzburg unterstützt.

IMB-Protest

Chiles Diktator Pinochet hat die Gewerkschaftswahlen der Kupferarbeiter annullieren lassen, weil der bekannte Arbeiterführer Rudolfo Seguel als Präsident gewählt worden war.

Der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) hat jetzt alle seine Mitgliedsverbände zu Protesten gegen diese Unterdrückungsmaßnahmen aufgefordert.

Solidarität mit U. Briefs

Wie berichtet, aht das DGB-eigene WSI-Institut gegen U. Briefs eine Kündigung ausgesprochen. Inzwischen läßt sich feststellen, daß es zu zahlreichen Solidaritätsbekundungen mit Ulrich Briefs gekommen ist. So ruft der Westberliner Psychologe Wolfgang Weber (TU-Berlin) in einem Brief an „betroffene Wissenschaftler, Institutsrepräsentanten bzw. gewerkschaftliche Funktionsträger“ zur Solidarität auf. Wolfgang Weber hält zwei Hintergründe für die gegen Briefs ausgesprochene Kündigung für wesentlich. Zum einen sein Engagement in den GRÜNEN, zum anderen seine „auch technologiekritischen Positionen“. W. Weber: „Er wurde im Laufe der Zeit zu einem der in der inter-

essierten Öffentlichkeit bekanntesten Warner vor einer an den Arbeitnehmerinteressen vorbeigehenden, einseitig an den Unternehmerinteressen ausgerichteten Technologieentwicklung und -anwendung.“

Erklärungen gegen die Kündigung können an den DGB-Bundesvorstand (Hans-Böckler-Str. 39, 4000 Düsseldorf 30) gerichtet werden.

Post-Azubis demonstrierten

In zahlreichen Städten der Bundesrepublik demonstrierten insgesamt 11 000 Lehrlinge der Bundespost für die Übernahme in den erlernten Beruf. Zu der Lehrlings-Aktion hatte die Deutsche Postgewerkschaft aufgerufen. Ende Februar hatte Bundespostminister Schwarz-Schilling demagogisch erklärt, er werde 1986 „allen Nachwuchskräften, die ihre Prüfung erfolgreich ablegen, einen Arbeitsplatz anbieten“. Der Herr Minister hielt allerdings „fachliche und örtliche Mobilität“ für erforderlich. Soll heißen: erstens nicht im erlernten Beruf und zweitens unter Umständen weit weg vom jetzigen Wohnort.

Deckel auf Dortmunds letztem Pütt?

Was seit Jahren befürchtet wurde, wurde von Ruhrkohle AG nun offiziell verkündet: Minister Stein, Dortmunds letzte noch fördernde

Kohlezeche, soll 1987 die Förderung einstellen. Offiziell genannter Grund: das abbauwürdige Kohlevorkommen sei dann erschöpft. Zweifel sind da — zumindest, was den frühen Zeitpunkt der Stilllegung angeht — angebracht. Es ist noch nicht lange her, daß den Kumpels in Dortmund-Eving „sichere Arbeitsplätze bis ins Jahr 2000“ versprochen wurden. Jetzt stehen Mitte '87 3 000 Arbeitsplätze in Zulieferbetrieben auf der Abschußliste. Den von der Stilllegung unmittelbar betroffenen Kumpels sollen Frühverrentung bzw. Arbeit auf anderen Schachtanlagen angeboten werden.

Neues von BMW

Der IGM-Vorsitzende Hans Mayr hat gegen BMW-Manager Strafanzeige wegen Beeinflussung der Betriebsratswahl 1984 gestellt. Anlaß ist das durch das Westberliner Solidaritätskomitee bekannt gemachte Schreiben der Chefredakteurin der BMW-Werkszeitschrift „bayernmotor“ an den Westberliner Personalchef Neulinger. In diesem Schreiben war die Steuerung der sogenannten „Mannschaft der Vernunft“ durch die BMW-Spitze eindeutig dokumentiert worden.

Rainer Knirsch, einer der drei entlassenen BMW-Gewerkschafter, erhielt eine Änderungskündigung. Sein neuer Arbeitsplatz sollte eine BMW-Niederlassung in Essen sein, sein Stundenlohn um drei Mark niedriger,

seine Aufgabe die Auto-pflege. Großzügig bot BMW ein Jahr lang Lohnausgleich und Übernahme der Umzugskosten an. Rainer Knirsch hat die Änderungskündigung vorbehaltlos abgelehnt und beim Arbeitsgericht Klage eingereicht.

Zum Erfolg für die aktiven BMW-Gewerkschafter wurde die Vertreterwahl. Ihre Kandidaten konnten sich gegen die der „Mannschaft der Vernunft“ durchsetzen.

Tarifverhandlungen Metall vertagt

In Bayern, Hessen, Südwürttemberg/Hohenzollern und in Rheinland-Pfalz sind die Verhandlungen über den Lohntarif in der Metallindustrie auf Anfang April vertagt worden. Bis zum Erscheinen dieser Ausgabe werden in weiteren Bezirken die Verhandlungen begonnen haben. Aber auch hier wird mit Vertagung gerechnet, ohne daß die Unternehmer ein Angebot vorlegen. Vor Beginn der Verhandlungsrunde erklärte Gesamtmetallgeschäftsführer Kirchner laut „Handelsblatt“ vom 11.3.: „... der Tarifabschluß im Öffentlichen Dienst (könne) keine Richtzahl sein. Die Metallunternehmen stünden im internationalen Wettbewerb...“ Die IG Metall fordert Lohnerhöhungen zwischen 6,5 und 7,5 Prozent.



Am 11. März 1986 verstarb im Alter von 65 Jahren unsere Genossin

Liesel Kniedler

In ihrer Jugend kam sie über den Widerstand gegen den Hitlerfaschismus zur Kommunistischen Partei. Auch nach dem Verbot hielt sie an ihren Anschauungen fest und setzte sich ihr Leben lang dafür praktisch ein: gegen die Wiederaufrüstung in der BRD, gegen den Vietnamkrieg, für den Befreiungskampf in Kambodscha und Zimbabwe, für die Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse. In den letzten Jahren lag ihr der Kampf gegen das Wiedererstarken der Reaktion in unserem Land, gegen die neuen und alten Nazis, besonders am Herzen.

Im Wahlkampf gegen die Kandidatur von Franz-Josef Strauß lernten wir Liesel kennen, und seitdem war sie Mitglied in unserer Partei. Auch als ihre Krankheit ihr schon immer mehr zu schaffen machte, war sie dabei, wo sie nur konnte. So manche Versammlung hat sie mit ihren echt kölschen Kommentaren belebt und so manchen politischen Gegner damit in Bedrängnis gebracht.

Sie hatte nichts übrig für große Worte und würde nicht wollen, daß man jetzt so viel Gutes über sie sagt. Sie hat das getan, was sie für richtig hielt.

Wir trauern um unsere Genossin.

Ortsgruppe Köln der KPD

Roter Morgen

Herausgeber: ZK der Kommunistischen Partei Deutschlands (Marxisten-Leninisten) KPD Verlag Roter Morgen GmbH, 4600 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Bestellungen an Vertrieb 4600 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321 000 290. Verlag Roter Morgen, Tel.: 0231/433691. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Platzmann-Druck, 4600 Dortmund. Erscheinungsweise: zweiwöchentlich Freitags. Einzelpreis 1,50 DM, Abonnement: 40 DM für 1 Jahr, 20 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Dem „Roten Morgen“ liegt viermal im Jahr die „Gemeinsame Beilage zu den Publikationen von AAU, BWK, FAU-HD (A), FAU-R, GIM, KG (NHT), KPD, PA“ bei.

Keine Freizügigkeit?

Nach dem EG-Assoziierungsvertrag von 1966 ist der Türkei die völlige Gleichstellung mit EG-Bürgern und damit die „Freizügigkeit“ ab 1. Dezember 1986 zugesichert. „Freizügigkeit“ bedeutet, daß die heute noch geltenden Einschränkungen beim Familiennachzug, der Visazwang, die Benachteiligung bei der Erteilung einer Arbeitserlaubnis usw. hinfällig wären und insbesondere die im Zimmermann-Ministerium geplanten weiteren Verschärfungen gegenüber Menschen aus der Türkei nicht in Kraft treten könnten.

Kein Wunder, daß insbesondere die Bundesregierung zu den Regierungen der EG zählt, die am nachhaltigsten auf die Aufschubung der „Freizügigkeit“ drängt. Im Gespräch ist jetzt die Verschiebung bis mindestens 1992. Bis dahin soll eine Übergangsregelung gelten. Sie enthält einerseits Erleichterungen beim Familiennachzug — nach einem Jahr ununterbrochener Beschäftigung kann der Ehemann die Ehefrau und die Kinder nachholen — hält andererseits die Benachteiligung auf dem Arbeitsmarkt aber weiter aufrecht: Türken im erwerbsfähigen Alter dürfen nur zuwandern, wenn ein nachgewiesener Arbeitsplatz nicht mit EG-Bürgern besetzt werden kann.

Für die betroffenen Menschen ist es wenig Trost, wenn die Regierungspolitiker auf eine ähnlich menschenfeindliche Regelung verweisen, die als Übergangsregelung für Spanien und Portugal gilt. Der besondere „Hammer“ bei der Türkei-Regelung besteht allerdings darin, daß Menschenrechte gegen die finanzielle Unterstützung der faschistischen Junta ausgespielt werden. Damit die türkische Regierung dieser Aufschubung zustimmt, will die EG-Kommission 22,5 Millionen Mark zahlen, aus einem Topf von insgesamt 60 Millionen Mark, der seit dem Militärputsch 1981 „eingefroren“ ist ...

Unglaublich

Auf Antrag der SPD befaßte sich der Landtag von Baden-Württemberg am 26.2.86 mit der Frage, ob die VVN gemeinnützig ist oder nicht.

Am 12.4.85 war der VVN in Baden-Württemberg nämlich die Gemeinnützigkeit mit der Begründung aberkannt worden, daß ein Schwerpunkt ihrer Tätigkeit der Kampf gegen die Stationierung neuer Raketen sei. Die gleiche Finanzverwaltung hatte übrigens drei Jahre zuvor dem „Waffen-SS-Kameradschaftsverband Leibstandarte Adolf Hitler“ bescheinigt, gemeinnützig zu sein.

Die Forderung, die Anerkennung der Gemeinnützigkeit sofort aufzuheben, wurde durch die CDU-Mehrheit im Landtag abgeschmettert.

Geheim

Ostern — pünktlich zum Ostermarsch? — sollten die SDI-Verhandlungen zwischen Bonn und Washington eigentlich abgeschlossen sein. Aber daraus wird wohl nichts. Die Interessensgegensätze scheinen zu groß, als daß sie sich durch noch so große Verhandlungshektik in wenigen Tagen beseitigen ließen.

Bonn und den westdeutschen Unternehmen geht es um den umfassenden Zugang zu neuen Technologien und um deren ungehinderte Nutzung. Außerdem natürlich auch um sichere Zusagen für ein möglichst großes Auftragsvolumen. Washington geht es vor allem um die allseitige Unterstützung für sein SDI-Programm. Weshalb Washington auch zuerst das SDI-Rahmenprogramm und dann erst das Technologietransferabkommen abschließen möchte.

Worum der Streit im einzelnen geht, weiß man nicht. Denn alles, was verhandelt wird, ist streng geheim. So geheim, daß noch nicht einmal die zuständigen Ausschüsse des Bundestages informiert sind. Ein Schicksal, das die Bonner Parlamentarier übrigens mit ihren britischen Kollegen teilen. Denn die kennen den Inhalt der britischen SDI-Vereinbarung mit Washington vom November letzten Jahres bis heute noch nicht.

Was an die Öffentlichkeit dringt, sind vor allem die beharrlichen Anstrengungen Washingtons, das lächerliche Gerede von Genscher & Co. darüber, daß die SDI-Verhandlungen vollkommen unmilitärischer Natur seien, zu zunichte zu machen. Jüngste Beispiele: der Streit um die Berlin-Klausel und die „Anlaufstelle“ für westdeutsche Firmen. Hier hat sich jetzt auch F. J. Strauß zu Wort gemeldet. Er fordert, daß Wörner endlich selbst die Verhandlungen führen soll. Und Strauß muß ja schließlich wissen, warum es bei den Verhandlungen geht, oder?

(kw)

Ein Sieg der Rechten

Die Beteuerungen aus der französischen Sozialistischen Partei, es sei ja gar nicht so schlimm gekommen wie befürchtet, ziehen nicht: rund 55 Prozent der abgegebenen Stimmen bekamen bei den Wahlen am 16. März die Parteien der Rechten, von der sogenannten rechten „Mitte“ bis zu den Faschisten des Führers der Front National Jean-Marie Le Pen.

Besonders beunruhigen muß vor allem das Ergebnis der Front National. Nur eine Woche nach dem Mord eines Kommandos der Le-Pen-Partei an einem Wahlhelfer der Sozialistischen Partei konnte sie mit fast 10 Prozent der abgegebenen Stimmen (gleich 33 Abgeordneten) einen großen Sieg feiern. Rassismus und Ausländerfeindlichkeit sind dabei gar nicht mal Monopol der Front National. Anhänger solcher Strömungen haben sicher auch eine politische Heimat bei den anderen Parteien der Rechten.

Die parlamentarische Linke hat verloren. Die KPF ist auf den tiefsten Stand seit langem gesunken. Präsident Mitterrand sucht jetzt Partner für eine konservative Regierung unter seiner Präsidentschaft. Ein Präsident der Sozialistischen Partei, der mit einem Premierminister der Rechten gemeinsam regiert, das ist, bei der Machtfülle, die die französische Verfassung dem Präsidenten gibt, auch gleichzeitig ein Verzicht auf konsequente Massenmobilisierung der Sozialisten gegen eine französische „Wenderegierung“. Kohabitation nennt man dies Zusammenspiel in Frankreich. Kohabitation, lateinisch, heißt Beischlaf — vielleicht wäre ein ansonsten so ungeliebter Interruptus hier doch ganz angebracht ... (mb)

Killer-Legionäre auch in NRW?

Schon Ende vergangenen Jahres erregte Rainer Rene Graf Adelmann von Adelmansfelden, Chef und Begründer des „Bundes Deutscher Legionäre“ (BDL) öffentliches Ärgernis, als er gegenüber dem „Spiegel“ erklärte: „Wir wollen das Kriegshandwerk in Deutschland wieder zu einem freien Beruf machen und bauen eine private Armee auf. Unsere Leute werden darin ausgebildet, wie man tötet und selbst überlebt.“ Bevorzugte Einsatzgebiete: „Entwicklungsländer, die noch eine Reihe von Korrekturen ihrer Grenzen und Staatsformen nötig haben“ und „militärische Säuberung eines Staatsgebiets“. 700 Interessenten aus dem In- und Ausland hat der Graf nach eigenen Angaben um sich geschart. Er unterhält ein

„Survival-Camp“ in Schöna, wo das lautlose Töten mit der Drahtschlinge, der Umgang mit Handgranaten sowie operative Guerillakampfabungen trainiert werden. Die BDL-Truppe ist derzeit auf einem deutschen Forstgut in Chile im Einsatz, um dort „Indianer abzuschließen“. Der Präsident eines mittelafrikanischen Staates, der sich bislang von algerischen Söldnern bewachen ließ, soll nach Angaben des Konstanzer „Südkurier“ „30 deutsche Legionäre angefordert“ haben. Und wie die taz recherchierte, liegt eine Anfrage der südafrikanischen Botschaft in Bonn für Objektschutz in Südafrika vor. Auf der Liste stehen Firmennamen wie: AEG, Mercedes, Agfa, Gerling und Bayer.

Die Fernsehsendungen



Polizei besetzt Heusner-Viertel

Bochum — Weit über 350 Polizisten waren am 12. März rund um die Uhr im Einsatz, um vier Häuser und eine Schule abzureißen, sowie rund 130 Menschen obdachlos zu machen. — Das Heusner-Viertel ist ein Sanierungsgebiet in Bochum, das für den Bau der „Westtangente“ (eine überflüssige Stadtautobahn) weichen muß und bis zum Abrißtermin an die „Szene“ vermietet bzw. von ihr besetzt wurde.

Vor rund vier Wochen war der erste Polizei-Angriff auf die Pestalozzi-Schule fehlgeschlagen, denn Informationen waren an die Besetzer durchgesickert, die ihrerseits mehrere hundert Menschen ins Viertel mobilisieren konnten. Aus dieser „Panne“ lernend, wollte Bochums neuer Polizeipräsident Dr. Schermer Stärke demonstrieren. Er ließ alle Zugangsstraßen zum Heusner-Viertel hermetisch abriegeln und überraschte die Bewohner morgens um 10 Uhr mit 350 Polizisten, die sofort damit begannen, die Häuser nach angeblichen „Ruhestörern“ und „Waffen“ abzusuchen. Viele der Bewohner kamen abends von der Arbeit, Schule oder Uni und standen vor vollendeten Tatsachen ohne Möbel, Wohnung usw.

Per Gerichtsbeschluß

konnte bis zum 21. April der weitere Abriß von vier Häusern aufgeschoben werden. Bis dahin muß die Stadt den „Zwang zur sofortigen Räumung nachweisen“.

Am Samstag den 15. März demonstrierten 400 Menschen — „bewacht wie ein Zug von Ameisen“ (WAZ) — gegen die Räumung des Heusner-Viertels in Bochum. Dabei wurde wie bei allen Heusner-Viertel-Demos der letzten Wochen das Recht zur Demonstration in eine „Pflicht zur Demonstration“ umgekehrt. Denn die Polizei bestimmt durch ihre Ketten nicht nur den Weg, sie ließ auch keinen aus der Demonstration heraus. Leibesvisitationen bei Passanten und „mutmaßlichen“ Demonstranten gehörten genauso zur Polizeistrategie wie die Ablichtung der Demonstranten auf Fotos und Video. Schon eine Stunde vor Demo-Beginn war ein Polizeiwagen durch die Innenstadt gefahren, um über Lautsprecher zu verkünden: „Achtung, Achtung. Hier spricht die Polizei. Ab 11.00 Uhr findet am Dr.-Ruer-Platz eine angemeldete Demonstration gegen den Abriß des Heusner-Viertels statt. Störungen sind nicht ausgeschlossen. Geschäftsinhaber werden daher gebeten, die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen zu ergreifen.“

Total erfaßt

Stockholm. Der bisher größte in Schweden aufgedeckte Datenskandal hat ungeheure Ausmaße. Ein 1966 gestartetes Forschungsprojekt namens „Metropolit“ führte zu einer immensen Ansammlung von Daten über 15000 Bürger.

Alle in Stockholm im Jahre 1953 geborenen Menschen wurden erfaßt und sollten bis an ihr Lebensende von Datensammlern „begleitet“ werden. In aller Heimlichkeit wurden die Datensammlungen verschiedener Behörden angezapft, die „Metropolit“-Datei enthielt Angaben über genaue Familienverhältnisse, Krankheiten, Drogenmißbrauch, Arbeitslosigkeit und vieles andere mehr. Anfang der siebziger Jahre wurden auch Angaben über Parteizugehörigkeiten gespeichert. Forschungsziel: Welche persönlichen Verhältnisse und Voraussetzungen lassen eine linke politische Orientierung erwarten.

Nach schwedischem Recht ist die Sammlung von Daten über Rasse, Religion oder Parteizugehörigkeit von Bürgern verboten.

Nulltarif

Wie in vielen anderen Städten fand im Oktober letzten Jahres auch in Bremerhaven eine Schwarzfahraktion zur Durchsetzung der Forderung nach einem Nulltarif für Erwerbslose im öffentlichen Nahverkehr statt. Aufgerufen hatte die ALIB (Arbeitsloseninitiative Bremerhaven). Gegen einen der rund 20 Teilnehmer findet jetzt deshalb ein Prozeß wegen „Erschleichung von Beförderungsleistungen“ statt. Und zwar am 3.4., 9.00 Uhr im Amtsgericht.

Positiv in diesem Zusammenhang: Der DGB Bremerhaven ist jetzt auch mit der Forderung nach Nulltarif an die Stadtverordnetenversammlung und den Magistrat herantreten. Vielleicht tut sich ja doch noch was.

Politischer Wille genügt

Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg hat entschieden, daß eine einfache Änderung des niedersächsischen Kommunalwahlgesetzes ausreichen würde, um dem ausländischen Teil der Bevölkerung das kommunale Wahlrecht zu geben. Eine Änderung der Verfassung hält das Gericht nur im Falle des Wahlrechts für den Landtag und den Bundestag für nötig.

Es ist das erste Mal, daß ein Oberverwaltungsgericht in dieser Weise Stellung bezogen hat.

Die Entscheidung des OVG Lüneburg ist nicht nur für Niedersachsen, sondern auch für Baden-Württemberg, Hessen, Nordrhein-Westfalen und das Saarland wichtig, weil in diesen Bundesländern eine ähnliche verfassungsrechtliche Situation besteht. Zumindest in diesen Bundesländern wäre die Einführung des kommunalen Wahlrechts also kein Problem — wenn der politische Wille vorhanden wäre.



„aktuelle Stunde“, „Panorama“ und die taz brachten Informationen ans Tageslicht, die einerseits darauf hindeuten, daß der BDL verstärkt in NRW um Leute wirbt, hier wohl auch — in der Nähe von Paderborn — die Einrichtung eines weite-

ren Camps plant, andererseits ziemlich sicher davon ausgegangen werden muß, daß Soldaten der Bundeswehr beim BDL tätig sind und der BDL u.a. auf dem Standortübungsplatz Augustdorf und Speyer Schießübungen durchführt.



Ein seltenes Bild aus Südafrika. Bewaffnete schwarze Polizisten grüßen einen Trauerzug mit Opfern des Apartheidregimes. Es zeigt aber auch die unverminderte Stärke der Protestbewegung gegen das Rassistenregime, die sich auch von der formalen Aufhebung des Ausnahmezustands nicht beeindrucken ließ.

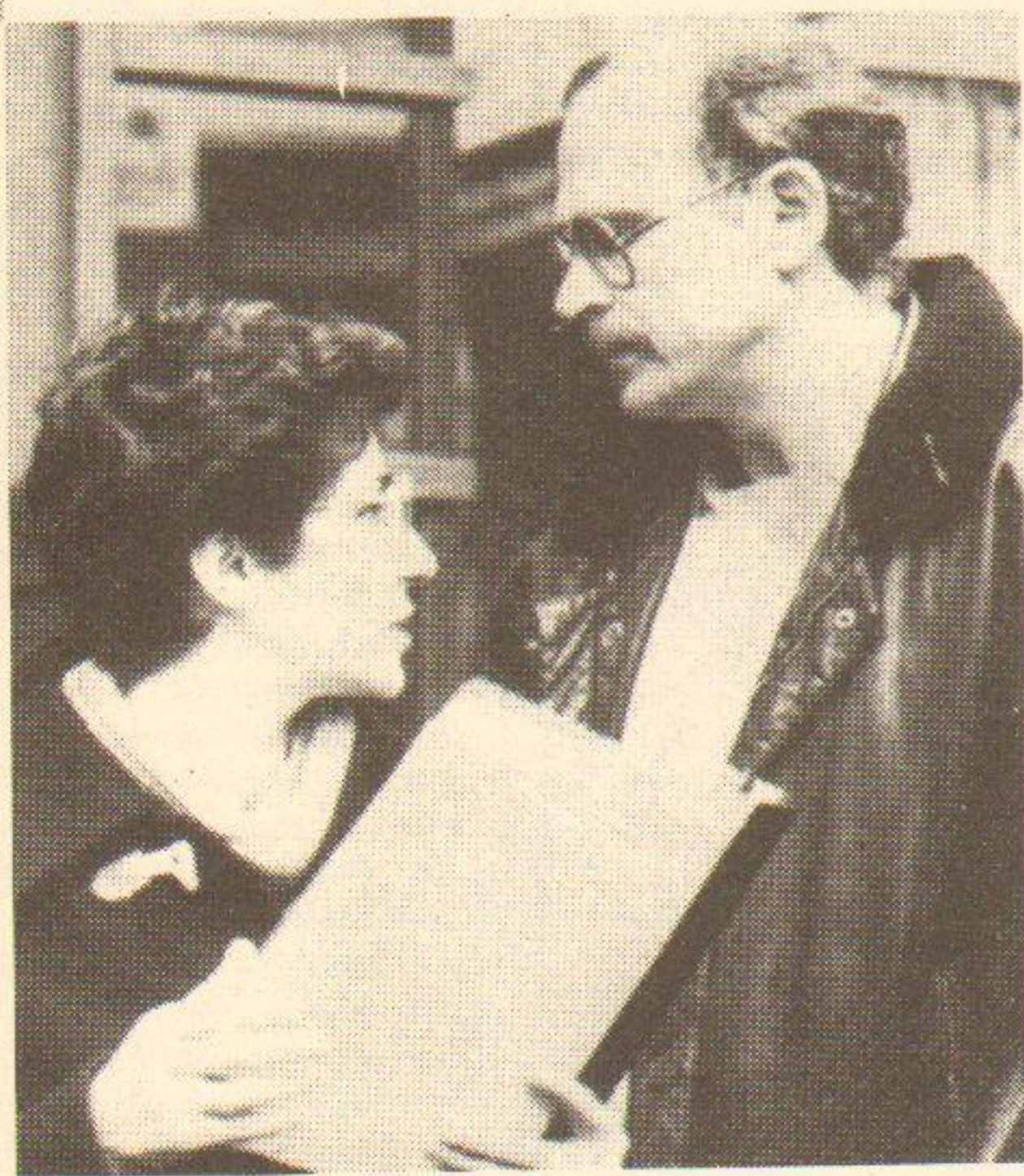
Zwischen 30000 und 50000 Menschen machten am 2. Märzwochenende die Beerdigung zweier schwarzer Opfer der weißen Polizei zu einer eindrucksvollen Sympathiekundgebung für den ANC. Und in den Bergwerken häufen sich die Streiks der schwarzen Kumpel trotz massiver Aussperrungen und brutaler Polizeieinsätze gegen Gewerkschafter, bei denen bislang mindestens sechs Bergarbeiter erschossen wurden.

Repressalien gegen die MLPD

Der Bundeswahlleiter vertritt die Auffassung, das Statut der MLPD verstoße gegen das Parteiengesetz und weist darauf hin, daß damit möglicherweise die Zulassung der MLPD zur Bundestagswahl 1987 in Frage gestellt sei. Die Großbanken haben sich in offensichtlicher Absprache bislang geweigert, der MLPD die Eröffnung eines Kontos zu ermöglichen und sind bislang in dieser Haltung von der Justiz gestützt worden. Das Finanzamt schickt der MLPD einen Steuerbescheid mit dem Hinweis, die „MLPD sei keine politische Partei“. In Gelsenkirchen wird der MLPD ein Platz für ein Jugendtreffen von der Stadt verweigert. In Hamburg wird der MLPD verweigert, für eine Großveranstaltung mit Stelltafeln zu werben — mit der Begründung, die MLPD sei keine politische Partei.

Obwohl die letzten beiden Maßnahmen inzwischen zurückgenommen worden sind, muß festgestellt werden: Der Protest der MLPD gegen diese Repressalien ist berechtigt, vor allem die Angriffe auf die Parteieigenschaft der MLPD erfordern die Solidarität aller revolutionären Sozialisten.

Die MLPD hat für den 22.3.86 in Gelsenkirchen zu einer zentralen Demonstration „Verteidigt das Koalitionsrecht“ aufgerufen. Mit der politischen Stoßrichtung des Aufrufs, der den Gedanken nahelegt, das Eintreten für die Rechte der MLPD sei derzeit die zentrale Frage im Kampf für das Koalitionsrecht, konnten wir uns nicht einverstanden erklären. Auch bezweifeln wir, daß eine zentrale Demonstration in dieser Frage überhaupt eine geeignete Maßnahme ist. Auf Wunsch der MLPD geben wir aber den genauen Termin der Demo gern bekannt: um 11.00 Uhr soll es an der Gesamtschule Ückendorf in Gelsenkirchen losgehen.



Sicherheitsrisiko

Nach vierjähriger Arbeit bei der Süddeutschen Krankenversicherungs-AG in Stuttgart erhielt Sevgi Ünlü jetzt zum 31.3.86 die Kündigung und Hausverbot. Begründung: sie sei ein Sicherheitsrisiko. Warum Sevgi Ünlü so plötzlich zum Sicherheitsrisiko geworden ist, will die Ge-

schaftsleitung nicht sagen. Im Kündigungsschreiben wird allerdings ausdrücklich Bezug genommen auf eine Aktion vor dem Ausländeramt in Stuttgart, bei der Sevgi Ünlü gemeinsam mit Günter Wallraff versuchte, die drohende Abschiebung mehrerer türkischer Mitbürger zu verhindern. Die Aktion hatte übrigens Erfolg.

Sanitär-Handwerk: Bespitzelung

KÖLN. Die Handwerksinnung für Sanitär- und Heizungstechnik hat einen Fragebogen an ihre Mitglieder versandt, in dem u.a. nach gewerkschaftlichen Aktivitäten in den Mitgliedsbetrieben gefragt wird. Das mit dem Aufdruck „Chefsache — vertraulich“ versehene Papier sei „keine Kölner Erfindung“ betonte ein Sprecher der Innung gegenüber der Lokalpresse.

Gefragt wird in dem Fragebogen z.B. nach der Zahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter; ob der Organisationsgrad steigt oder fällt und welche „Art von Maßnahmen seitens der Gewerkschaftsvertreter im Unternehmen ergriffen werden“.

Der Innungssprecher begründete die Aktion wie folgt: „Wir wollen uns lediglich einen Überblick verschaffen, wie stark die Gewerkschaft, der wir vor allem in der letzten Tarifrunde völlig ausgeliefert waren, tatsächlich in den Betrieben verankert ist.“ Walter Malzkorn von der Kölner IG Metall nannte den Fragebogen einen „unerträglichen Aufruf zur Bespitzelung der Arbeitnehmer“.



Noch schlimmer

Die dem Bundestag vorliegende Novellierung des Schwerbehindertengesetzes (SchwbG) ist wieder einmal ein rechtes Stück Wendepolitik. Das bisherige Gesetz, dessen eigentliches Ziel die Eingliederung von Schwerbehinderten in Arbeit, Beruf und Gesellschaft ist, hat dieses Ziel nicht erreicht. Die „Ausgleichsabgabe“, die Unternehmer mit über 16 Beschäftigten zahlen müssen, wenn sie keine Schwerbehinderten einstellen, beträgt lächerliche 100 DM im Monat, zusätzlich ist diese Summe steuerlich absetzbar. Mit diesem Betrag kaufen sich über 55 Prozent aller Unternehmer frei von der Einstellung Behinderter, die nämlich einen größeren Kündigungsschutz und Anspruch auf sechs Tage Zusatzurlaub im Jahr haben. Sogar der große „Arbeitgeber“ Land Nordrhein-Westfalen verfährt so.

Die Koalition will dies Gesetz jetzt „verbessern“. Das Konzept der Wendeparteien: „Einstellungshemmnisse abbauen“. Konkret bedeutete das, der Kündigungsschutz soll schwächer werden, der Zusatzurlaub gekürzt, notwendige Kuren auf den Urlaub angerechnet werden und die „Ausgleichsabgabe“ auf 150 DM erhöht werden, was den Unternehmer ein Lächeln kostet... Steuerlich absetzbar!

3. Unfall in WAA

Seascale, Nordengland. Zum drittenmal innerhalb eines Monats ist es in der Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe in Seascale zu einem Unfall gekommen. Wie die staatliche Betreiberfirma mitteilte, sei wiederum Radioaktivität „in einigen Fällen“ ausgetreten. Betroffene Arbeiter mußten sich einer „Entgiftungsbehandlung“ unterziehen.

Ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß nannte die Anlage „Europas größten Verursacher von radioaktiver Strahlung“ und bezeichnete die Einrichtungen für den Atomabfall als ein „Trümmerfeld“. Mittlerweile hat sich auch die irische Regierung protestierend gemeldet, die Strahlung ist in der Irischen See und an der irischen Küste zu einem Problem geworden.



FAP-Faschisten marschieren in Hameln auf

800 Demonstranten protestierten am 8. März in der Hamelner Innenstadt gegen ein geplantes Auftreten der neofaschistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP).

Die FAP hatte zu einem „Bundesparteitag“ mit Kundgebung in Hameln aufgerufen und wollte einen Gang zum Hamelner Waldfriedhof machen, auf dem 30 von der britischen Militärregierung hingerichtete NS-Verbrecher liegen. Deren Gräber waren wenige Tage zuvor vom CDU-Stadtrat eingeebnet worden, nachdem entsprechende Anträge lange Zeit hinhaltend behandelt worden waren.

Die niedersächsische Landesregierung hatte für diesen Tag offensichtlich beschlossen, der FAP die Straße freizumachen. Angesichts der 800 Antifaschisten war ihr dies jedoch auch mit einem bürgerkriegsmäßig aufmarschierten Polizeiaufgebot von nach örtlichen Schätzungen nahezu 2000 Polizisten am Vormittag noch nicht gelungen, die FAP wagte es zu diesem Zeitpunkt noch nicht, einen Aufmarsch zu organisieren. Alle Demonstranten spürten aber am Verhalten der Polizei, die in Doppelreihe zu beiden Seiten der Demonstration marschierte, gegen wen diese Demonstration der Staatsgewalt gerichtet war.

Auf der abschließenden Kundgebung kritisierte allerdings als einziger der Fraktionsvorsitzende der Grünen im niedersächsischen Landtag, Jürgen Trittin, diesen Polizeiaufmarsch, während der VVN-Vorsitzende an die Kollegen von der Polizei und an den Verfassungsschutz appellierte, gemeinsam mit uns die Verfassung zu verteidigen.

Statt die Demonstranten zum Widerstand gegen die Faschisten auch auf der Straße aufzurufen, wurde der Eindruck erweckt, die FAP habe sich angesichts der Demo zurückgezogen und dies als großer Erfolg herausgestrichen. Bis auf 150 überwiegend autonome Antifaschisten zogen sich dann auch alle Teilnehmer zurück.

Die FAP aber hatte ihre Leute nur so lange zurückbeordert, wie ihr Auftreten nicht günstig erschien. Ab ca. 13.00 Uhr begann sie, ihre Leute in Autokonvois zu ihrem Treffpunkt zu befördern. Ihr Aufmarschort befand sich auf dem Gelände des stellvertretenden Landesvorsitzenden der FAP in Niedersachsen, Oskar Hinzmann.

Die verbliebenen 150 Antifaschisten hatten sich in dem Hamelner Jugendzentrum „Sumpfbüte“ versammelt, um ein weiteres Handeln zu organisieren. Dazu kam es aber dank des demokratischen Engagements der Kollegen von der Polizei nicht mehr. Gegen 13.30 Uhr riegelte die Polizei das Jugendzentrum weiträumig ab und erklärte kurzerhand die darin verbliebenen 80 Leute für festgenommen, etwa 70 von ihnen war es noch gelungen, aus der Falle zu entkommen. In der Stadt wurden dann weitere Gruppen von Antifaschisten festgesetzt.

Der Sprecher des niedersächsischen Innenministers Möcklinghoff erklärte im Nachhinein, es sei ein Prinzip des Polizeieinsatzes gewesen, die „beiden Gruppen immer voneinander zu trennen, und das sei auch gelungen.“ Und wie sah dieses „Trennen“ gegenüber den Faschisten der FAP aus? Ihnen wurde es ermöglicht, einen Marschzug mit 120 Leuten in Dreierreihen zu organisieren, mit schwarzweiß-roten Fahnen und mit Hitler-Gruß aufzutreten. Damit hatten die Faschisten ihr eigentliches Ziel erreicht.

Jürgen Trittin sagte, dieser Einsatz der Polizei habe offenbar unter dem Motto gestanden: „Niedersachsens Polizei räumt der FAP die Straße frei.“ Der Polizeiapparat arbeitete äußerst gut durchorganisiert: Antifaschisten alle festsetzen, Faschisten während ihres friedlichen Aufmarsches begleiten. Die verlogene Begründung, warum man gegen das Zeigen des Hitler-Grußes nicht eingeschritten sei, war: „Man habe die Situation nicht noch weiter anheizen wollen.“

Die Antifaschisten haben an diesem Tag einmal mehr gelernt, wie illusionär der Glaube ist, dieser Polizeiapparat werde sich demokratisch auf die Seite der Antifaschisten stellen.

Bophal bei BASF?

Washington. Nach 20 Monaten Arbeitskampf hat die amerikanische Öl-, Atom- und Chemiearbeitergewerkschaft OCAW jetzt dem Repräsentantenhaus einen 150-seitigen Bericht über die Vorgänge im BASF-Werk in Geismar im US-Bundesstaat Louisiana vorgelegt.

Seit 20 Monaten sind in dem Chemiewerk 370 Arbeiter ausgesperrt. Sie wurden durch unerfahrende Leiharbeiter ersetzt, die vor allem in Bereichen mit hohem Sicherheitsrisiko eingesetzt werden.

Nach dem Untersuchungsbericht der OCAW besteht, angesichts der im BASF-Werk Geismar verwendeten Chemikalien und dem Einsatz schlecht ausgebildeter Leiharbeiter, die Möglichkeit einer Katastrophe wie in Bophal, in Indien 1984. Der Bericht weist nach, daß nach mehreren Unfällen im Werk in letzter Zeit falsche Angaben der Werksleitung veröffentlicht wurden.

Die BASF weist sämtliche Vorwürfe zurück und spricht von einer beispiellosen Hetzkampagne der Gewerkschaften. Die Ausgesperrten sind auch nach 42 Verhandlungsrunden zwischen Gewerkschaften und BASF noch nicht wieder eingestellt worden.

Zeitungen aus der Festung

Der britische Zeitungsbaron Murdoch läßt seine Zeitungen (u.a. The Sun, The Times, Sunday Times) praktisch im Belagerungszustand drucken. Als er eine hochmoderne neue Druckerei bauen ließ, entließ er 5500 Drucker, die sich den diktierten neuen Arbeitsverträgen nicht beugen wollten. Mit Streikbrechern produziert der Konzern seine Blätter jetzt innerhalb einer festungsmäßig abgesicherten Gelände. Als am 15.3. über 7000 Drucker das Gelände blockierten, wurde das Werk von starken Polizei-Kampfeinheiten geschützt. 18 Drucker wurden festgenommen. Die Gewerkschaften haben jetzt zu einem Boykott der Murdoch-Zeitungen aufgerufen: „Murdoch ist eine schlechte Nachricht — Kauft nicht The Sun, News of the world, The Times, Sunday Times“.



Schlichtung

Gescheitert sind die Tarifverhandlungen für die 820000 Beschäftigten im Bauhauptgewerbe. Unternehmer-Verhandlungsführer Langemann hatte erklärt, die Forderung der IG Bau Steine Erden über 5,8 Prozent sei unannehmbar. Als Schlichter wurde der ehemalige Bundesinnenminister Höcherl (CSU) angerufen.

Der Franke-Erlaß soll Gesetz werden

Von einem Kompromiß kann keine Rede sein

Der Berg kreiße und gebirge die sprichwörtliche Maus. Der nunmehr geänderte Regierungsentwurf zur gewerkschaftsfeindlichen Reform des § 116 AFG hat zwar mit 23 Ja-Stimmen bei 10 Nein-Stimmen auch die Zustimmung des Bundesvorstandes der CDA-Sozialausschüsse erhalten, in der Sache aber haben die vor allem von den Sozialausschüssen geforderten Änderungen des Regierungsentwurfs keine nennenswerte Änderung gebracht.

Nach dem neuen Regierungsentwurf soll die Zahlung von Kurzarbeitergeld ruhen, wenn der kalt ausgesperrte Betrieb

„1. dem räumlichen und fachlichen Geltungsbereich des umkämpften Tarifvertrages zuzuordnen ist oder

2. nicht dem räumlichen, aber dem fachlichen Geltungsbereich des

Vor allem geht es in der Diskussion um die Formulierung unter 2a. Rein sprachlich ist die Formulierung unsinnig. Daß Forderungen nach Art und Umfang gleich sind, ohne übereinzustimmen, ist logisch schlechterdings unmöglich. Rechtlich aber wird die Festlegung, daß sie nicht übereinstimmen müssen, dazu führen, daß in der Regel kein Kurzarbeitergeld gezahlt wird; denn die bisherige Rechtsprechung basiert ja darauf, daß die Formel „nach Art und Umfang gleich“ als völlige Übereinstimmung zu interpretieren ist. Wenn diese Interpretation durch die neue Formulierung nun eindeutig ausgeschlossen wird, wird die Rechtslage ins Gegenteil verkehrt. Der von den Sozialgerichten als rechtswidrig beurteilte Franke-Erlaß von 1984 wird legalisiert.

nehmen- und Arbeitnehmervertretern besetzt sein soll und dem der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit als stimmberechtigter und angeblich neutraler Vorsitzender vorstehen soll, wird von der Regierungskoalition, insbesondere von den Sozialausschüssen, als das eigentliche Entgegenkommen gegenüber den Gewerkschaften hingestellt.

Daß ausgerechnet der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit als neutraler Mann fungieren soll, wird selbst in Unionskreisen (Biedenkopf) als unsinnig bewertet. Aber davon abgesehen, kommt diesem Neutralitätsausschuß wohl ohnehin nur eine nebensächliche Bedeutung zu. Grundlage seiner Entscheidungen kann ja nur Blüms neuer Anti-Streikparagraph sein. Selbst wenn die Gewerkschaften versu-

chen sollten, eine streikfreundlichere Interpretation des neuen Gesetzestextes zu entwickeln — schon für sich genommen ein schwieriges Unterfangen — wäre dieser Spielraum mit dem ersten Spruch des Bundessozialgerichtes dahin. So wie der Text des Regierungsentwurfs abgefaßt ist, ist kaum zu erwarten, daß das Bundessozialgericht anders als im Sinne des Franke-Erlasses entscheiden wird. Eine solche Klarstellung durch ein Urteil des Bundessozialgerichtes wäre dann natürlich auch Rechtsgrundlage für die Entscheidungen des Neutralitätsausschusses.

Mit der Einführung dieses Neutralitätsausschusses soll zugleich der Rechtsweg abgekürzt werden. Es soll gegen eine Entscheidung des Neutralitätsausschusses direkt das Bundessozialgericht angerufen wer-

den können. Das würde bedeuten, daß konkrete betriebliche und regionale Besonderheiten keine Chance haben, in der Rechtsprechung diskutiert zu werden. Einer juristischen Strategie, die auf eine Aufweichung des neuen Antistreik-Paragraphen durch Ausnahmeregelungen abzielt, wäre damit weitgehend der Weg verbaut. Der beabsichtigte Wegfall einer Berufungsinstanz hat bereits bürgerliche Experten auf den Plan gerufen, die Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit dieser geplanten Maßnahme äußern.

Alles in allem: die von der Koalition angenommenen Änderungen am Regierungsentwurf stellen keinen Kompromiß dar. Das Gesetzesvorhaben war und ist ein Anschlag auf Streikrecht und Gewerkschaftsfreiheit.



Demonstration Bremer Metaller am 6. März

umkämpften Tarifvertrages zuzuordnen ist und im räumlichen Geltungsbereich des Tarifvertrages, dem der Betrieb zuzuordnen ist,

a. eine Forderung erhoben worden ist, die einer Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang gleich ist, ohne mit ihr übereinstimmen zu müssen, und

b. das Arbeitskampfergebnis aller Voraussicht nach in dem räumlichen Geltungsbereich des nicht umkämpften Tarifvertrages im wesentlichen übernommen wird.

Eine Forderung ist erhoben, wenn sie von der zur Entscheidung berufenen Stelle beschlossen worden ist oder aufgrund des Verhaltens der Tarifvertragspartei im Zusammenhang mit dem angestrebten Abschluß des Tarifvertrages als beschlossen anzusehen ist.“

Auch die neue Formulierung ändert nichts daran, daß das Kurzarbeitergeld auch dann bereits verweigert werden soll, wenn in dem von kalter Aussperrung betroffenen Tarifbezirk überhaupt noch keine Forderung aufgestellt worden ist. Es reicht, wenn sie „auf Grund des Verhaltens“ der Gewerkschaft als „beschlossen anzusehen ist“. Darüber, welches Verhalten zu einer solchen Annahme berechtigen könnte, schweigt sich der Gesetzentwurf aus. In dieser Frage geht der Regierungsentwurf auch in der veränderten Fassung noch über den Franke-Erlaß hinaus.

Diese und andere Streitfälle sollen nun durch den „Neutralitätsausschuß“ entschieden werden. Die Einrichtung dieses Neutralitätsausschusses, der paritätisch von Unter-

Über 10000 Unterschriften

Pressekonferenz der Initiative gegen Streikrechtsänderung und für Aussperrungsverbot



Ute Melzig (vorn rechts) berichtet auf der Pressekonferenz. Von rechts nach links weitere Initiatoren/innen: Norbert Bömer, Annette Schnoor, Törk Hansen, Klaus Kowohl, Reinhold Winter, Jakob Moneta, Sieglinde Fries.

Maßregelungen nach dem 6. März

Mit Lohn- und Gehaltskürzungen wurde seitens der Unternehmer in den meisten Unternehmen auf die Teilnahme von Kolleginnen und Kollegen an den DGB-Kundgebungen am 6. März reagiert. Auch zu Abmahnungen kam es in einer Reihe von Betrieben. Im folgenden einige krasse Fälle von Maßregelungen, über die in der Tagespresse berichtet wurde.

Deutscher Ärzte-Verlag: Drei aktiven Gewerkschaftern, darunter zwei Betriebsratsmitgliedern, wurde wegen der Teilnahme an der DGB-Kundgebung fristlos gekündigt. Der Betriebsrat hat den Kündigungen widersprochen. Die IG Druck & Papier gewährt den betroffenen Kollegen Rechtsschutz.

Friemann & Wolf (Friewo): Das Metallunternehmen im westfälischen Ostbevern (bei Münster) hatte zunächst wegen der Teilnahme an der Kundgebung in Dortmund 12 Kündigungen, darunter eine frist-

lose, und 18 Abmahnungen ausgesprochen. Nach einem Gespräch der Geschäftsleitung mit Vertretern der IG Metall und des Arbeitgeberverbandes nahm die Geschäftsleitung alle Maßregelungen zurück. Sinnge- mäße Begründung für den Rückzie- her: wegen der guten Auftragslage könne man keinen gestörten Betriebsfrieden gebrauchen.

Autokühler GmbH: In dem nordhessischen Betrieb wurden zwei Kollegen fristlos entlassen, weil sie während der Arbeitszeit an der DGB-Kundgebung teilgenommen hatten. Die IG Metall gewährt den Kollegen Rechtsschutz.

Opel/Bochum: Der Vorsitzende der Jugendvertretung, Rolf Kulas, erhielt eine „strenge Abmahnung“: „Wir weisen darauf hin, daß Sie bei einer Wiederholung oder bei sonstigem Fehlverhalten mit weitergehenden Maßnahmen bis zur Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu rechnen haben.“

Am 19. April veranstaltete die Initiative „Keine Einschränkung des Streikrechts! Für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung!“ in Bonn eine Pressekonferenz. Der Initiative schlossen sich in den letzten Wochen über 10000 Menschen durch ihre Unterschrift an. Wie Ute Melzig, eine der Initiatorinnen, schilderte, war die Aufnahme der Initiative innerhalb und außerhalb der Betriebe so gut, daß bei einer Fortsetzung der Unterschriftensammlung noch weitaus mehr Unterschriften hätten zusammenkommen können.

Hoesch-Betriebsrat Norbert Bömer erklärte sinngemäß, er habe die Bedeutung der Unterschriftensammlung gerade darin gesehen, daß durch das Aufwerfen der Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung deutlich würde, daß Gewerkschafter sich auch mit dem jetzigen Arbeitskampfrecht keineswegs zufrieden geben könnten.

Reinhold Winter, Ortsvereinsvorsitzender der IG Druck & Papier in Neu-Isenburg, kritisierte deutlich den unzureichenden gewerkschaftlichen Widerstand gegen den

Angriff auf das Streikrecht.

Jakob Moneta, ehemaliger Chefredakteur der „metall“ sagte:

„Das Ziel unserer Unterschriftensammlung für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung ist nicht die Illusion, durch diese Unterschriften allein ein solches Verbot durchzusetzen. Wir wollen in den Gewerkschaften das Bewußtsein dafür wecken, daß die kommenden Aktionen gegen eine Abänderung des § 116 AFG auch auf ein Verbot der Massen- und Sympathieaussperrung ausgedehnt werden müssen. Nur solche Aktionen können einen tiefen, die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung erfassenden Bewußtseinswandel erreichen.“

Eingeladen waren zu der Pressekonferenz auch die Bundestagsparteien. Erschienen waren aber lediglich Vertreter der GRÜNEN. Ludger Volmer, Fraktionssprecher der GRÜNEN im Bundestag und Sieglinde Fries, Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft „Grüne und Gewerkschafter/innen“, erklärten in einer Stellungnahme:

„Wir begrüßen die Initiative von unabhängigen Gewerkschaftern/

innen gegen die Einschränkung des Streikrechts und für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung.

(...)

Die Fraktion der GRÜNEN im Bundestag wird morgen mit ihren Stimmen die Änderung des § 116 AFG ablehnen und sich in ihrer Begründung konsequent für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung einsetzen.“

Die Unterschriftensammlung der Initiative war an die Fraktionen im Bundestag gerichtet. Folglich sollten am 19. März die Unterschriften auch den Fraktionen übergeben werden. Bis zur Pressekonferenz war den Initiatoren dies nur bei der Fraktion der GRÜNEN gelungen. Mit der SPD-Fraktion war nach der Pressekonferenz ein Übergabetermin vereinbart. Ob dieser Termin tatsächlich stattfand, ob auch die Übergabe der Unterschriften an die Fraktionen der Unionsparteien und der FDP noch am 19. März vollzogen werden konnte, war bis zum allerletzten Drucktermin dieser Ausgabe nicht mehr in Erfahrung zu bringen. Wir werden das in der nächsten Ausgabe nachholen.

Berichte 8. März

Es gibt viel zu erkämpfen —
packen wir's gemeinsam an ...

Unter diese Aufforderung hatten wir — Genossinnen der KPD und der GIM in Hamburg — das Einladungsflugblatt zu einer mehr „internen“ Veranstaltung am 11. März gestellt, auf der die dänische Genossin Tora über die Beteiligung der dänischen Frauen am Kampf um die Arbeitszeitverkürzung berichten sollte.

Ca. 50 Genossinnen und Genossen, hauptsächlich jedoch der GIM (ob unsere Genossen glauben, daß sie

klarzumachen, daß es ein aktiver Streik werden müßte, an dem sich alle beteiligten: Nicht Frühjahrsputz, Erledigung der aufgehäuften häuslichen Arbeiten oder ähnliches, sondern Streikposten-Stehen, Beteiligung an Streikversammlungen, Teilnahme an den Demonstrationen, Einstudieren eines Theaterstückes ... Die ersten Erfahrungen beim Streikposten-Stehen machten Mut: Die Frauen der Firma X schafften es, zusammen mit anderen

gegen unsere Forderungen zu beraten, waren die Frauen besonders stolz. Sie begriffen, als das Gesetz durchgekommen war und die Gewerkschaftsführungen „gesetzstreu“ den Abbruch des Streiks erklärten, daß der Kampf weitergeführt werden mußte — ungeachtet der jetzt fehlenden Streikgelder, ungeachtet ihrer elenden finanziellen Situation.

Frauen aus unserem Betrieb „besetzten“ zusammen mit Frauen von Philips das

schaffen erhobene Forderung nach einem Generalstreik, um so das Gesetz und damit auch die Regierung zu Fall zu bringen, wurde jedoch weder von den Gewerkschaftsvorständen noch von den einflußreichen, aber von der dänischen KP beeinflussten nationalen Vertrauensleuterkomitee aufgegriffen. Was blieb, war ein eintägiger Aktionstag nach Ostern, aber kein weiterführender Kampf.

Der Streik bröckelte ab. Bei uns ging der Streik noch drei Tage nach Ostern weiter, dann brachen auch wir ihn ab. (...)

Obwohl ich als Vertrauensfrau ein halbes Jahr Kündigungsschutz habe, wurde ich nach dem Streik sofort entlassen und erhielt, ohne daß ich den Betrieb wieder betreten durfte, ein halbes Jahr meinen Lohn weiter. Der Kampf ist vorbei, und er hat mit einer Niederlage geendet, aber nicht wegen uns Frauen. In diesem Kampf wurde mir klar: Ich bin stolz, eine Frau zu sein, eine Vertreterin der Frauen meines Betriebes, die so kämpferisch und mit Selbstbewußtsein diesen Streik geführt und sich Respekt erkämpft haben.“

München

Ab 12 Uhr ging's los im Anton-Fingerle-Zentrum. Im Foyer waren verschiedene Info-Tische aufgebaut, auch für Essen und Trinken war gesorgt.

Die GEW-Frauen informierten über die Arbeitslosigkeit von Lehrerinnen und Lehrern, die Deutsche Postgewerkschaft stellte Frauenarbeitsplätze aus ihrem Bereich dar, zum Thema „Neue Technologien und Frauenarbeitsplätze“ zeigten die HBV-Frauen die Ausstellung „Systeme“.

Der Frauenausschuß der IG Druck und Papier gestaltete ein „Medien-Café“ aus, mit Wandzeitungen zum Arbeitskampf, Plakaten und Bildern. Im Medien-Café wurde nachmittags Kleinkunst geboten, u.a. trat das Frauenkabarett A&P Demograzien auf. Für Kinder gab es ein Marionetten-Theater.

Um 17 Uhr begann dann die Hauptveranstaltung. Britta Naumann, stellvertretende Vorsitzende der GEW hielt das insgesamt sehr enttäuschende Hauptreferat, das wenig kämpferisch war und voll mit Allgemeinplätzen.

Friedel Schreyögg, Leiterin der Gleichstellungsstelle München beleuchtete die kommunale Situation der Frauen in München. Das Kulturprogramm bestritten der DGB-Chor und Heide Michels und Rita Zimmermann.

Im Vergleich zum letzten Jahr sowohl inhaltlich als auch von der Beteiligung leider ein deutlicher Abfall.

Männerpreisrätsel
zum Internationalen Frauentag

Mitmachen kann jeder Mann.
Es ist ganz einfach: zu jeder Frage die
- hoffentlich - richtige Antwort ankreuzen, Namen und
Anschrift eintragen und den Fragebogen am Stand der Frauengruppe
Dortmund abgeben. Viel Spaß dabei!

- 1) Was ist Quotierung?
a) Fachausdruck aus dem Wertsport
b) Festsetzung von Produktionsmengen in der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS)
c) prozentuale Beteiligung von Frauen in gesellschaftlichen Bereichen
- 2) Was ist ein Diaphragma?
a) ein Gerät zum Vorführen von Diapositiven
b) ein unschädliches Verhütungsmittel für die Frau
c) komplizierte Fraktur der weiblichen Rippen
- 3) Was ist die Fristenlösung?
a) das nächstbeste nach der ersatzlosen Streichung des § 218
b) die rechtzeitige Lösung eines Arbeitsvertrages
c) Vorschlag von Prof. Dr. Schmitt-Solingen zur Beilegung des Streites um den § 116
- 4) Was ist ein Nachtaxi?
a) ein Mietwagen, der nur nachts fährt
b) ein Mietwagen, der nachts zum Nahverkehrstarif Frauen befördert
c) ein Sondertaxi für Rosenmontag und Sylvester
- 5) Was ist das Strichrecht?
a) das Recht des Mannes auf freie Selbstentfaltung
b) Vorfahrtsregel für Lassowerfer
c) Knotenvorschriften auf größeren Segelschiffen ab 8 m Länge
- 6) Seit wann gibt es das Antidiskriminierungsgesetz?
a) seit dem 1.1.1985
b) seit der Weimarer Republik
c) seit der sozial-liberalen Regierungsjahre
- 7) Was ist ein Macho?
a) ich
b) der Typ links neben mir
c) südamerikanischer Staatspräsident

Name:

Anschrift:

Zusatzfrage: Wie findest Du / finden Sie dieses Preisrätsel?

- a) supergut
b) oberflächlich
c) bärenstark

♀ Liebe Frauen

Weil wir nicht wollten, daß das Frauenthema aus Zeitmangel auf dem Parteitag nur am Rande abgehandelt wird, wurde beschlossen so schnell wie möglich eine Frauenkonferenz durchzuführen. Diese Konferenz findet am Wochenende 26./27. April statt. Ort und Zeitplan wird Euch noch mitgeteilt.

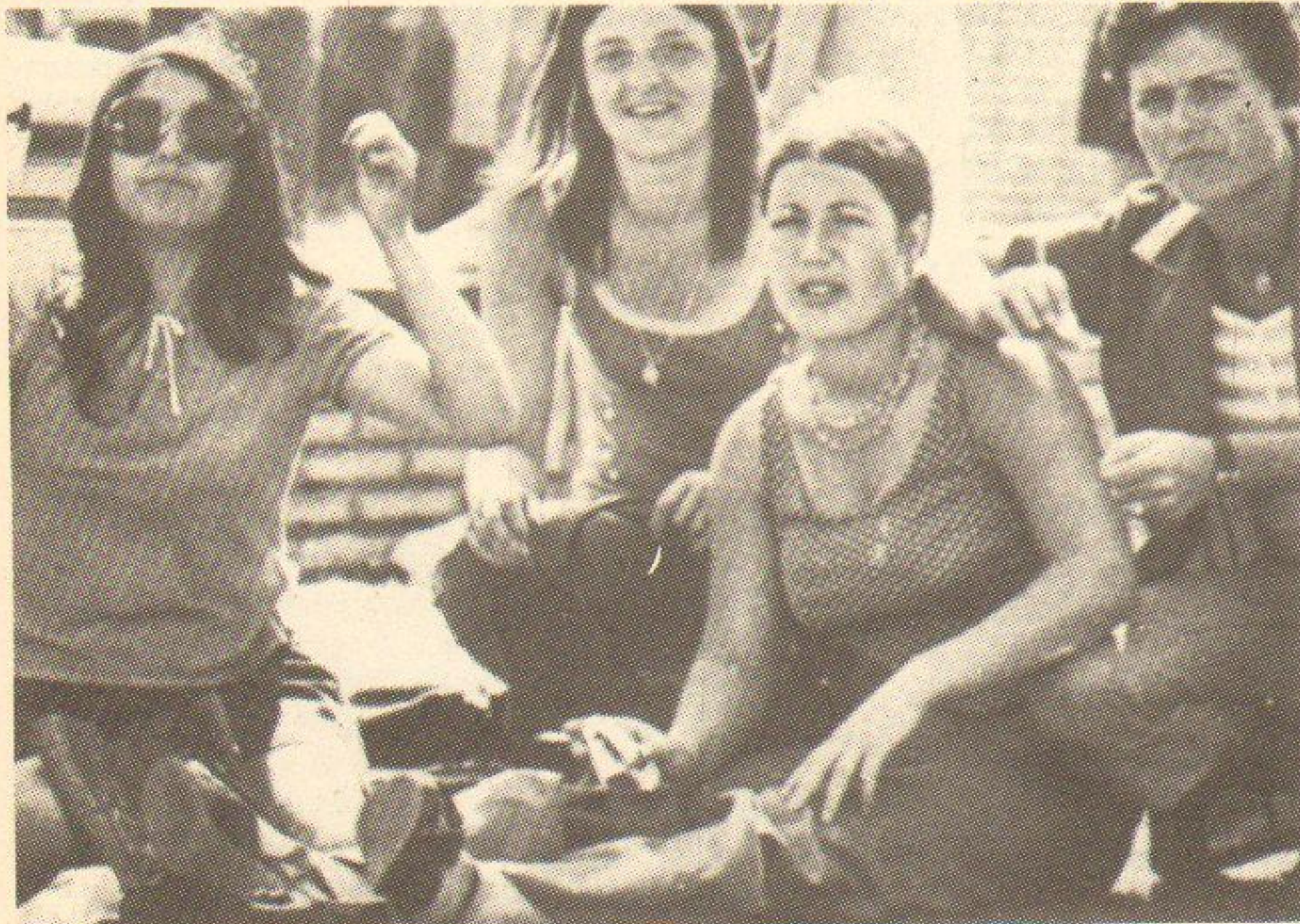
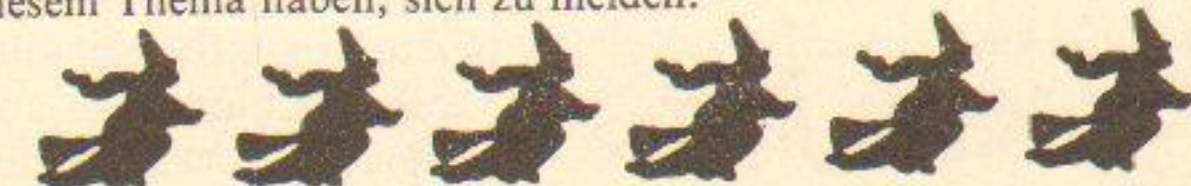
In Ergänzung zu den Frauenthesen zum 6. Parteitag schlagen wir die separat abgedruckten Themen vor. Die Themen werden von einzelnen Frauen vorbereitet. Natürlich sind wir für weitere Vorschläge dankbar und meinen auch, daß alle speziellen Probleme angesprochen werden können. Auf jeden Fall bitten wir Euch zahlreich zu kommen. Außerdem soll es Ziel der Konferenz sein, weitere Frauen zur Mitarbeit in der Frauenabteilung zu motivieren, weil nur so eine gezielte kontinuierliche Frauenpolitik der Partei entwickelt werden kann.

Wir grüßen Euch herzlich
Die Frauen der
Frauenabteilung

Themenvorschläge für die Frauenkonferenz:

1. CDU-Leitsätze zur Gleichberechtigung der Frau — Konservatismus in neuem Gewand
2. Marxismus und Feminismus
a. Schließen sich diese theoretischen Konstruktionen aus?
b. Beinhaltet der Marxismus den Feminismus von der Anlage her?
c. Geht der Feminismus über die marxistische Theoriebildung hinaus?
3. Strukturen in der Frauenbewegung
a. in den Gewerkschaften
b. und anderswo
4. Einige Informationen zum Beschäftigungsförderungsgesetz
5. Quotierung — Was nun? Wie weiter mit der Frauenarbeit in der Partei?
Literaturhinweise zu 2: Anja Meulenbelt — Feminismus und Sozialismus, Feminismus-Aufsätze zur Frauenbefreiung, Wie Schalen einer Zwiebel oder Wie wir zur Frauen und Männern gemacht werden — alles Verlag Frauenoffensive. Ernest Bornemann — Das Patriarchat — Ursprung und Zukunft unseres Gesellschaftssystems, Fischer Nr. 3416.

Wir gehen davon aus, daß wir für die Bearbeitung dieses Themas einige Jahre brauchen werden. Deshalb kann hier nur eine weitere Erörterung stattfinden und eine Aufgabenstellung für die nächste Zeit. Außerdem bitten wir Genossinnen, die spezielle Marx-Kenntnisse zu diesem Thema haben, sich zu melden.



sich nach den auf den letzten Parteitag verabschiedeten Resolutionen zur Frauenfrage „raushalten“ können?! waren anwesend — wesentlich mehr als auf der tags darauf im Rahmen der Hamburger Frauenwoche stattfindenden Veranstaltung. Doch die Diskussion mit den Frauen auf der Frauenwoche-Veranstaltung war um vieles lebhafter und engagierter, denn Toras Bericht hatte Mut gemacht, hatte gezeigt, welche Kraft und Entschlossenheit von den Frauen ausgehen kann, wenn sie sich zum Kampf entschlossen haben.

Wer sich
nicht wehrt ...

Schon im Dezember 1984 hatte es den ersten Warnstreik gegeben, an dem sich die große Mehrheit der Arbeiter/innen der Elektronikfirma — nennen wir sie X — bei Kopenhagen beteiligt hatten. Besonders die 250 Frauen der insgesamt 350 Beschäftigten hatten angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und der auch in der Elektronikindustrie um sich greifenden Rationalisierungswelle sowie angesichts der Politik der Schlüter-Regierung schnell verstanden, daß nur durch gewerkschaftlichen Kampf, d.h. Streik die Forderungen nach Einführung der 35-Stunden-Woche und Lohnerhöhungen durchzusetzen sein würden.

Der „offizielle“ Teil des Streiks begann am 25. März 1985. Schon in den vorausgegangenen Diskussionen hatten die aktiven Vertrauensleute immer wieder versucht

Kolleginnen, die Belegschaften der zahlreichen kleinen Firmen in der Gegend durch ihr Streikposten-Stehen vor diesen Betrieben in den Streik einzubeziehen. Die gemeinsamen, regelmäßigen Streikversammlungen der Arbeiter/innen der Firma X mit der Belegschaft der Firma Philips waren Treffpunkt auch für die Kolleginnen und Kollegen anderer Betriebe. Es waren hauptsächlich Frauen, die das Streikkomitee bildeten und den offiziellen, wie später auch den „wilden“ Streik organisierten: Frauen, die verschiedenen politischen Parteien angehörten, darunter auch eine ältere SPD-Frau, die seit über 25 Jahren bei X arbeitet. Doch nicht die Parteizugehörigkeit, sondern die Entschlossenheit, den Streik erfolgreich zu führen, bestimmten die Arbeit im Streikkomitee.

Tora: „Es war erstaunlich zu sehen, wie sich die Frauen im Verlauf des Streiks von schüchternen, besser: eingeschüchterten, zu selbstbewußten Frauen entwickelten. Die Militanz gerade der ungelerten Frauen war beeindruckend. Viele von ihnen sind alleinstehend oder alleinerziehende Frauen, die unter den miserabelsten Bedingungen arbeiten und leben müssen. Sie nahmen an der Blockade des Parlaments ebenso teil wie am Streikposten-Stehen, an den Demonstrationen und Versammlungen. Auf ihre Teilnahme an der 4-stündigen Blockade des Parlaments, durch die verhindert wurde, daß die Abgeordneten reinkamen, um über das Regierungsgesetz

Gewerkschaftshaus, um die Funktionäre zu zwingen, unseren „wilden“ Streik finanziell und moralisch zu unterstützen. Die Vorstandsmitglieder wurden sichtlich nervös, besonders als sie im wahrsten Sinn des Wortes an die „Wand gedrängt“ wurden. Sie hatten keine Argumente auf die Argumente der Frauen. Der Frauen, die sich vor Wochen noch kaum getraut hatten, auf Versammlungen den Mund aufzumachen, geschweige denn gegen die Gewerkschaftsvorstände argumentiert hätten.

Der Druck der Frauen bei dieser und einer weiteren „Besetzung“ führte dazu, daß die Gewerkschaften nachträglich, d.h. nach Beendigung des Streiks, uns finanziell unterstützten.

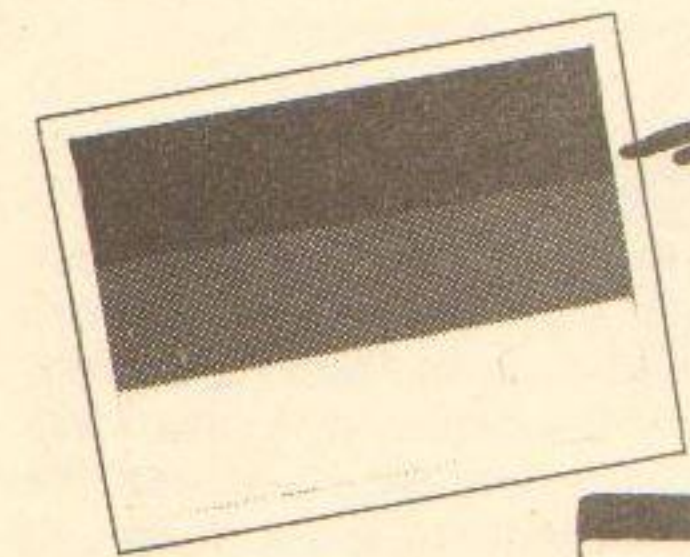
Doch die Auseinandersetzungen verliefen nicht nur zwischen den Gewerkschaftsvorständen und den Frauen, sondern auch zwischen den Frauen und den in der Gewerkschaft der qualifizierten Arbeiter organisierten Männern. Die gelernten Arbeiter traten für Streikabbruch ein, als die Gewerkschaften den Streik nach der Verabschiedung des Regierungsgesetzes für beendet erklärten. Es gab heiße Diskussionen in unserem Betrieb zwischen den Mitgliedern der drei dort vertretenen Gewerkschaften: die beiden Gewerkschaften der ungelerten Arbeiter und der ungelerten Arbeiterinnen argumentierten gemeinsam gegen die Mitglieder der Gewerkschaft der gelernten Arbeiter.

Die von vielen Beleg-

RAUS AUS

DER

NATO



Am 12. und 13. 4. findet in Köln der Diskussionskongreß „Frieden mit der NATO?“ statt. Dort soll die friedenspolitische Debatte geführt werden zwischen „denen, die den Frieden mit einer reformierten NATO für möglich halten, denen, die nur im Austritt aus der NATO einen Weg zum Frieden sehen und denen, die den Weg einer gesamteuropäischen Friedensordnung suchen.“ (Kongreßaufruf)

15 Thesen zur NATO-Diskussion

von PETER SCHULTE

Die Forderung „BRD — raus aus der NATO“ wird von vielen Strömungen in der Friedensbewegung gerne als politikunfähige, utopische Wunschvorstellung abgetan. Das dürfte damit zusammenhängen, daß NATO-Mitgliedschaft und „Westintegration“ (das heißt, das Bündnis mit den USA und den kapitalistischen Staaten Westeuropas) Säulen des kapitalistischen Nachkriegsdeutschland sind. Was spricht für unsere Lösung?

1 Vor der Entstehung der neuen Friedensbewegung hielt die überwiegende Mehrheit die Aufrüstung in der BRD für eine notwendige Friedenssicherung. Die Debatte um die nuklearen Erstschlagswaffen Cruise Missiles und Pershing II änderte die Mehrheiten. In ihrer Stationierung sah eine Mehrheit im Lande einen beängstigenden Beitrag zur Destabilisierung, zur Erhöhung der

Kriegsgefahr. Die Tatsache, daß die Kohl-Regierung die Stationierung erwiesenermaßen gegen eine Mehrheit in der Bevölkerung beschloß, knackte den sogenannten „sicherheitspolitischen Konsens“ etwas auf; über die Kreise der klassischen Linken hinaus sprach sich rum, daß, während „die da unten den Frieden wollen“, „die da oben“ die Voraussetzungen für einen Angriffskrieg gegen den Warschauer Vertrag schaffen. An

diesem Bruch setzt die NATO-Austrittsforderung an; denn das Bündnis, das die Raketenstationierung organisierte, ist die NATO.

2 Diese Erstschlagswaffen können nicht als isolierte Systeme gesehen werden. Die NATO sucht heute strategische Überlegenheit und Kriegsführungsfähigkeit auf allen Ebenen. Seit in

den 50er Jahren durch die Entwicklung der sowjetischen Atomwaffen das atomare Patt entstand, ist die NATO stets darauf aus gewesen, es zu durchbrechen. Alle wesentlichen Aufrüstungsschübe der letzten Jahrzehnte gingen von der NATO aus: die Atomkriegspläne der 50er und 60er, die Entwicklung von Mehrfachsprengköp-

Fortsetzung auf Seite II

Machen die Grünen ihren Frieden mit der NATO?

von ANDREAS J.

In der Grünen Partei findet gegenwärtig eine lebhaft diskussion um die Forderung nach NATO-Austritt der BRD statt. Vor dem Hintergrund der nahenden Bundestagswahl und der Anpassungsforderungen aus der SPD gerät die innerhalb der Grünen schon immer umstrittene NATO-raus-Forderung heftig ins Kreuzfeuer.

Erinnern wir uns: Im November 1983, ein paar Tage vor der Zustimmung des Bundestags zur Stationierung der Pershing II und Cruise missiles, fand in Duisburg ein Parteitag der Grünen statt, der u.a. programmatische Festlegungen zu Friedensfragen beschloß. Im damaligen friedenspolitisch aufgeheizten Klima in der BRD gingen überraschend widerspruchsfrei Beschlüsse durch, die unter anderen Bedingungen bei den Grünen wohl nicht so leicht Mehrheiten gefunden hätten, so auch die NATO-Austrittsforderung. Danach (wie auch davor) hat diese Forderung für grüne Friedenspolitik leider keine große Rolle mehr gespielt.

Inzwischen sind über zwei Jahre ins Land gegangen, die Grünen sind zu Tausenden als Mandatsträger in den Mühlen kommunaler und parlamentarischer Organe „politikfähig“ gemacht worden, die politischen Forderungen werden im grauen Alltag auf ihre „Realitätstüchtigkeit“ geprüft, und neue Landtagswahlen und vor allem die Bundestagswahl '87 rücken näher mit der zumindest theoretischen Möglichkeit von „rot-grünen“ Koalitionen, bedingter oder unbedingter Tolerierung. Da ist doch die NATO-raus-Forderung ein schwerer Klotz am Bein, oder? Wie soll man damit große Sprünge machen, etwa so große wie in Hessen?

Denn auf Bundesebene sagt die SPD ja ganz klar: 1. auf überhaupt keinen Fall Koalition mit den Grünen, und 2. wenn aber nun vielleicht doch zur Not, dann jedenfalls nur bei „positivem Bekenntnis zur NATO als Vorbedingung“ (so etwa Karsten Voigt im Dezember '85 in einem Brief an die Grünen).

Eigentlich schon immer dagegen

Seitdem läuft die Debatte bei den Grünen. Und da geben dann prominente Grüne ihren eigenen politischen Anpassungsprozeß, manche aber auch sicher das, was sie schon immer dachten, ganz offensiv in die Partei. Es ist jetzt die Zeit dazu. Am 21. Januar etwa diskutierte die Bundestagsfraktion der Grünen um die Frage NATO-Austritt oder nicht. Otto Schily vor allem, aber auch eine Reihe anderer in der Fraktion, äußerten sich klar gegen die Forderung nach NATO-Austritt der BRD. Und zwar nicht wie bisher meist, wegen mangelnder „Realitätstüchtigkeit“ der Forderung, sondern ganz ausdrücklich, weil der NATO-Austritt selbst überhaupt „nicht wünschbar“ sei. „Ich bin dagegen, daß wir als paktfreies Land existieren“, so Schily. Ja, wer weiß denn, was die Russen dann mit uns machen würden, ohne den Atomschirm der Amis? Diese „Argumente“ kennen wir von



„Ich bin dagegen, daß wir als paktfreies Land existieren“

Anfang an von Grünen, aber jetzt soll es der Aussage im Programm an den Kragen gehen. Im Zusammenhang mit Schilys berühmt gewordenen Äußerungen wie: „Die Grünen dürfen keinen Zweifel daran lassen, daß sie das Gewaltmonopol des Staates unterstützen“ und vielem, was sich in Hessen Stück für Stück vollzieht, wird der Realo-Weg der Grünen zur staats- und bündnistragenden Reformpartei immer deutlicher sichtbar.

Andere Grüne (und nicht wenige), z.B. (wegrotierte) Bundestagsabgeordnete wie J. Reents, Christa Nickels und Gabi Gottwald oder Landtagsabgeordnete wie Thilo Weichert in Baden-Württemberg, haben längst erkannt, daß die NATO-Frage als „Eckpfeiler der Staatsräson“ (Kohl) nicht zufällig gerade jetzt zum Diskussionsobjekt in der Grünen Partei wird, wo es um die Zurichtung der Partei auf die Koalitionsfähigkeit geht. Ihnen würde bei der Versöhnung der Grünen mit der NATO ein entscheidendes Stück Identifikation mit ihrer Partei abhanden kommen. Deshalb treten sie jetzt energischer für die NATO-raus-Forderung ein.

In Baden-Württemberg sollte auf dem Landesparteitag am 8./9. März ein Antrag von Uli Tost, Ali Schmeißner und anderen zur Friedenspolitik eingebracht werden, der den Austritt aus der NATO und die Beteiligung der Grünen am Kongreß „Frieden mit der NATO?“ im April zum 1. Hauptpunkt hatte, ferner einseitige Abrüstungsschritte als Mindestbedingungen an eine neue Bundesregierung und die Stärkung des außerparlamentarischen Widerstands forderte ... Aber Friedenspolitik stand dann gar nicht auf der Tagesordnung des Landesparteitags. Wohin jetzt mit dem Antrag?

Die Bundes-AG Frieden der Grünen, die an den Vorbereitungen zum Diskussionskongreß „Frieden mit der NATO?“ ohnehin nur als Beobachterin teilgenommen hatte, zog sich jetzt aus den Vorbereitungen praktisch ganz zurück, wäh-

rend andererseits die GAL Hamburg zum Koordinationskreis des Kongresses gehört, die GAL Hamm und die GAL Münster den Aufruf unterschrieben haben.

Man sieht also, die Frage ist scheinbar noch offen. Vermutlich wird sie es auch noch eine Weile bleiben (müssen), oder sie wird zu einer der entscheidenden Bruchstellen der Grünen werden.

Die Alternative?

Befürchten muß man allerdings, daß der Widerspruch scheinbar umgangen werden soll, mit Vorschlägen wie Schily/Schierholz's „gesamteuropäischer Friedensordnung“, bzw. „mitteleuropäischer Friedensunion“, die wohl schon heute innerhalb der Grünen mehrheitsfähig sind, zumal sie auch mit heftiger Kritik an der „Logik paktgebundener Sicherheit“ daherkommen und die NATO-Politik „friedensgefährdend und falsch“ nennen. Zudem kommt der „blockübergreifende Charakter“ des Konzeptes der Neigung vieler Grüner entgegen, nicht so schrecklich einseitig argumentieren zu wollen und er erweckt den Anschein, im Grunde ja noch viel weitgehender zu sein als „Raus aus der NATO“, da ja am Ende sogar die Auflösung beider Blöcke versprochen wird.

Sehen wir uns das einmal näher an: Es handelt sich um den Vorschlag, die DDR, die CSSR, Polen und Ungarn mit der BRD, verstärkt durch Dänemark und die Benelux-Länder zu einer „mitteleuropäischen Friedensunion“ (MFU) zusammenzuschließen. Das alles wohlgerichtet, während die einzubeziehenden Länder Mitglieder der NATO bzw. der WVO bleiben!

Das in Aussicht genommene Gebiet deckt sich verteuft genau (tauscht man noch Österreich-Ungarn aus) mit der Ausdehnung des Nazi-Reiches von 1940.

Was soll die Parallele? Sie weist unter anderem darauf hin, daß auch heute, 45 Jahre später, diese von

fen in den 70ern und die jetzt laufende Umrüstung auf zielgenaue Waffen. Aktuellster Ausdruck dieses Strebens der NATO: die drohende Weltraummilitarisierung im Rahmen von SDI und Eureka. SDI ist ja keineswegs nur ein Programm zur Entwicklung eines Raketenabwehrschirms gegen sowjetische Vergeltungskapazitäten (was den Erstschatz der NATO voraussetzt), sondern ein Programm, um z.B. mit Lasertechnik, neuen 1000-fach schnelleren Computern, Stationen im All die Kriegsführungsfähigkeit auf allen Ebenen zu verbessern. Auch die neue US-Militärdoktrin „AirLandBattle“ und der Plan zur konventionellen Ausrüstung der NATO FOFA (in den der Bundeswehrplan zur „Modernisierung der Bundeswehr“ bis Mitte der 90er mit einem Kostenansatz von 250 - 300 Mrd. DM eingepaßt ist) atmen diesen „Geist der Offensive“.

Allein schon auf der Ebene der Militärstrategie und der militärischen Ausrüstung zeigt sich: die NATO ist gar kein — wie immer behauptet — Verteidigungs- sondern ein Angriffsbündnis. Wenn aber die NATO nicht mit „Verteidigungsabsichten“ legitimiert werden kann, warum dann nicht: Raus aus der NATO?

3 Die NATO ist kein ehemaliges Verteidigungsbündnis (wie das etwa Oskar Lafontaine vertritt), das mit Hilfe vornehmlich konservativ-reaktionärer Regierungen (Reagan, Thatcher, Kohl) zu einem Kriegsbündnis deformiert wurde und das umgekehrt etwa durch einen gemeinsamen Wahlsieg der US-Demokraten, der Labour Party und von Johannes Rau wieder reformiert werden könnte. Die NATO ist aggressiv von Anfang an. Sie wurde vor mehr als 30 Jahren gegründet, um die Aggression gegen die SU und ihre Verbündeten zu organisieren und das in diesen Ländern erkämpfte nichtkapitalistische Gesellschaftssystem wieder „zurückzuholen“. An den Kalten Krieg schloß sich auf dem Hintergrund des nuklearen Patts die Phase der Entspannungspolitik an, eine Phase der „friedlichen“ Durchdringung der Länder des Warschauer Vertrages mit westlichem Kapital, um im Nachrüstungsbeschluß der NATO einzumünden.

4 NATO-Länder planen aber nicht nur Kriege, sondern führen sie auch heute schon, in der „3. Welt“: Indochina, die Aggression gegen das freie Nicaragua, Grenada, Britannien auf den Malvinen, Frankreich im Tschad. Überhaupt wäre es verfehlt, die heutige „Nachrüstungsphase“ der NATO auf die unmittelbare Blockkonfrontation in Europa zu verkürzen. Sie dient in erheblichem Maße auch dazu, daß der „freie Westen“ global, weltpolitisch (nach einem Jahrzehnt der Niederlagen — Vietnam, Iran, Nicaragua) wieder in die Offensive kommt, um weltweit optimale Bedingungen der Kapitalverwertung zu schaffen. Die militärische Überlegenheit der NATO soll der SU bedeuten, daß ihr Engagement auf Seiten der Befreiungsbewegungen (aus welchen Motiven auch immer) für sie unabsehbare militärische Folgen haben könnte. Und tatsächlich konnte Reagan ja auf Grenada aufräumen lassen und die kubanischen Helfer einfach nach Hause fliegen, ohne daß es zu ernsthaften Verwicklungen mit der SU gekommen wäre.

5 Die Beteiligung der BRD an diesen Kriegen geht weit über eine moralische Komplizenschaft im Bündnis hinaus. Etwa so: die Bundesregierung hat mit der US-Regierung das War-time-Host-Nation-Support-Abkommen abgeschlossen, was besagt, daß die Bundeswehr bei Engagements der US-Army in Krisenregionen Aufgaben der Army in Europa übernimmt. Auch die militärische Bedeutung der Startbahn West des Frankfurter Flughafens als sogenannte Interventionsdreh-scheibe — also als Zwischenstopp und Versorgungsbasis der Army bei ihren weltweiten Einsätzen für die Freiheit — ist bekannt. Überdies: noch immer ist eine Beteiligung der Bundeswehr an einer „Schnellen Eingreiftruppe“ im Gespräch.

6 Die NATO (was ja Nordatlantikpakt heißt) bestimmt heute auf dem Hintergrund der Wirtschaftskrise in den Mitgliedsländern, der „Instabilität“ in vielen Ländern der „3. Welt“ und der Konfrontation mit der SU ihre Interessensphären neu: Mitteleuropa, Naher Osten, Persischer Golf, subsaharisches Afrika. Sollten diese „Interessen“ z.B. im strategisch ungünstigen Zentralafrika verletzt werden, so hat die in der NATO tonangebende US-Administration (Weinberger) die „horizontale Eskalation“, d.h. die Eröffnung einer Schlacht an der mitteleuropäischen Front schon einmal durchgespielt.

7 Die NATO-Mitgliedschaft bedroht „uns“ in der BRD, aber umgekehrt bedroht die NATO-Macht BRD auch andere Völker: Die Bundesregierung übt auf die Regierungen Belgiens und der Niederlande einen erheblichen Druck aus, den „NATO-Nachrüstungsbeschluß“ zu vollziehen; die (damals noch SPD-geführte) Bundesregierung sorgte maßgeblich dafür, daß in der Türkei wieder „sichere Verhältnisse“ einkehrten: Mit 800 Mill. DM Türkei-Hilfe wurde der Militärputsch an der Süd-Ost-Flanke der NATO organisiert. Darüber hinaus: die NATO-Mitgliedschaft war Voraussetzung zum Wiederaufstieg des westdeutschen Revanchismus. Sie bildet die militärische Voraussetzung dafür, daß die BRD nach wie vor die „deutsche Frage“ offen hält, die Staatsbürgerschaft der DDR nicht anerkennt und Territorialforderungen stellt, die nur durch Krieg zu verwirklichen sind.

8 Die NATO und die Aufrüstung, die die BRD im Rahmen der NATO betreibt, sind nicht nur gefährlich sondern auch teuer. Über 60 Mrd. DM werden dafür im laufenden Haushaltsjahr ausgegeben. Sicher: Die Aufrüstung in der BRD hat vor allem innere Ursachen. Aber sie bekommt durch das „Bündnis“ eine zusätzliche Dynamik. NATO-Oberbefehlshaber Rogers sagt, wo's langgeht: „Die Erhöhung der Rüstungsbudgets muß garantiert werden, wie schreiend die sozialen und ökonomischen Probleme in den einzelnen Ländern des atlantischen Bündnisses auch sein mögen.“

9 Die gleiche Mehrheit wie in der Frage der Raketenstationierung ist bei der Frage der Mitgliedschaft der BRD in der

NATO nicht vorhanden, weil in der NATO immer noch ein Schutz vor der angenommenen Bedrohung durch die SU gesehen wird. Sicherlich: in den Nachrüstungsrounden der WVO (Warschauer-Vertrags-Organisation) zu den jeweiligen Vorrüstungen der NATO können keine konstruktiven Beiträge zur Friedenssicherung gesehen werden und während eine sozialistische Großmacht sich vor allem auf die Mobilisierung der Friedenskräfte in der Welt stützen würde, droht die SU mit Gegenschlägen durch den Einsatz von Massenvernichtungswaffen gegen die Bevölkerung im Westen. Aber, von wem geht die Bedrohung aus? Nicht nur bedroht, sondern auch real überfallen, wurde die SU schon zweimal in diesem Jahrhundert, mit über 20 Millionen Opfern, während sie ihrerseits noch nie ein Land des Westens angegriffen hat. Der Logik der Bedrohungsangst folgend, müßten ja die neutralen Länder Österreich und Finnland, die gemeinsame Grenzen mit dem WV haben, schon längst einkassiert worden sein. Alle sicherheitspolitischen Initiativen der SU deuten eher darauf hin, daß die SU-Führung gerne von dem gigantischen Level der Rüstungsausgaben herunterkommen möchte, um das eingesparte Geld zur Harmonisierung sozialer Konflikte einsetzen zu können. Das „Bedrohungssyndrom“, Antisowjetismus und Antikommunismus sind aber seit jeher in Deutschland die Ideologiemuster zur Rechtfertigung der Aufrüstung (und der Aggressionskriege) gewesen.

Aber selbst wenn der SU-Appetit auf Westeuropa unterstellt wird, gibt die NATO-Mitgliedschaft für friedensbewegte Menschen wenig Sinn. Die NATO hat der BRD die größte Atomwaffendichte in der Welt gebracht. Pershing II und Cruise Missiles haben im Gegenzug zur Aufstellung neuer sowjetischer Mittelstreckenwaffen geführt, die auf Ziele in der BRD gerichtet sind. So also erhöht die NATO die „Sicherheit“ der Menschen in der BRD.

10 Daß die „Europäisierung der NATO“ keine wirkliche Alternative zum NATO-Austritt darstellt, belegt ein anderer Artikel in diesem RM. Hier nur soviel: Unter dem Stichwort „Europäisierung“ fällt mir nur ein, daß Mitterand und sein „Cher Helmut“ ab und an die Entwicklung deutsch-französischer Waffensysteme absprechen, die die Arsenale der NATO insgesamt bestücken, oder daß Kohl anfragt, ob er auf diesem Weg einen Finger an den Atomknopf kriegt. In der sozialdemokratischen Friedensdebatte wird die Formel von der „Europäisierung“ oft mit dem Vorschlag verbunden, statt Atomwaffen zu stationieren, die NATO konventionell umzurüsten. Politisch wirkt das aber nur so: Während die SPD die Atomwaffen nicht wegstreicht (und auch noch nie ernsthafte Anstrengungen dazu unternommen hat), sagt sie Ja zur konventionellen Aufrüstung der NATO, die ja ein Teil des Gesamtkonzeptes der Kriegsführung ist. In der linken NATO-Diskussion werden noch andere Vorbehalte gegen die Austrittsforderung gebracht:

11 Da in der BRD eine massive Bedrohungsangst existiert (berechtigt oder unberechtigt — egal) könne ein einseitiger Austritt aus der NATO nicht verwirklicht werden. Die Überwindung der Blockkonfrontation könne nur durch „blocküber-

greifende“ Abrüstungsmaßnahmen erreicht werden. Die Forderung aber nach (gleichzeitiger) Auflösung der Blöcke ist nichts weiter als ein frommer Wunsch, oder besser eine linke Variante der Anpassung an den Status quo. Die Sache ist ganz einfach: Da wir im NATO-Land BRD leben, ist unser Beitrag zur Auflösung der Blöcke der Kampf für den Austritt aus der NATO.

12 Die Befürchtung, eine bündnisfreie BRD würde mit einiger Zwangsläufigkeit zu einem ausgesprochenen Hort des deutschen Chauvinismus und Rechtsradikalismus werden, kann ich nicht teilen. Heute ist das NATO-Mitgliedsland BRD Hort besagter Umtriebe. Und alles, was sich heute in der BRD gesellschaftlich als Schrittmacher von Reaktion und Faschismus festmachen läßt, sagt uneingeschränkt Ja zur NATO. Der NATO-Austritt würde den deutschen Nationalismus entschieden schwächen.

13 Genauso wenig schlüssig ist das umgekehrt vorgetragene Argument, die BRD in der NATO könnte sozusagen das „Schwert der NATO“ stumpf machen. Einmal ist da die Erfahrung: nicht nur sämtliche CDU-geführten Bundesregierungen haben das „Schwert der NATO“ scharf gemacht, sondern auch die Regierungen Brandt und Schmidt haben ihren mäßigenden Einfluß in der NATO dergestalt geltend gemacht, daß sie jeden Aufrüstungsschritt mitgetragen oder Raketenlücken erfunden haben. Und mal im Ernst: Wer erwartet von Johannes Rau, der die Raketen ja total konsequent „wegverhandeln“ will, daß er das „Schwert der NATO“ stumpf macht? In Wirklichkeit dürften Manövierräume für echte Abrüstungsschritte, etwa die Demontierung von Pershing II und ihre Verschiffung nach Washington, innerhalb des Bündnisses kaum vorhanden sein.

14 Henning Schierholz von den Grünen im Bundestag hatte auf der NATO-Diskussion der Aktionskonferenz 84 der Friedensbewegung herausgefunden, daß ein NATO-Austritt juristisch nicht möglich sei, weil die BRD durch die Pariser Verträge bis ins nächste Jahrtausend an die NATO gebunden sei. Dieser rechtliche Konflikt dürfte auszustehen sein, da der Austritt der BRD aus der NATO eine derart starke Massenbewegung erfordern wird, daß es an juristischen Problemen wohl kaum scheitern wird. Auf der gleichen Konferenz stellte ein Freund von der DFU den Austrittsbefürwortern die bange Frage: „Wollt ihr den Bürgerkrieg?“ Was wir wollen, ist eine NATO-freie BRD, und die dürfte in ihrer gesellschaftlichen Verfaßtheit eine grundlegend andere sein als heute. Friedenssicherung dürfte auf die Dauer, ohne die gesellschaftlichen Ursachen für Krieg und Militarismus zu beseitigen, nicht möglich sein.

15 Unsere Forderung ist sicher noch lange Zeit keine Aktionslösung. Wider besseres Wissen aber auf ihre Verankerung zu verzichten, zeigt nur die Anpassung an die herrschende Staatsräson.

Schily/Schierholz willkürlich zusammengedachte Region vom (west-)deutschen Imperialismus, der ja weiterhin Kraft aus der NATO schöpfen könnte, beherrscht und überwältigt würde, mit oder ohne Krieg.

Nun soll ja diese MFU nach Schily/Schierholz gerade nicht der Schauplatz von Krieg, sondern von „Vertrauensbildung, Anfreundung, Aussöhnung und Sicherheitspartnerschaft“ werden. Gegen diese hehren Ideale ist ja auch als solche wenig zu sagen, und wir halten (im Gegensatz zu anderen Linken) nichts von Denkverboten in dieser Richtung. Aber muß man den „Realissimo“ Schily wirklich erst auf die ökonomischen, politischen und militärischen Realitäten hinweisen? Krieg ist bekanntlich die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln, und Politik zwischen nicht-sozialistischen Staaten ist ebenso bekanntlich eine Funktion der jeweiligen ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse. Eine NATO-Bundesrepublik wäre, wie jeder weiß, in der genannten Region unangefochten überlegen. Und hier liegt nun der Hase der ganzen Konzeption im Pfeffer: Wer Annäherung und Vertrauensbil-

dung vorschlägt, ohne als erstes (und furchtbar einseitig!) die Bekämpfung, Schwächung und letztlich Zerstörung des aggressiven Kriegsvorbereitungs- und -führungsapparates auf unserer Seite zu betreiben, muß entweder sehr naiv sein, oder er verfolgt andere Ziele. Denn ohne diese Vorbedingung, ausgehend von den heutigen Kräfteverhältnissen und Bündniszugehörigkeiten wäre das Ganze nichts anderes als ein Plan für die Vorherrschaft der BRD im östlichen Mitteleuropa.

Was die gesellschaftlichen Triebkräfte und handelnden Subjekte dieses Plans betrifft, handelt es sich bei der Konzeption von Schily/Schierholz nur um eine weitere Variante der altbekannten Gleichgewichtslogik auf der Grundlage des Status quo. Die heute real existierenden Regierungen sollen bei den heute real existierenden Machtverhältnissen innerhalb der Blöcke diesen „ab sofort in Angriff zu nehmenden Vorschlag zur Überwindung der Spaltung in Mitteleuropa“ verwirklichen. Und damit es auch keine zu heftigen Erschütterungen gibt (etwa der gesellschaftlichen Produktions- und Machtverhältnisse, man denke

doch bitte auch immer an das staatliche Gewaltmonopol), darf es ja keine einseitigen Schritte geben, schon gar nicht natürlich heraus aus dem Bündnis.

Es stellt sich also doch sehr die Frage, ob Schilys Visionen der „mitteleuropäischen, von Massenvernichtungsmitteln freien Entspannung- und Abrüstungszone“ mit einer NATO-Bundesrepublik als Kern wirklich „realitätstüchtiger“ sind, als eine Politik, die den Austritt der BRD aus der NATO als Teil einer langfristigen Strategie der Schwächung der Kriegstreiber versteht, um ihnen im Endeffekt all ihre Machtmittel aus der Hand zu schlagen.

Alle, bei den Grünen und anderswo, deren Problem nicht die grundlegende Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen gegebenen Zustands samt Gewaltmonopol des Staates ist, sondern gerade deren Veränderung, kommen an der Forderung nach Austritt der BRD aus der NATO nicht herum.

Am weiteren Schicksal dieser Forderung bei den Grünen wird sich deshalb ganz wesentlich zeigen, wie der Prozeß der Anpassung der Grünen Partei an den Staat BRD verläuft.



Bündnistreue? Aber hallo!

„Europäisierung der Sicherheitspolitik“ — Alternative zur NATO-Strategie?

von DETLEF SCHNEIDER

Die Zeichen einer sich weiter vertiefenden politischen Krise des Militärpakts NATO sind nicht zu übersehen. Der massenhafte Widerstand gegen die Stationierung von Pershing 2 und Cruise missiles signalisierte deutlich das rapide Abbröckeln des „sicherheitspolitischen Grundkonsenses“ in der BRD und anderen westeuropäischen Ländern. Auf der anderen Seite wachsen in nahezu allen für die NATO-Strategie relevanten Politikbereichen — vom Osthandel bis SDI — die Konflikte zwischen den USA und ihren europäischen „Partnern“. Unter den Konzepten, die als Antwort auf diese Krise behandelt werden, nimmt die sogenannte Europäisierung der „Sicherheitspolitik“ einen besonderen Rang ein.

Die vielfältigen Überlegungen zur Europäisierung sind im wesentlichen Reaktionen auf neue Bedin-

gungen im atlantischen Bündnis, die durch einen einschneidenden Kurswechsel in der Politik des US-Imperialismus gesetzt wurden. Seit Ende der siebziger Jahre, verstärkt noch seit dem Machtantritt Reagans, versuchen die USA, mittels einer gigantischen Entfaltung ihres militärischen Potentials, frühere Hegemoniepositionen wiederzugewinnen. Angesichts zunehmender sozialer Konflikte vor allem in der Dritten Welt reaktiviert der amerikanische Imperialismus seine Rolle als Weltpolizist und versucht die Fähigkeit zu erlangen, Kriege „jeden Ausmaßes und jeder Form in jeder Region“ (Weinberger) führen und gewinnen zu können.

Verbunden damit ist das Bestreben, die Sowjetunion als weltweit agierende Supermacht auszuschalten, indem ein Angriffspotential aufgebaut wird, mit dem die Sowjetunion zu politischem Wohl-

verhalten erpreßt und mit dem schließlich auch das sowjetische Machtsystem selbst eliminiert werden kann.

Mit der neuen amerikanischen Hegemonialpolitik — und den in ihrem Rahmen entwickelten Kriegsführungsstrategien und Rüstungsprogrammen — hat sich nicht nur die Gefahr eines Weltkriegs drastisch erhöht, bei gleichzeitigem Bestreben der USA, die Risiken eines solchen Krieges so weit wie möglich auf Europa zu verlagern (und entsprechend ihre darauf abzielenden Strategien wie AirLand Battle ohne Abstriche in der NATO durchzusetzen). Auch die ökonomischen Kosten und Folgen dieser Politik werden zu einem großen Teil auf Westeuropa abgewälzt: Mittels der rigorosen amerikanischen Hochzinspolitik wird europäisches Kapital zur Finanzierung der riesigen US-Rüstungsprogramme ab-

FRIEDEN MIT DER NATO?

AUFRUF

zum Diskussions-Kongreß

Programm

Samstag, 12. April 1986

9.30 Uhr: Eröffnung

10.00 Uhr: Inhaltliche Einleitung

– Entwicklung der Friedensbewegung und die Notwendigkeit, die NATO in der Friedensbewegung zur Diskussion zu stellen.
Referat: N.N.

– Geschichtlicher Aufruf: Zur Historie der NATO
Referat: Bernd Greiner, Friedensforscher, Hamburg

– Aufruf der unterschiedlichen Positionen zur NATO in der Friedensbewegung
Referat: Sabine Stamer

– Europäische Volksbewegungen gegen die NATO
Referat: Eine Vertreterin der spanischen Anti-OTAN-Bewegung

12.30 – 13.30 Uhr: MITTAGSPAUSE

ab 13.30 Uhr AG's mit kontroversen Einleitungsreferaten

AG 1: Geschichte und Funktion der NATO als Instrument westlicher Globalpolitik
Referat: Bernd Greiner, Friedensforscher, Hamburg
N.N.

AG 2: BRD in der NATO: Biedermann oder Brandstifter?
Referat: Erich Schmidt-Eenboom, Friedensforschungsinstitut Starnberg
Hans-Peter Hubert, Initiative: Kein Frieden mit der NATO

AG 3: „Europäisierung“: Abkoppelung von den USA oder Stärkung der NATO?
Referat: Irene Schuler, wiss. Mitarbeiterin der Grünen Bundestagsfraktion
Jürgen Reusch, Friedensliste, IMSF

AG 4: BRD/Westeuropa: Das kleinere Übel für die 3. Welt?
Referat: Gabi Gottwald, die Grünen im Bundestag
N.N.

AG 5: Die NATO als innere Ordnungsmacht
Referat: Michael Schubert, Rechtsanwalt, Freiburg
N.N.

AG 6: Die NATO – Reaktion auf eine Bedrohung?
Referat: Reinhard Treu, Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen
Wolfgang Bartels, Friedensliste
Torsten Lange, MdB Grüne (angefragt)

AG 7: Widersprüche in der NATO – Ansatz für die Friedensbewegung?
Referat: Albert Statz, Friedensforscher, Berlin
Dr. Wolfgang Biermann, IFIAS

AG 8: Friedenspolitische Konzepte im Vergleich: Friedliche Koexistenz/Sicherheitspartnerschaft/einseitige Abrüstung/Raus aus der NATO
Referat: Volker Boge, wiss. Mitarbeiter der Grünen Bundestagsfraktion
Dietrich Schulze-Marmeling, Initiative: Kein Frieden mit der NATO
Andreas Zumach, Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste
Carlo Bredthauer, Blätter f. deutsche und internationale Politik

AG 9: Muß die BRD raus aus der NATO?
Referat: Hans-Hermann Teichler, Fiko Hamburg
Manfred Kühle, Fiko Hamburg
Otfried Nassauer, Hamburg

AG 10: Militärisch-industrieller Komplex
Referat: Prof. Jörg Huffschildt, Friedensliste
N.N.

AG 11: Widerstandsperspektiven

18.00 – 19.00 Uhr: ABENDESSEN

19.00 Uhr: PODIUM: Darstellung westeuropäischer Anti-NATO-Bewegungen und Initiativen (mit anschließender Diskussion)
Dänemark: Pelle Voigt, Dänisches Parlament, Christiansborg
Spanien: Vertreterin der Anti-OTAN-Bewegung Griechenland: N.N.
zu Irland: Dietrich Schulze-Marmeling

Sonntag, 13. April 1986

10.00 Uhr: PODIUMSDISKUSSION: Frieden mit der NATO? Streitgespräch über Handlungskonzepte bundesdeutscher Friedenspolitik

Teilnehmer/innen: J. Reents, Grüne im Bundestag
H.-H. Teichler, Hamburg
K.-H. Hansen, Friedensliste
A. Zumach, AS/F (angefragt)
N.N.

Fortsetzung von Seite III

gesaugt; diese Programme wiederum dienen nicht zuletzt dazu, den US-Monopolen entscheidende Technologie-Vorsprünge zu verschaffen und somit ihre Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den westeuropäisch/japanischen Konkurrenten zu erhöhen; die Reagan-Regierung versucht die im Zuge der Entspannungspolitik ausgebauten profitablen Geschäfte Westeuropas mit dem RGW zu torpedieren usw.

Insgesamt hat sich damit in den letzten Jahren der Spielraum des westeuropäischen Imperialismus gegenüber den USA eingeeengt. Insofern besteht auch zwischen allen Regierungen der EG Einigkeit darüber, daß die Position Westeuropas gegenüber den USA gestärkt werden müsse. In dieser Zielsetzung stimmen innerhalb der BRD auch Unionsparteien und SPD überein. Während aber die Konservativen dabei eine auf Konfliktbegrenzung bedachte Politik betreiben und insbesondere in der „Sicherheitspolitik“ auf demonstrativen Schultertschluß mit dem US-Imperialismus bedacht sind, hat die SPD ein Konzept der „Selbstbehauptung Europas“ entwickelt, das sich deutlich vom amerikanischen Hegemonialkurs abgrenzt und sogar einige Elemente der NATO-Strategie in Frage stellt.

So bekennt sich etwa Peter Glotz zwar zum Bündnis mit den USA, „die Frage allerdings lautet: als Partner oder als Vasallen“. Wenn es nicht gelänge, die Eigenständigkeit gegenüber den USA zu behaupten, würde Westeuropa zum „kolonialen Terrain“. Horst Ehmke erklärt, Westeuropa dürfe sich nicht „zu einem Instrument amerikanischer Weltpolitik machen lassen.“ Abgelehnt werden in diesem Zusammenhang nicht nur die neuen amerikanischen Kriegsführungsstrategien; auch ein Kernbestandteil der offiziellen NATO-Strategie (flexible response), nämlich der frühe Einsatz von Atomwaffen, wird in Frage gestellt.

Nukleare Waffen sollten nicht mehr zur Kriegsführung vorgesehen werden, sondern nur noch als „politische Waffen“ zur Abschreckung dienen. Für die konventionellen Systeme fordert die SPD eine Umrüstung in Richtung auf eine „strukturelle Nichtangriffsfähigkeit“. Schließlich wird eine Rückbesinnung auf die Entspannungspolitik verlangt, wobei letztere zur „Sicherheitspartnerschaft“ mit dem Warschauer Pakt (WVO) auszubauen sei.

Einen wesentlichen Hebel zur Umsetzung solcher Konzeptionen innerhalb der NATO sieht die SPD in der Forcierung einer Europäisierung der „Sicherheitspolitik“. Immer wieder haben gerade führende SPD-Politiker in der jüngsten Zeit Vorstöße unternommen, um eine gemeinsame westeuropäische Militärlösung voranzubringen. Die Frage stellt sich, ob eine solche Europäisierung tatsächlich geeignet ist, den bedrohlich anwachsenden aggressiven Elementen in der NATO-Strategie zu begegnen und Westeuropa von der kriegesischen US-Globalpolitik abzukoppeln.

Betrachtet man die westeuropäische Militärlösung, wie sie sich auf EG-Ebene, in Institutionen wie der WEU und der NATO-Eurogroup oder in anderen Formen zwischenstaatlicher Militärbeziehungen vollzieht, so lassen sich vor allem zwei wesentliche Elemente erkennen: zum einen die intensive Kooperation bei Rüstungsprogrammen und zum anderen das Bestreben, Formen einer weltweiten

„sicherheitspolitischen“ Arbeitsteilung zwischen Westeuropa und den USA zu entwickeln.

Bei der Rüstungskoooperation geht es im wesentlichen darum, die entsprechenden Industriepotentiale zusammenzufassen, um die Abhängigkeit von amerikanischen Waffenlieferungen zu verringern und die Konkurrenzfähigkeit der westeuropäischen Rüstungskonzerne zu sichern. Angesichts des Technologieschubs, den die USA mit SDI durchsetzen wollen, konzentrieren sich die Bemühungen in letzter Zeit verstärkt auf gemeinsame (vor allem westdeutsch/französische) Weltraumprogramme. Auch EUREKA, von der SPD als angeblich ziviles Programm nachhaltig unterstützt, muß in diesem Zusammenhang einer neuen Stufe westeuropäischer Hochrüstungspolitik gesehen werden.

Neben dem Bestreben, die Rüstung auf westeuropäischer Ebene zu koordinieren und zu entwickeln, ist das zweite wesentliche Element der Europäisierung die Entwicklung einer globalen Arbeitsteilung in der Militärpolitik des westlichen Imperialismus. So sprach sich beispielsweise die WEU (Mitglieder sind die BRD, Frankreich, Britannien, Italien und die Beneluxländer) schon im November 1983 für militärische Aktionen auch außerhalb des NATO-Vertragsgebiets aus, wenn „lebenswichtige Interessen“ bedroht wären. Im Zusammenhang mit einer solchen Arbeitsteilung stehen die Aufstellen westeuropäischer Eingreiftruppen entsprechend der amerikanischen RDF, Bestrebungen zur Ersetzung von in Mitteleuropa gebundenen US-Einheiten durch westeuropäische Streitkräfte usw.

Die Europäisierung der „Sicherheitspolitik“, wie sie gegenwärtig betrieben wird, bedeutet also keine Abschwächung des aggressiven Charakters der NATO, kein tendenzielles Abkoppeln von den USA, sondern im Gegenteil:

- Stärkung der europäischen Rüstungskonzerne, Stärkung der westeuropäischen Militärmacht als integrierter Teil der NATO und damit Erhöhung des Bedrohungspotentials gegenüber der WVO;

- Ausbau westeuropäischer Spezialeinheiten für eine imperialistische Interventionspolitik gegen Länder der Dritten Welt, im Rahmen des arbeitsteiligen Vorgehens mit den USA auf diesem Gebiet (nach dem Muster der amerikanisch/französischen Tschad-Intervention) stärkere Anbindung an die US-Globalstrategie bei gleichzeitigem Bestreben, westeuropäischen Interessen gegenüber den USA stärker Geltung zu verschaffen;

- drastische Aufstockung des Personalrats (und entsprechend der Rüstungen) bei den westeuropäischen Streitkräften, wenn in Europa stationierte US-Einheiten ersetzt werden sollen – gleichzeitig würden diese freigesetzten Einheiten das US-Aggressionspotential in anderen Teilen der Welt verstärken.

Es erscheint also höchst eigenartig, wie die SPD einerseits die „Sicherheitspartnerschaft“ mit der WVO und die „strikt defensive Ausrichtung unserer militärischen Anstrengungen“ (Ehmke) fordern, andererseits aber gerade im Vorantreiben der Europäisierung das geeignete Instrument zur Verwirklichung solcher Forderungen sehen kann. Auch nach Meinung von Ehmke „spricht alles für eine Arbeitsteilung unter den Mitgliedern des Bündnisses auch für den Schutz gemeinsamer Interessen außerhalb des NATO-Bereichs.“ An der erwähnten Militärangriff

gegen den Tschad etwa hat er nur auszusetzen, daß diese Intervention nicht innerhalb der EG abgestimmt war.

Ehmke wendet sich nur gegen „eine Vermischung von Interessen und Mitteln der Weltmacht Amerika und des Regionalbündnisses NATO, die die Westeuropäer bei Fehlen einer gemeinsamen Politik über die Automatik der Apparate in Aktionen hereinziehen könnte, die ihren Überlebens- und Sicherheitsinteressen zuwiderlaufen.“ Aber das ist völlig illusionär. Man kann nicht einerseits für eine weltweite arbeitsteilige Aggressionspolitik Westeuropas im Bündnis mit den USA zur Sicherung gemeinsamer imperialistischer Interessen eintreten, andererseits aber unter Berufung auf die NATO als „Regionalbündnis“ die Möglichkeit beklagen, daß die USA etwaige Konfrontationen mit der Sowjetunion im Rahmen dieser weltweiten Aggressionspolitik auf Europa ausweiten könnten.

Genauso widersprüchlich sind die Europäisierungs-Konzeptionen der SPD in bezug auf die mitteleuropäische Zentralfront der NATO. An den neuen amerikanischen Kriegsführungsstrategien wie AirLandBattle wird vor allem der darin vorgesehene sofortige Einsatz von nuklearen und chemischen Waffen kritisiert. Damit wird aber zunächst nur ein real existierendes Dilemma einer effektiven Kriegsführung in Mitteleuropa angegriffen, nämlich die „selbstabschreckende“ Wirkung insbesondere der nuklearen Gefechtsfeldwaffen. Wenn aber – wie von Erwin Horn und anderen SPD-Politikern vorgeschlagen wird – diese Waffen durch konventionelle Systeme ersetzt werden sollen, die genau die gleichen Funktionen übernehmen können (zielgenaue Zerstörung von strategisch wichtigen Punkten, Schlag gegen die zweite Welle der WPO), dann fügt sich ein solches Konzept durchaus in die neuen Strategien, insbesondere den Rogers-Plan, ein. (Selbst von Bülow will die Fähigkeit aufrechterhalten, die Verbindungswege der WPO zu unterbrechen und die „Masse der heranzuführenden zweiten Welle noch vor ihrer Entfaltungsmöglichkeit auf dem Gefechtsfeld abzuhalten und am Boden festzuhalten.“)

Eine konsequente Konventionalisierung der Gefechtsfeldwaffen könnte zwar durchaus die Atomschwelle senken, sie senkt aber vor allem die „Kriegsschwelle“ (mit allen sich daraus ergebenden Folgen – auf Atomwaffen will schließlich die SPD auch nicht verzichten). Ein weiteres Ergebnis einer solchen Konventionalisierung wäre die unweigerlich erfolgende „Nachrüstung“ im konventionellen Bereich, weil ja nach den gängigen – auch von der SPD geteilten – Bedrohungsanalysen der NATO die nuklearen Gefechtsfeldwaffen gerade eine angeblich existierende erdrückende konventionelle Überlegenheit der WPO ausgleichen sollen. Das Resultat wäre also eine neue Runde des Wettrüstens und ein gewaltiger Schub bei den von der werktätigen Bevölkerung zu tragenden Rüstungskosten.

Die Europäisierung der „Sicherheitspolitik“ bietet auch in ihrer SPD-Variante keine wirkliche Alternative zur friedensgefährdenden NATO-Politik. Sie zielt darauf ab, insgesamt das Gewicht des westeuropäischen Imperialismus innerhalb der NATO und des Bündnisses mit den USA zu stärken und ist höchstens geeignet, die weitverbreitete Angst vor Atomwaffen für neue Projekte der Aufrüstung und der Militarisierung auszunutzen. ■

12. und 13. April 1986 in Köln

Gesamtschule Köln-Rodenkirchen



MATERIALLISTE ZUM THEMA NATO:

Alfred Mechttersheimer, Zeitbombe NATO, Köln 1984

Diethelm Schröder Hrsg., Krieg oder was sonst? NATO: Strategie der Unsicherheit, Reinbeck 1984

Oskar Lafontaine, Angst vor den Freunden, Reinbeck 1983

Die GRÜNEN im Bundestag, Angriff als Verteidigung, Bonn / Hamburg 1984

Die GRÜNEN im Bundestag, Militärmacht Westeuropa?, Bonn 1985
Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik, Die BRD in der NATO, Münster 1985

Initiative: Kein Frieden mit der NATO, Hrsg., Die NATO, Münster 1985

Bernd Greiner / Kurt Steinhaus, Auf dem Weg zum 3. Weltkrieg? Dokumentation, Pahl-Rugenstein, Köln 1980

Bernd Greiner, Amerikanische Außenpolitik von Truman bis heute, Pahl-Rugenstein, Köln 1982

Lorenz Knorr, NATO: Geschichte – Strategie – Atomkriegsplanung, Verlag marx.-intern. Blätter 258 Seiten, Frankfurt 1985

Jürgen Bruhn, Schlachtfeld Europa oder Amerikas letztes Gefecht, Verlag Dietz/Nachf., Berlin / Bonn 1983

Dr. Wolfgang Weber, Hrsg., Die Streitkräfte der NATO auf dem Territorium BRD, Militärverlag, Berlin/DDR 1984

Prof. Gerhard Kade, Ist die NATO friedensstauend?, 33 Seiten, Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, Gottesweg 52, Köln 51

Konrad Gilges, Frieden ohne NATO – Perspektive linker Friedenspolitik, VSA-Verlag, Hamburg 1985

Warum sollten Sie auf Ihrer nächsten Party nicht einmal einen originellen Test durchführen? Ich wette mit Ihnen, daß er gelingen wird: Teilen Sie Ihre Gäste heimlich im Kopf in zwei möglichst homogene, gleich große Gruppen ein und geben dann an jede und jeden einen Zettel aus, dessen Frage jede und jeder geheim und für sich schnell beantworten muß. Die Fragen: (1) „Wieviel polnische Flüchtlinge kamen in den Jahren 1980-1985 in die Bundesrepublik?“ Geben Sie folgende Möglichkeiten zum Ankreuzen: „unter 100 / 100-500 / 500-1000 / 1000-5000 / 5000-10000 / über 10000“. Nunder Trick: Bei der einen Hälfte Ihrer Gäste lautet die Frage statt dessen: „Wieviel polnische Asylanten kamen ...?“ Entsprechend verfahren Sie bei den Fragen (2) und (3): „Wieviel Ostflüchtlinge insgesamt / Ostblockasylanten insgesamt ...?“ bzw. „Wieviel Flüchtlinge insgesamt / Asylanten insgesamt ...?“ Bei Frage 2 hängen Sie an die obigen Zahlen je eine Null, bei Frage 3 je zwei Nullen an.

Wetten, daß Ihr Experiment gelingen wird? Wetten, daß diejenige Hälfte Ihrer Gäste, die nach „Asylanten“ gefragt wird, im Schnitt höhere Zahlen nennen wird als die andere Hälfte, die nach „Flüchtlingen“ gefragt wird? (Ein ähnliches Experiment hat ein Freund von mir bereits durchgeführt.)

Und nach der Verblüffung nun die Frage: Was richtet das Wort „Asylant“ eigentlich an? Was ist eigentlich genau der Unterschied zwischen einem „Asylanten“ und einem „Flüchtling“? Hätte Goethe diesen Unterschied angeben können? Ganz sicher nicht, denn zu seiner Zeit gab es das Wort „Asylant“ nicht. Im „Duden“ steht es erst seit 1980 (auch damit können Sie Wetten gewinnen). Der älteste Pressebeleg aus dem Archiv der Gesellschaft für deutsche Sprache ist der Lokalteil des „Mannheimer Morgen“ vom 15.6.1978: „Asylanten protestieren gegen Zustände im Wohnheim“. Die ätesten mir bekannten Belege finden sich in juristischen Spezialwerken der sechziger Jahre. Während also seit über fünf Jahren jede und jeder von uns genau zu wissen glaubt, was eine „nicht mehr kanalisierbare Asylantenflut“ ist, gab es kurz vorher noch nicht einmal das Wort in der Öffentlichkeit! Was ist da mit Hilfe der Erfindung eines neuen Wortes mit Menschen gemacht worden?

Türen zugemauert: Ein Dorf wehrt sich gegen Asylanten

„Arbeitsdienst auf Toter bei Schlägerei“

Die größte Sorge? Die Asylanten!

Asylanten werden zugemauert ...

Nun gab es allerdings in der deutschen Sprache schon vorher andere Wörter mit der Endung „ant“, wie z. B.: „Ignoranten“, „Spekulanten“, „Sympathisanten“, „Simulanten“, „Querulanten“, „Mutanten“. Lauter nette Leute, nicht wahr? Wie nannten die Nazis sogenannte „Nichtarier christlicher Konfession“? „Assimilanten“. Wie nannten sie politische Flüchtlinge? „Exilanten“ (das Wort „Asylant“ kannte, wie gesagt, nicht einmal

„Asylant“

der Flüchtlingsvermehrer mit dem Superwirkstoff



Transit, Farbstift-Zeichnung, 1981, 72 x 68 cm Cecilia Boisier

Wie macht man aus einem Flüchtling einen Asylanten? Und umgekehrt. Ob ein Flüchtling als bemitleidenswerter Vertriebener oder potentieller Ruhestörer angesehen wird, ist manchmal reine Wortsache.

von JÜRGEN LINK

Adolf Hitler). Was ist also passiert, als seit 1977 unsere Medien das alte deutsche Wort „Flüchtling“ durch das neue Wort „Asylant“ ersetzt haben? Versuchen wir uns ein wenig in Mediengeschichte unserer Gegenwart.

Noch am 12.7.1980 schrieb „Saarbrücker Zeitung“: „Irgendein sprachlicher Übeltäter hat aus den in der Bundesrepublik Deutschland Asylsuchenden „Asylanten“ gemacht und sie damit geistig abgeschoben“. Damals gab es also noch Medienleute, die die Neuheit und den üblen menschenfeindlichen Beigeschmack des Wortes deutlich spürten. Die Mehrzahl der Medienleute (und der Politiker aller großer Parteien) stürzten sich dagegen geradezu heißhungrig auf das Wortungetüm: Schon im Jahr 1980 hatte es sich in

den Medien „durchgesetzt“ — bis in die „alternative“ taz hinein. Zunächst gab es zwar immer noch einige „Flüchtlinge“: sie kamen aus östlicher Richtung — aus dem Süden dagegen kamen bloß noch „Asylanten“. Genauer: sie „kamen“ auch nicht mehr, sie „strömten“ bloß noch. Als Beispiel für viele zitiere ich eine Schlagzeile der FAZ vom 28.5.1980: „Dämme gegen die Asylanten-Springflut“. Da haben wir bereits den zusätzlichen Trick: Den „Asylanten“ konnten sich unsere Medien und Politiker gar nicht mehr als einzelnen vorstellen (wie durch aus den „Flüchtling“) — der „Asylant“ trug kein menschliches Antlitz mehr, er wirkte nur als (im wörtliche Sinne!) Schreck-Bild, als bedrohliche anonyme Riesenmasse, als „Flut“, als „Lawine“, als „Zeitbombe“, als „Explosion“ usw. Sicherlich auch eine psychologische Ursache dafür, daß „Flüchtlinge“

auf einen Schlag viel mehr erscheinen, wenn man sich nicht mehr „Flüchtlinge“, sondern „Asylanten“ nennt. Wenn es noch Zweifel über die Wirkung dieses Mechanismus geben sollte, dürften sie wohl durch das folgende Beispiel endgültig beseitigt werden:

Immerhin gab es in den ersten Jahren nach 1980 noch einige „Flüchtlinge“, und zwar die aus dem Osten, besonders „unsere Brüder und Schwestern aus der DDR“. Nun ließ die DDR aber seit ca. 1983 immer mehr Flüchtlinge ausreisen. Gleichzeitig gab es spektakuläre „Massenfluchten“ in diverse westdeutsche Botschaften. Die „Brüder und Schwestern“ begannen ihrerseits, störend zu wirken. Und tatsächlich, o Wunder: Genau in diesem Moment erfanden unsere Medien den „DDR-Asylanten“! So hat ein Artikel aus der „Zeit“ vom 29.6.1984 den Titel „Asylanten in

der Sackgasse“. Hätte man das zwei Jahre früher gelesen, hätte man noch sicher gehen können, daß Türken, Pakistaner oder allenfalls Afghanen gemeint gewesen wären — so schnell ändern sich die Zeiten. „(...) Es gibt auch so etwas wie einen gesamtdeutschen Unmut über die Asylanten: Darüber, daß die zu allem entschlossenen DDR-Bürger Zehntausenden zu schaden drohen (...) Andererseits aber: Wer darf es wagen, über die Motive und die Gemütsverfassung der Flüchtlinge zu urteilen? (...)“ Sehr schön sieht

UNSERE NEUEN NACHBARN

eine Flüchtlingsfamilie

Asiatische Flüchtlingskinder mausern sich zu Musterschülern
Asylgarantie aus Bonn und USA beendet die Irrfahrt von 110 Vietnam-Flüchtlingen

... Flüchtlingen wird geholfen.

man an diesem Artikel, daß die gleichen Menschen „Flüchtlinge“ genannt werden, wenn für ihre Situation Verständnis geweckt werden soll, und „Asylanten“, wenn man sie abschieben will.

Was die Beschreibung der bisherigen Entwicklung betrifft, könnte der Artikel hier enden. Es juckt mich aber, am Schluß noch eine (vielleicht utopisch wirkende) Möglichkeit für die Zukunft anzudeuten: Könnte der beschriebene Prozeß nicht rückgängig gemacht werden? Könnten nicht zunächst einige, und dann „lawinenartig“ immer mehr Medienleute statt „Asylant“ wieder „Flüchtling“ sagen? Von mir aus zuerst (das ist leichter einmal wieder von „polnischen Flüchtlingen“ zu reden, und dann versuchsweise (ganz kühn!) von „türkischen Flüchtlingen“, schließlich (wirklich ein mutiges Wagestück!) sogar von „Flüchtlingen aus Sri Lanka“? Wenn die Überlegungen dieses Artikels nicht ganz falsch sind, könnte das Wirkung haben: Statt bedrohlicher „dunkler Fluten“ würden hier und da wieder menschliche Gesichter auftauchen. Bei näherem Hinsehen wären es auch gar nicht mehr so viele. (Ohne Spaß: Wem ist schon bekannt, daß vom Beginn der Bundesrepublik an bis einschließlich 1982 ganze 41857 anerkannte Flüchtlinge bei uns bleiben konnten, also weit weniger als 0,1 Prozent der Bevölkerung? Sind das nicht eigenartige 99,9-Prozent-„Dämme“, die da von 0,1-Prozent-„Springfluten“ Land unter gehen?). Politiker wie „Deichgraf“ Lummer hätten es vielleicht nicht mehr so leicht, bestimmte Flüchtlingsgruppen durch Psychoterror-Briefe in derartige Panik zu versetzen, daß sie zu Opfern extremer Protestmaßnahmen werden (die verbrannten Flüchtlinge von Berlin — es waren ja nur „Asylanten“ ...).

Jürgen Link ist Professor für Neue Deutsche Literatur an der Uni Bochum. Er hat diesen Artikel für das „guckloch“ (Ruhrgebietsmagazin) geschrieben und ihn mit freundlicher Genehmigung dem RM zur Verfügung gestellt.

Ausführlicher zum Thema vgl. den Artikel des Autors „Asylanten — ein Killwort“, in: „kultuRRevolution. Zeitschrift für angewandte diskurstheorie“, Nr. 2; sowie den Artikel von Klaus Hilbrand: „Wenn Flüchtlinge Asylanten genannt werden, werden es mehr“, in: „kultuRRevolution“ Nr. 10; Anfragen Germinal Verlag, Friederikastr. 38, 4630 Bochum 1.

Der Ölpreis explodierte: 1973/74 und 1979/80. Jetzt sackt er ab. Jubel, Jubel. Bild und Turbo-Lader sind begeistert. Tatsächlich wird der Ölpreisverfall die Energievergeudung beschleunigen. Und das Bewußtsein über die knappe Energiequelle Erdöl vernebeln. Doch der Ölpreisverfall ist nur das Vorspiel für einen neuerlichen Ölpreisanstieg. Zunächst werden Länder wie Mexico und Nigeria an den Rand des Staatsbankrotts gebracht. Norwegen und England fehlt das Öl, das ihre Handelsbilanz schmierte. Doch die Ölvorräte selbst reichen nur noch drei oder vier Jahrzehnte.

von WINFRIED WOLF

„Sinkende Ölpreise schaffen neue Arbeitsplätze“, die „Ölländer finanzieren uns ein Konjunkturprogramm“, „Jubel — Ölpreis unter einer Mark!“ In diesen kalten Tagen erwärmen Zeitungen (hier: „Frankfurter Rundschau“ und „Bild“) und im Hauptberuf Sachverständige (hier: der Vorsitzende des Sachverständigenrats Hans Schneider) die Herzen der Bundesdeutschen und lassen 2,7 Millionen Arbeitslose vergessen. Sie vernebeln ihnen jedoch gleichzeitig den Verstand. Nicht die hochgejubelten „Gesetze des Marktes“ sind es, die gegenwärtig auf den internationalen Ölmärkten dominieren, sondern Manipulation und Spekulation. Nicht ein *Verfall* des Ölpreises, der eine generelle Verbilligung der Energiekosten mit sich bringt, steht auf der Tagesordnung, sondern ein neuerlicher Anstieg des Preises dieses Rohstoffs, wofür der aktuelle Preisverfall lediglich das Präludium abgibt. Nicht eine „Periode längerer Prosperität“ erwartet die Bundesrepublik, wie Kanzler und Wirtschaftsminister behaupten und mit Leibesfülle zu unterstreichen versuchen, sondern eine neue tiefe Wirtschaftskrise. Man muß sich nochmals die Schlagzeilen der Zeitungen in den Jahren 1973 und 1978 vor Augen führen; sie ähneln bis in die Wortwahl hinein den heutigen — um sich sechs Monate später im Katzenjammer über „Ölkrise“ und „neue Wirtschaftskrise“ auszulassen.

»Ölkrise« Nummer 1 und Nummer 2

Im Herbst 1973, nach der Besetzung der Sinai-Halbinsel und der „Westbanks“ durch Israel (Yom-Kippur-Krieg) boykottierten die in der OPEC zusammengeschlossenen öl-exportierenden Länder für einige Wochen die westlichen Industrieländer. Der Ölpreis schnellte nach oben und pendelte sich bei rund 10 US-Dollar je Barrel (Faß) Öl, dem fünffachen Wert von 1972 ein. 1979 dann ein ähnlicher Vorgang. Der Ölpreis war inzwischen kontinuierlich, aber nie mehr explosionsartig auf 22 US-Dollar je Barrel geklettert. Da kam es zum Sturz des Schah und zur Drosselung der Ölförderung im Iran. Jetzt schnellte der Ölpreis auf 34 US-Dollar je Barrel hoch. In beiden Fällen kam es kurz darauf zu schweren internationalen Wirtschaftsrezessionen. 1974/75 klet-

terte die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik erstmals über eine Million, in den industrialisierten kapitalistischen OECD-Staaten erreichte sie 17 Millionen. In der Krise 1980-82 wurden dann in der BRD erstmals über 2 Millionen und weltweit in den OECD-Staaten bereits über 35 Millionen Arbeitslose registriert. Die entscheidenden Ursachen für diese vorausgegangenen Wirtschaftskrisen sind — ebenso wie diejenigen der kommenden — in der kapitalistischen Produktion selbst zu suchen. Die Ölpreisentwicklung hat jedoch zweifellos dazu beigetragen, diese Krise auszulösen und zu verschärfen.

Nun erscheint die Verteuerung der Energiekosten auf den ersten Blick Resultat der OPEC-Kartellbildung und der kurzfristigen und zum Teil künstlichen Angebotsverknappung (durch Lieferstopp, gedrosselte Förderung, gesteigerte Förderquoten der einzelnen OPEC-Länder) zu sein. Der entscheidende Grund für diese Entwicklung ist jedoch ein anderer: Der Stoff, aus dem die Träume von Mobilität und wohliger Wärme sind, ist nicht nur teuer, sondern ganz allgemein *knapp*. Die Ölvorräte des Planeten Erde reichen nur noch wenige Jahrzehnte. Daran haben die viel zitierten „neuen Funde von Ölvorkommen“ nichts geändert.

Die Gründe für den kurzfristigen Ölpreisverfall

Der „Ölschock“ von '73 war keiner. Autofreier Sonntag und massiv verteuerte Kraftstoffpreise hatten wenig bewirkt. Der Energiekonsum wurde bis 1980 ebenso bedenkenlos vorangetrieben wie in den vorausgegangenen Jahrzehnten. Allein im Zeitraum 1973 - 80 stieg der Ölverbrauch in der BRD um über 25 Prozent — bei rückläufiger Bevölkerungsentwicklung. Der gesamte Mehrverbrauch ist der Verkehrsentwicklung, der fortgesetzten Massenmotorisierung geschuldet. (1)

1980 - 83 kamen dann mehrere Faktoren zusammen, welche die gegenwärtige Situation eines kurzfristigen Ölpreisrückgangs ermöglichten.

Da war *zum ersten* die neue, schwere internationale Rezession. Ein weltweit rückläufiges Wirtschaftswachstum heißt natürlich auch: rückläufiger Energieverbrauch.

Der Ölpreisverfall ist nur das Vorspiel für einen neuen Preisanstieg

FÜR
UNS
ALLE?

Zum *zweiten* bewirkten Massenarbeitslosigkeit und rückläufige Lohnabhängigen-Einkommen, daß erstmals seit den fünfziger Jahren die Verkehrsleistungen im Straßenverkehr nicht mehr stiegen; teilweise waren sie sogar kurzfristig rückläufig (wenn auch gleichzeitig die Zahl der Pkw weiter zunahm — d. h. mehr Autos wurden noch unwirtschaftlicher genutzt).

Drittens bewirkten inzwischen energiesparende (besser: nicht ganz so energievergeudende) Heizungsanlagen und industrielle Fertigung einen Rückgang der Nachfrage in diesen Sektoren. Daß es auch einen Rückgang beim Energieverbrauch der Pkw gegeben hätte, gehört in den Bereich der 1001-Nacht-Märchen. (2)

Noch wichtiger aber waren die Veränderungen, die sich inzwischen auf den Ölmärkten und bei der Ölförderung ergeben hatten.

Neue Ölproduzenten — Ohnmacht und Macht der OPEC

Das OPEC-Kartell basiert und funktioniert auf Basis einer ständigen *relativen* Verknappung der Ölförderung. Die Mitgliedsländer verpflichten sich, nicht mehr als die ihnen zugeteilte Quote zu fördern (was sie, wenn in Geldnöten, gelegentlich heimlich zu unterlaufen versuchen). Dadurch konnte der Ölpreis auf das besagte Niveau von über 30 Dollar gehievt und zeitweise gehalten werden. Die tatsächlichen Förderkosten liegen in den OPEC-Ländern nur bei 1 bis 3 US-Dollar.

Hohe Profite sind Schalmeienklang für das Kapital. Die internationalen Ölkonzerne und bisher nicht im Ölgeschäft tätige Firmen stürzten sich in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ins Geschäft. Ölvorkommen, die zwar bekannt, deren Ausbeute bei einem niedrigen Öl-Barrel-Preis jedoch nicht rentabel war, wurden erschlossen. Einige Ölfelder, vor allem in Mexico und der Nordsee wurden neu entdeckt. Man begann, aus Teersänden in aufwendigen Verfahren Öl zu gewinnen (Kanada/Alaska); in den USA wurde Kapital in die Gewinnung von Öl aus Ölschiefer (in den Rocky Mountains) gepumpt. 1985 riskierten Ölgesellschaften einen Ölförderpreis von bis zu 13 US-Dollar

je Barrel (also fast dem Zehnfachen des Kostenpreises in den einzelnen OPEC-Ländern). Man rechnete mit einem weiteren Anstieg des Marktpreises auf bis zu 40 US-Dollar je Barrel.

Anfang der achtziger Jahre, ausgerechnet in Zeiten des beschriebenen Rückgangs des Energiekonsums bzw. dessen Stagnation, drängten die neuen Ölfördermengen auf den Markt. Die neuen Produzenten waren nicht OPEC-Mitglieder.

Sie förderten und fördern auf Teufel komm raus — ohne Bindung an jedwede Quoten. Übertragen auf den Arbeitsmarkt verhalten sie sich wie ein unorganisierter Arbeiter, der von den hohen Tariflöhnen, welche die Gewerkschaften erkämpften, profitiert, sich jedoch weigert einen Gewerkschafts- (Kartell-) Beitrag zu zahlen. Insbesondere Großbritannien und Norwegen steigerten Jahr für Jahr ihre Ölförderung. Großbritannien wurde 1985 zum fünftgrößten Ölförderland (hinter der UdSSR, den USA, Saudi-Arabien und Mexico).

Die erste Folge dieser Entwicklung war: die Macht der im OPEC-Kartell zusammengeschlossenen Länder begann zu verfallen. Jede OPEC-Konferenz mußte neue Beschlüsse über niedrigere Quoten und Fördermengen fassen, um einen Preisverfall zu verhindern. 1979 förderten die in der OPEC zusammengeschlossenen Länder noch 31,5 Millionen Barrel pro Tag — 1985 waren es mit 16 Millionen Barrel gerade noch die Hälfte. Der OPEC-Anteil auf dem Ölmarkt sank von 66 auf 38 Prozent. In der OPEC selbst entstand ein Riß: diese Politik können sich die reichen und bevölkerungsarmen Mitgliedstaaten wie Saudi Arabien, Kuwait oder die VAR leisten. Die volkreichen Staaten, die inzwischen ehrgeizige Industrialisierungsprojekte und noch kostspieligere Kriege betreiben, wollen keinen weiteren Einnahmerückgang durch reduzierte Förderungen hinnehmen. Algerien, Nigeria, Venezuela, der Iran und Irak leisteten zunehmend Widerstand gegen diese Marktpolitik oder begannen diese heimlich zu unterlaufen. Die Zeit für einen Gegenschlag war herangereift; das Öl-Faß war buchstäblich zum Überlaufen gebracht worden.

Der Gegenschlag

Saudi-Arabien, der größte OPEC-Erdölförderer, ist in der Lage, pro Tag 10 bis 11 Millionen Barrel zu fördern. Die „sparsamen“ saudischen Herrscher, die ab einem bestimmten Niveau des erreichten Luxus ohnehin kaum wissen, wohnen mit mehr Petro-Dollars, haben ihre Ölförderung im Rahmen der oben beschriebenen Politik auf zeitweise unter 2 Millionen Barrel pro Tag herabgefahren. (3) Sie leisteten damit den Löwenbeitrag, um den durch mexikanisches und Nordseeöl unter Druck geratenen Ölpreis zu stabilisieren.

Ende 1985 war es damit zu Ende. Saudi-Arabien steigerte die Ölförderung fast schlagartig auf von 2 auf 5 Millionen Barrel täglich. Der Ölpreis geriet ins Rutschen. Dadurch wiederum sanken die Einnahmen anderer Ölländer nochmals. Einige von ihnen — so zum Beispiel das hochverschuldete Nigeria und die Länder Iran/Irak, die den Erlös aus jedem verkauften Barrel in neue Waffen umsetzen — steigerten nun ihrerseits die Förderung, um die sinkenden Einnahmen wettzumachen. Noch mehr Öl drängte auf den Markt, genauer: es überflutete ihn. Der Ölpreis geriet ins Trudeln. Innerhalb weniger Monate wurde er halbiert. Im Februar 1986 hat er bereits das Niveau von Mitte der siebziger Jahre erreicht (15 US-Dollar je Barrel). Das muß noch nicht das Ende sein. Durchaus möglich, daß der Preisverfall einige Monate weitergeht und 10 US-Dollar erreicht.

Jubel, Jubel, brüllt die Wirtschaftsjournaliste. Das Geschrei dürfte ihr zum Kloß im Halse geraten. Oder, wie die österreichische Band „Erste Allgemeine Verunsicherung“ derzeit mit Erfolg in den Hitparaden schmettert: „The evil is always and everywhere“. Jedenfalls im Kapitalismus.

Die Folgen

Selbst wenn es bei dem niedrigen und weiter sinkenden Ölpreis bleibt, sind die Folgen für die kapitalistische und Weltwirtschaft weitgehend negativ. Sie lassen sich in sechs Punkten zusammenfassen:

Erstens. Die internationalen Ölmultis werden ab sofort in verstärktem Maß ihr Öl wieder von OPEC-Ländern beziehen, da dieses billiger ist als das in eigenen Vorkommen geförderte. Die neu erschlossenen Ölfelder werden zunächst zurückgefahren, einige von ihnen aufgegeben werden. Bei manchen heißt das, daß sie nur noch unter extrem hohen Kosten neu zugänglich gemacht werden können. In jedem Fall müssen Investitionen im Wert von Dutzenden von Milliarden Dollar abgeschrieben werden (und das heißt nicht nur, daß Kapital in den Sand gesetzt, sondern daß gesellschaftliche Arbeit vergeudet wurde).

Zweitens. Es wird neues Kapital in die Exploration neuer Ölvorkommen fließen. Die in den letzten Jahren so hochgejubelte (und völlig übertriebene) Entwicklung, wonach „ständig neue Ölvorkommen“ entdeckt würden, kehrt sich ins Gegenteil. Die technisch kurzfristig und rentabel zu erschließenden Ölvorkommen sind ab jetzt rückläufig.

Drittens. Einzelne Ölförderländer (OPEC und Nicht-OPEC-Staaten) geraten an den Rand des wirtschaftlichen Zusammenbruchs. Venezuela, Nigeria, der Iran und Irak sind so hoch verschuldet, daß ein weiterer Rückgang ihrer Einnahmen im Ölgeschäft ihrer Zahlungsfähigkeit gleichkommt. Die internationalen Banken müssen neue

Moratorien (Stundung von Schuldendienst) aushandeln oder akzeptieren. Gleichzeitig werden diesen Ländern, um sie vor dem Kollaps zu retten, neue und noch höher verzinsten kurzfristige Kredite gewährt werden — welche sie erst recht und auf Dauer in den Würgegriff der Banken nehmen. Letztere sind wiederum auf Gedeih und Verderb mit dem Schicksal der Schuldnerländer verbunden.

Viertens. Eine Katastrophe bahnt sich in Mexiko an (ausgerechnet jetzt, entfährt es dem Fußballfreund). Dieses zweitgrößte Schuldnerland der kapitalistischen Welt (es ist mit 100 Milliarden Dollar Auslandsschulden höher verschuldet als alle Ostblockstaaten zusammengekommen!) konnte seine wirtschaftlichen Schwierigkeiten bereits in Zeiten des hohen Ölpreises nicht bewältigen. Gerade in diesen Jahren hat sich die gewaltige Auslandsschuld aufgetürmt. Der Ölpreisverfall führt dazu, daß Mexiko mit

US-Dollar ausgegangen. Dieser liegt nun jedoch bereits bei 15 US-Dollar. Der gleichzeitige Dollar-Verfall erhöht die Einnahmeverluste (der Ölpreis wird in Dollar notiert). Norwegens Einnahmen werden 1986 mehr als geviertelt werden. In Großbritannien sind die relativen Zahlen nicht so krass. Hier machen die Öleinnahmen 1985 rund 6 Prozent der öffentlichen Einnahmen aus. Doch auch das heißt, daß beim derzeitigen Ölpreis 1986 20 Milliarden DM im von Margaret Thatcher verwalteten Staatssäckel fehlen. Nach den Westland- und British Leyland-Affären könnte diese Entwicklung zum entscheidenden Sargnagel der konservativen Regierung werden. (4)

Sechstens. Von fast allen Kommentatoren vergessen werden die Auswirkungen, die der Ölpreisverfall auf die UdSSR und damit indirekt den Westen hat. Die Sowjetunion als weltgrößtes Ölförderland erzielte 1985 bereits 60 Prozent

veaus von 1985. Nun hatten wir aber 1985 bereits ein Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent — bei steigender Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig bewegt sich die internationale und die bundesdeutsche Ökonomie der nächsten Krise entgegen. Die oben aufgezählten sechs negativen Faktoren, die mit dem Ölpreisverfall verbunden sind, stellen bereits heute eine enorme Belastung des Gefüges der international verflochtenen kapitalistischen Wirtschaft, insbesondere des Bankensystems dar. Unter diesen Bedingungen sind die Hinweise auf die sektoriellen positiven Auswirkungen des Ölpreisverfalls sekundär. Ein lang andauernder wirtschaftlicher Aufschwung ist nicht in Sicht und widerspricht der Natur kapitalistischer Produktion unter den gegenwärtigen Bedingungen, angesichts der im historischen Rahmen verschärften Krisentendenzen. Die Massenarbeitslosigkeit wird selbst bei bescheidenem Wirtschaftswachstum weiter

Ölpreis bereits viel früher in astrophysikalische Bereiche klettern kann, zum Beispiel dann, wenn die ersten Förderländer ganz ausfallen (die Nordseeölvorräte sollen noch 12 bis 16, die sowjetischen noch 15 Jahre reichen). Doch die Regierungen der kapitalistischen Länder, die Konzerne und im großen und ganzen auch die Regierungen der nicht kapitalistischen, bürokratisierten Länder setzen in ihrer Energiepolitik auf das Öl, als seien die Reserven unerschöpflich. Die Investitionen, die in regenerierbare Energiequellen — z. B. Sonnen- und Gezeitenenergie fließen — sind minimal angesichts der Summen, die in die Ausbeutung der bald versiegenden Ölvorräte gesteckt werden.

Die Devise, nach der hier gewirtschaftet wird, lautet: nach uns die Sintflut.



seinen Öleinnahmen nicht einmal mehr den Schuldendienst an die westlichen Banken begleichen kann — geschweige denn die notwendigen Importe tätigen. Kombiniert sich diese Situation mit einer internationalen Rezession, die Ende 1986 oder 1987 einsetzen dürfte, dann steht erstmals seit der Weltwirtschaftskrise 1929-32 ein großes halbindustriellisiertes Land, das zugleich das weltweit zweitgrößte Schuldnerland darstellt, vor dem Staatsbankrott — mit allen wirtschaftlichen und vor allem politischen Folgen, und für das internationale Bürgertum: mit allen Gefahren einer von Mittelamerika bis an die Grenzen der USA heranreichenden revolutionären Entwicklung.

Fünftens. Zumindest zwei hochindustrialisierte, westliche Länder werden ebenfalls vom Ölpreisverfall heftig gebeutelt: Norwegen und Großbritannien. Diese Länder haben die unerwarteten neuen Öleinnahmen keineswegs für langfristige Entwicklungsprojekte — Erschließung unterentwickelter Regionen — genutzt. Stattdessen wurde Flickschusterei im übelsten Sinn betrieben: die Einnahmen dienten dazu, ständig neue Löcher in den öffentlichen Haushalten, die insbesondere im Fall Großbritanniens durch den verschärften Aufrüstungskurs entstanden, zu stopfen. In Norwegen deckten 1985 die 47 Milliarden Kronen Einnahmen aus dem Ölgeschäft bereits 21 Prozent der öffentlichen Einnahmen(!). Bei der Festlegung des Etats für 1986 wurde von einem Ölpreis von 25

ihrer Deviseneinnahmen (aus dem Handel mit den kapitalistischen Ländern) durch Ölexporte. Der Ölpreisverfall (und Dollarkursrückgang) wird die Deviseneinnahmen 1986 um 40 Prozent schmälern. Anfang 1986 stellte die UdSSR ihre Ölexporte in westliche Länder faktisch ein, möglicherweise aus marktstrategischen Gründen, sicher aber auch, weil das kostspielig in Sibirien geförderte Öl zu den niedrigen Marktpreisen kaum mehr rentabel abzusetzen ist. (5) Für die Ökonomie der UdSSR bedeutet das keine gewaltige Erschütterung (für die RGW-Staaten, die ihr Öl überwiegend aus der UdSSR beziehen, werden die Ölimporte mittelfristig sogar billiger). Doch der Ost-West-Handel, auf den die Unternehmer — insbesondere die bundesdeutschen — gerade für die Zeit der kommenden wirtschaftlichen Krise setzen, wird durch diese Entwicklung automatisch eingeeengt. Großprojekte (z. B. das VW-Geschäft mit der UdSSR) könnten gefährdet oder zumindest hinausgeschoben werden.

Neuer Aufschwung? Ja, beim Ölpreis

Natürlich hat der Ölpreisverfall einige positive Auswirkungen: vor allem für die hochentwickelten kapitalistischen Länder, die Öl importieren. Hier sinken die Kosten für die Importe. Durchaus möglich, daß das Wirtschaftswachstum um ein halbes Prozent höher ausfällt, als unter Bedingungen eines Ölpreisin-

wachsen.

Einen anderen Aufschwung wird es allerdings geben: Die Ölpreisentwicklung wird sich in ihr Gegenteil umkehren. Alle genannten Maßnahmen der Ölförderländer und die jetzt eingeleiteten neue Welle von Energievergeudung laufen auf dasselbe hinaus: die Marktschwemme wird betrieben, um die spätere Verknappung erreichen zu können. Der Preisverfall wirft Anbieter aus dem Markt oder zwingt sie zu einem späteren Zeitpunkt, sich ihrerseits an feste Quoten zu halten. Das teuer geförderte Öl wird bei dem gegebenen Preisniveau zurückgedrängt. Die bereits im Kartell verbundenen Länder erhalten ihre frühere Marktposition zum Teil wieder zurück — um dann höhere Preise diktieren zu können.

Und vor allem: die Ölreserven sind begrenzt. Sie werden derzeit auf 630 bis 715 Milliarden Barrel geschätzt — je nachdem, wo Ölpreis und Förderkosten die Grenzen setzen. Bei weltweit gleichbleibendem Energieverbrauch würden diese Vorkommen gerade 32 Jahre reichen. Das muß man sich und insbesondere den Apologeten der Autogesellschaft vor Augen halten: Im Jahr 2020 — oder: nach drei PkV-Lebensaltern — ist das Öl alle — selbst dann, wenn der gesellschaftliche Reichtum und die Energieverschwendung auf die reichen, industrialisierten Länder beschränkt bleibt und diese die Dritte Welt weiter an einer eigenständigen Entwicklung erfolgreich behindern. Dabei liegt auf der Hand, daß der

(1) Der Mineralölverbrauch der BRD lag 1973 bei 1280 Petajoule (1 Million t Steinkohleeinheiten = 29,308 Petajoule; mit diesen Einheiten werden unterschiedliche Energieträger untereinander verglichen). 1980 erreichte der Verbrauch bereits 1622 Petajoule (= + 26%). Im Straßenverkehr stieg der Verbrauch im selben Zeitraum von 1111 Petajoule auf 1447 Petajoule (= + 30%)! Nach Verkehr in Zahlen 1985, herausgegeben vom Verkehrsministerium, S. 252 f.

(2) Der spezifische Kraftstoffverbrauch je Pkw, gleich ob per Otto- oder Dieselmotor getrieben, ist kontinuierlich gestiegen. Er lag 1960 bei 8,8 Liter Benzin je 100 km (7,51 Diesel), erreichte 1970 10,31/100 km (Diesel: 9,2) und lag 1984 bei fast 11/100 km (Diesel 9,0). Der Grund für diese beachtlich von den Angaben auf den hübschen Vierfarbdruck der Autokonzerne abweichende Entwicklung: 1. ständige Zunahme des Anteils des Stadtverkehrs — mit Spritverbrauchszahlen von 15 bis 20/100 km. 2. Trend vom Kleinwagen zum Mittelklassewagen — und teuren Pkw. (Zahlen nach: Verkehr in Zahlen, a.a.O., S. 259 (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung).

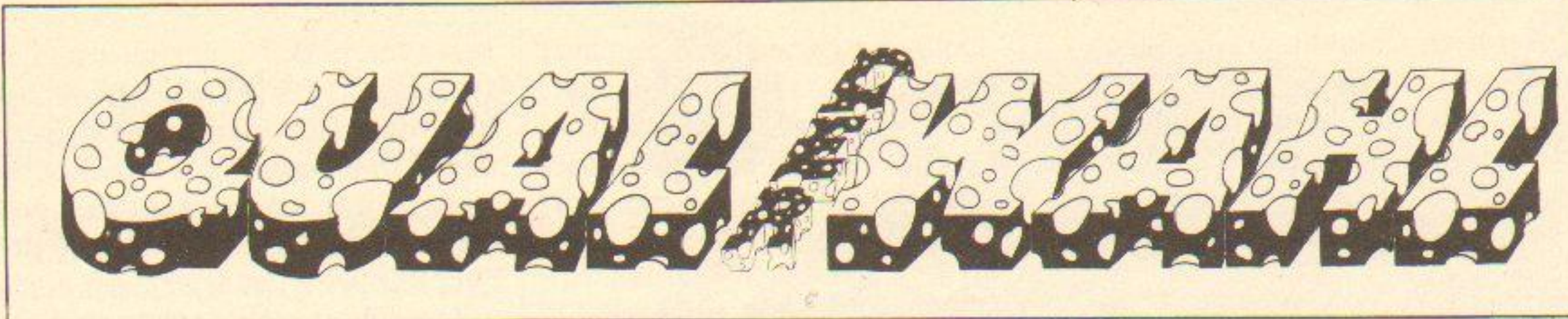
(3) An dieser Stelle kann nicht auf die strukturelle Problematik eingegangen werden, welche die Ölpreisexplosion bewirkte: Verschiebung großer Teile des weltweit erarbeiteten gesellschaftlichen Mehrprodukts auf eine Staatengruppe (Ölförderländer), die sich dennoch als strukturell unfähig erwies, eine unabhängige wirtschaftliche Entwicklung — Aufbau einer nationalen Industrie, die umfassend den Bedürfnissen von Land und Leuten entspricht — zu organisieren. Vgl. hierzu: Winfried Wolf, Spätkolonialismus in den achtziger Jahren, isp-Verlag, S. 19 ff.; und Ernest Mandel, La Crise, Paris 1985 (demnächst — Herbst 1986 — deutsch im Verlag konkret literatur).

(4) In ihrer „Ausverkaufspolitik“, die ebenfalls dem hilflosen Stopfen von Etatlöchern dient, wollte Margaret Thatcher Anfang des Jahres den Hubschrauberproduzenten Westland an die US-amerikanisch-italienische Gruppe United Technologies (Sikorsky) und Fiat verschreiben, was eine Kabinettskrise und den Rücktritt von Verteidigungsminister Heseltine zur Folge hatte. Kurz darauf, im Februar 1986, mußte die kaum mehr eiserne Lady zugeben, daß ihre Regierung mit General Motors und Ford Verhandlungen über den Verkauf von British Leyland an diese US-amerikanischen Konzerne führt. Erneut kam es zu Proteststürmen, insbesondere in der eigenen, konservativen Partei.

(5) Nur an Finnland (und natürlich die RGW-Staaten) exportiert die UdSSR weiter Öl.

(6) Vielfach wird angeführt, die Ölpreissenkung habe große positive Auswirkungen auf die nicht ölfördernden Drittwelt-Länder. Dabei wird übersehen, daß heute die Ölimport-Kosten nicht mehr den wichtigsten Posten in der Leistungsbilanz ausmachen. Das war in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre der Fall. Heute ist es der Schuldendienst an die imperialistischen Banken, welche diese Länder im Würgegriff halten. Und die Verschuldung kam in erster Linie durch die Ölpreisexplosion zustande. Die neuerliche Ölpreissenkung reduziert diesen Schuldendienst jedoch um keinen Dollar.

Ergebnisprotokoll eines Treffens von Vertretern der Leitungen von BWK, FAU/HD (A), GIM, KG (NHT) und KPD zum Thema Bundestagswahlen (Gäste: Vertreter der Gruppe IV. Internationale) 9. 3. 1986



1. Nach der Diskussion, wie sie sich exemplarisch an der des KPD-Parteitages gezeigt hat, ist eine gemeinsame Kandidatur der revolutionären Sozialisten auf Landeslisten zu den Bundestagswahlen 1987 zur Zeit nicht in Sicht.

2. Nichts desto trotz sehen die revolutionären Sozialisten die Möglichkeit, ausgehend von ihren grundsätzlichen Positionen gemeinsame Aufgaben zu bestimmen.

- Sie müssen die gemeinsamen Standpunkte der revolutionären Sozialisten gegen die Grundzüge der aktuellen imperialistischen und reaktionären Politik der westdeutschen Kapitalistenklasse festhalten.

- Sie müssen die aktuellen Bewegungen und Kämpfe gegen die Politik der Bourgeoisie unterstützen und wenden sich gegen alle ideologischen Einflüsse, die das Emanzipationsinteresse der Arbeiterklasse behindern und u. a. der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Kapitalistenklasse und dem sozialen Frieden unterordnen wollen.

3. Zur politischen Ausrichtung gaben die Organisationen folgende Auffassungen zu Protokoll:

BWK — Sie muß den Hauptangriff gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU/FDP und ihre reaktionären und faschistischen Hilfspolitiken führen und eine klare Trennungslinie zwischen den Arbeiterinteressen und der von der SPD mitgetragenen Politik der Expansion ziehen. Nur eine klare Fassung politischer und wirtschaftlicher Interessen der Arbeiterklasse kann die Verfügbarkeit der Arbeiterbewegung für die SPD und die Verfügbarkeit der SPD für die Bourgeoisie mindern.

FAU/HD (A) — Sie muß den Hauptangriff gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU/FDP und ihre reaktionären und faschistischen Hilfspolitiken richten; ausgehend von den Interessen des Massenproletariats, die sie speziell auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik in eine politische Programmatik umsetzen, gerade auch in Auseinandersetzung und Abgrenzung zur Programmatik von SPD und

Grünen.

GIM — Sie muß den Hauptangriff gegen die Politik der CDU/CSU/FDP-Regierung und ihre reaktionären Hilfspolitiken führen. Dabei muß die zentrale Achse des Angriffes das parteiliche Einmischen in die realen Massenbewegungen sein, das Motto „Weg mit der CDU/CSU/FDP-Regierung“ muß im Mittelpunkt stehen. Eine klare Trennungslinie zwischen den Interessen der Arbeiterklasse und der staatstragenden und sozialfeindlichen Politik der SPD ist notwendig; darunter verstehen wir die inhaltlich-strategische Kritik am sozialdemokratischen Politikkonzept; dies berührt nicht die Frage, daß wir unsektiererische und die Aktion fördernde Einheitsfrontinitiativen gegen jedwede bürgerliche Politik mit Sozialdemokraten suchen. Eine ähnliche Herangehensweise ist gegenüber der Grünen Partei zu entwickeln.

KG (NHT) — Der Genosse der AzD-Redaktion vertrat die Auffassung, daß in der Wahlkampagne auf Grund der beschränkten Einflußmöglichkeiten und des konkreten Zustandes der revolutionären Sozialisten die konkret politische und nicht nur abstrakt ideologische Abgrenzung von der Sozialdemokratie in den Vordergrund zu rücken sei.

KPD — Sie muß den Hauptangriff gegen die reaktionäre Politik der CDU/CSU/FDP-Regierung richten und nachweisen, daß die sozialdemokratische Opposition gegen die Wendepolitik keineswegs in dem Sinne grundsätzlich ist, daß sie dem Programm des organisierten Unternehmertums und der politischen Reaktion ein Programm zur Verwirklichung wesentlicher Interessen der Arbeiterklasse entgegensetzt. Bei Anerkennung der Tatsache, daß der Unterschied zwischen der Politik der Wenderegierung einerseits und der Sozialdemokratie andererseits für die Arbeiterbewegung durchaus von Belang ist, muß sie nachweisen, daß die sozialdemokratische Politik auch untauglich ist und nicht darauf abzielt, den Widerstand der Arbeiterklasse gegen die Angriffe von Kapital und Reaktion breit zu entfalten.

Das Eingreifen der revolutionären Sozialisten muß auf praktische Fortschritte in der Frontbildung gegen Reaktion und Imperialismus zielen (bisher angesprochen: Ausländerwahlrecht, reaktionäre Frauenpolitik, Gewerkschaftlicher Kampf/Tarifrunder); dabei muß die Zusammenarbeit, auch punktueller Art, mit anderen Kräften der politischen Opposition gesucht werden.

4. Die Organisationen kamen dahin überein, inhaltlich zu den aufgeführten Punkten Stellung zu nehmen.

Es besteht der Vorschlag, im Herbst einen Kongress zu diesen Fragen durchzuführen, der eine breite Diskussion der angesprochenen Fragen voraussetzen würde und Ergebnisse festhalten könnte.

Die Organisationen stimmen darin überein zu prüfen, ob dieser Vorschlag politisch nützlich und durchführbar ist.

Das nächste Treffen findet Anfang Mai statt. Die Stellungnahmen der Organisationen sollen bis spätestens 30. 4. 1986 beim Präsidium der gemeinsamen Vollversammlung der Leitungen bzw. Vertreter von AAU, BWK, FAU/HD (A), FAU/R, GIM KG (NHT), KPD und PA eingegangen sein.

Stellungnahme I

Die auf dem Parteitag und im letzten RM ausgetauschten Argumente sind allesamt nicht besonders neu, wobei mir die Argumentation der Bremer Papiere jedoch überzeugender scheint. Ich frage mich nur: warum spielte auf dem Parteitag die Alternative: Beteiligung je nach Lage über örtliche Erstkandidaten — und für die Zweitstimme die Losung „Keine Stimme den Wendeparteien“ eigentlich keine Rolle? Diese Position vereint die richtigen Standpunkte auf beiden Seiten sinnvoll und berücksichtigt gleichzeitig unsere zahlreichen negativen Erfahrungen. Auf der LDK Ruhr vor dem Parteitag hatte diese Variante immerhin die relative Mehrheit der Delegierten.

Daß die heutige Mehrheit der

GIM zur Zeit diese Alternative, die die GIM für mich schon 1983 sehr überzeugend vertreten hat, nicht vertritt, kann und soll uns doch nicht daran hindern, sie ernsthaft zu prüfen.

Tatsache ist: Eine Beteiligung der Revolutionäre und eventuell in manchen Orten auch von Kräften darüber hinaus über Erstkandidaten bietet inhaltlich und formal die gleichen Chancen der Propagierung unserer Politik wie eine Listenkandidatur. Sie bietet gleich gute, wenn nicht bessere Möglichkeiten der verschiedenen Organisationen, vor Ort (und nicht über die Köpfe der Mitglieder hinweg) praktisch zusammenzuwirken und zusammenzuwachsen. Sie berücksichtigt endlich mal bei einer Wahlbeteiligung örtliche und regionale Verhältnisse.

Auf der anderen Seite macht sie unser Engagement für eine Beseitigung dieser Regierung durch die Abgabe der Zweitstimme glaubwürdig, so wie es die Bremer Papiere zu Recht fordern.

Ich bin für eine solche Wahlbeteiligung. Warum wird aber jetzt erneut so borniert diskutiert, anstatt uns mal neue Erfahrungen mit dieser Variante machen zu lassen. Und warum sollen wir die GIM- und BWK-Genossen davon nicht überzeugen können? Sie müssen sich doch zumindest damit auseinandersetzen, denn im alten Stil will bei uns die Mehrheit nicht mehr.

Die Argumente von H. D. Köch im letzten RM sind einfach nicht überzeugend. Schon gar nicht hängt an der Aufstellung von Landeslisten die Frage der Vereinigung mit der GIM, das wäre ja auch traurig. Denn eins ist sicher: So wie in unserer heutigen Partei die Wahlfrage umstritten ist, so wird es vermutlich auch in der vereinigten Partei sein, damit wird sie aber leben können.

Die von mir aufgezeigte Alternative wäre allerdings auch ein guter Kompromiß in dieser so verbittert geführten Wahldiskussion. Ich hoffe, wir verböhnen uns nicht erneut und frustrieren uns damit nur selbst.

N. aus Dortmund

Stellungnahme II

Wenn wir ein wenig über den Tellerand der „Einheit der revolutionären Sozialisten“ hinausschauen, so machen uns die objektiven wie die subjektiven Bedingungen die Frage unserer Haltung zu den kommenden Bundestagswahlen doch selten leicht. Die Wenderegierung muß weg. Darüber sind sich wohl alle einig, denn eine Wenderegierung II wird den Stoß gegen die Interessen der Arbeiterklasse und besonders der Frauen und Immigranten weit heftiger führen, als Kohl es bisher geschafft hat. So weit, so klar.

Daß letztlich nur die Mobilisierung gegen die Wendepolitik hilft, auch darüber besteht wohl Einigkeit. Welche Taktik bei den Wahlen nun aber zur „Steigerung der Kampffähigkeit der Arbeiterklasse beiträgt“ (H. D. Köch), ist scheinbar nicht so leicht zu bestimmen. Die Erfahrungen von KPD und GIM lehren jedoch, daß diesbezüglich es ziemlich egal ist, ob wir mit Listen antreten oder zu anderen Formen der Propaganda greifen. Natürlich will auch niemand mehr als „sektierisch“ gelten, d. h. ein Maßstab für uns muß auch die politische Entwicklung in der Arbeiterklasse usw. sein. Und hier trifft die Bremer Position 1 den Nagel auf den Kopf, wenn sie schreiben: „Die Kollegen werden fragen, ob wir uns nicht schämen, einer möglichen rot-grünen Mehrheit die Stimmen zu stehlen.“

Die für uns wichtigen Teile der Arbeiterklasse und der Massenbewegungen werden diese Position beziehen, und wir müssen darauf besser antworten als mit dem Ruf nach Mobilisierungen und eigenen Listen. Nun macht es uns die SPD diesmal leicht. Rot-Kohl Rau (als Kanzler kennt er keine Parteien mehr, nur noch Deutsche: Ahlener Grundsatzrede) ist kein großer Hoffnungsträger, an dessen Wahlaussagen wir anknüpfen könnten im Sinn von „Rau muß ran, aber dann soll er auch ...“. Auch die Grünen machen es uns leicht: Diese Partei, die im Massenbewußtsein weit links der SPD steht, die für Hunderttausende tatsächlich Hoffnungsträgerin ist, hat durch ihre Tätigkeit im Parlament ohne Zweifel zu einer Hebung des politischen Bewußtseins beigetragen und war für die Mobilisierungen und Massenbewegungen der letzten Jahre oft sehr förderlich. Auch wenn sich diese Partei mehr und mehr in den bürgerlichen Staat integriert, diese Funktion bleibt ihr auch in der kommenden Wahlperiode erhalten und die Auswirkungen, die sie heute bereits auf die SPD und auf die Gewerkschaften hat, werden vorerst zunehmen. Insofern dient heute die Anwesenheit der Grünen im Bundestag der „Steigerung der Kampffähigkeit der Arbeiterklasse“, halt auf dem Niveau, auf dem wir uns heute in der BRD und Westberlin befinden, und das wir ja nicht „überspringen“ wollen.

Was hindert uns also, zu sagen: Wir wollen, daß die Wenderegierung fällt. Wir wollen, daß die Grünen wieder in den Bundestag kommen. Unser Programm sieht so und so aus: und dann begründen wir unsere wichtigsten Forderungen. Und da es uns auch das Wahlgesetz so leicht macht: Laßt uns eine solche Haltung doch in ein, zwei dutzend sozialistischen Direktkandidaturen auf möglichst breiter Basis münden. So könnten wir zu den kommenden Bundestagswahlen eine gute und attraktive Politik machen, ohne unsere Identität aufzugeben. Das wäre doch was.

Michael, Nürnberg

Das ZK hatte sich bereits auf seiner ersten Sitzung nach dem 6. Parteitag vorgenommen, über die in verschiedenen Anträgen zum Sonderparteitag und zum letzten Parteitag formulierte Kritik an der politischen Ausrichtung der Partei durch das alte ZK zu diskutieren. Diese Diskussion wurde mit einem ersten Meinungsaustausch begonnen und wird auf der nächsten ZK-Sitzung fortgesetzt.

Großen Raum auf der ZK-Sitzung nahm die Diskussion über die Vereinigungsverhandlungen mit der GIM ein. Am 19./20. April findet eine gemeinsame Sitzung der ZKs von GIM und KPD statt, die Entwürfe für folgende Dokumente verabschiedet wird: einen gemeinsamen Programmentwurf bzw. gemeinsame Abänderungsanträge zum Programmentwurf der KPD, einen gemeinsamen Statutentwurf, einen gemeinsamen Entwurf für eine Resolution über das Selbstverständnis der Partei und eine Vereinbarung über die Haltung der vereinigten Partei bzw. der Ex-GIM-Mitglieder in dieser Partei zur IV. Internatio-

nale. Diese Dokumente werden sofort nach der gemeinsamen Sitzung der ZKs in einer von KPD und GIM gemeinsam herausgegebenen Broschüre veröffentlicht werden.

Über die von der Verhandlungskommission von GIM und KPD erarbeiteten gemeinsamen Abänderungsanträge zum Programment-

vorschlag. Ein genauer Bericht darüber erfolgt auf den Mitglieder-versammlungen Ende März bzw. Anfang April.

Inzwischen hat zwischen GIM und KPD auch ein erstes Gespräch über andere, die vereinigte Partei betreffende Fragen, stattgefunden: über Finanzen, Beitragswesen, Struktur der Zentrale, Sitz der Or-

Bericht über das ZK-Plenum vom 15./16. 3. 86

wurf hatte das ZK bereits auf seiner letzten Sitzung beraten und ihnen im wesentlichen zugestimmt.

Am 15./16. 3. beriet das ZK über einen Entwurf der Verhandlungskommission für eine Resolution zum Selbstverständnis der Partei. Das ZK stimmte diesem Entwurf zu und beschloß, ihn umgehend in der Partei zu veröffentlichen. Bezüglich des gemeinsamen Statutentwurfs und der Vereinbarung über die Haltung zur IV. Internationale beriet das ZK über konkrete Verfahrens-

organisation, Verlags- und Publikationswesen. Das ZK beschloß im Anschluß an den Bericht über dieses Gespräch, der Partei und der GIM vorzuschlagen, die Diskussion über die eventuelle Herausgabe eines monatlichen Magazins erst in der vereinigten Partei wieder aufzunehmen und zur Entscheidung zu bringen. Außerdem wurde beschlossen, in einem gemeinsam vom ZK der GIM und der KPD herausgegebenen **internen** Organ, das Anfang Aprilerscheinen soll, die Diskussion

über den Namen der zukünftigen gemeinsamen Partei zu beginnen.

Außerdem beriet das ZK über den Stand der Diskussion im „Beilagenkreis“ über ein gemeinsames Vorgehen zur Bundestagswahl. (s. Ergebnisprotokoll auf dieser Seite). Das ZK beauftragte das Politbüro, eine Plattform zu erstellen, die ausgehend von der generellen Stoßrichtung des Kampfes gegen die Wendeparteien konkrete politische Forderungen und Aufgaben formuliert. Ob die Durchführung eines Kongresses der revolutionären Sozialisten im Herbst sinnvoll ist oder nicht, hängt nach Ansicht des ZK maßgeblich davon ab, ob eine Einigung über eine politische Plattform erzielt werden kann, die die notwendige Hauptstoßrichtung gegen die derzeitige Bonner Regierungskoalition in angemessener Weise berücksichtigt oder nicht.

Das ZK diskutierte außerdem über die Ergebnisse der Betriebs- und Gewerkschaftskonferenz, die kürzlich stattfand und über die aktuelle Situation im Kampf gegen die Änderung des § 116 (siehe dazu Seite 5 in diesem RM).

leserbrief

„Mindesteinkommen oder Mindestsicherung?“

RM NR. 7, Seite 11

So ein doppelter Salto am Schluß der Kür ist ja manchmal tückisch. Bei Helmut's Artikel jedenfalls habe ich stark den Eindruck, daß er nicht wieder auf den Füßen landet. Welche „Klasse“ ist es denn nun, in deren Interesse ein Existenzgeld von 1000 - 1200 DM (in dieser Höhe wird meiner Kenntnis nach hauptsächlich diskutiert) liegt, und seit wann ist es im Klasseninteresse der Arbeiterklasse, daß unsere existentielle Abhängigkeit von Lohnarbeit erhalten bleibt? Und außerdem: Es gibt kaum ein Mittel, eine Diskussion in der Partei — die der Verfasser ja eigentlich einleiten will — schneller zu beenden, als von Anfang an festzumachen, welchen Klasseninteressen die verschiedenen Positionen zuzuordnen sind.

Politisch stimme ich dem Artikel zu. Angesichts dessen, daß Kapital und Regierung die sozialen Sicherungssysteme angreifen und die Bewegung, die die Kraft hätte, etwas für uns Besseres an ihre Stelle zu setzen, nicht zu erblicken ist, sollten wir

die Sicherungssysteme verteidigen und dafür kämpfen, daß Mindeststandards eingebaut werden.

Aber von den grundsätzlichen Überlegungen her macht es sich Helmut zu leicht. Die Forderung nach staatlich garantiertem Mindesteinkommen ist nicht an sich schon — „in ihrer eigenen grundsätzlichen politischen Begründung“ — eine Affirmation (Zustimmung, Bejahung, RM) der Spaltung der Arbeiterklasse in die, die Arbeit haben und in die, die keine Arbeit haben. So jedenfalls, wie diese Forderung zum Teil in Arbeitsloseninitiativen diskutiert wird, wird darin auch ein Mittel gesehen, die Widerstandskraft derer zu stärken, die Arbeit haben. Es ist ja unbestreitbar, daß die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor der völligen Existenzunsicherheit, die daraus folgt, eben vor der Armut, nicht gerade mobilisierend auf die Kolleginnen und Kollegen wirkt. Momentan jedenfalls führt diese Angst weniger dazu, daß klassenkämpferische Positionen um sich greifen, sie ist im Gegenteil der Boden für Verständnis und

Anpassung an Rationalisierungs- und Konkurrenzzwänge der jeweiligen Unternehmen. Eine Forderung, die sowohl denen, die arbeitslos sind eine (minimale) Existenzsicherung verschafft als auch denen, die Arbeit haben, es erleichtert, sich nicht um jeden Preis den Kapitalisten zu verkaufen, könnte durchaus Element einer Klassenpolitik sein. Und eine Abkopplung von Arbeit und Einkommen wäre ganz gewiß der Kapitallogik extrem entgegengesetzt. Könnte, wäre, wenn ...

Ja, aber das ist für mich das einzige Argument, was dagegen spricht. Die Forderung ist nicht falsch, weil irgendein Grüner oder irgendein Sozialwissenschaftler sie von falschen Überlegungen her begründet oder unterstützt. Sie ist falsch,

weil — unter anderem aufgrund der Situation, die sie beheben soll — die Bataillone, die sie durchsetzen könnten, nicht auszumachen sind, während auf der anderen Seite durchaus auszumachende Bataillone die sozialen Sicherungssysteme zugunsten individueller Risikoversicherungen abbauen. Und weil sich aufgrund dieser gegebenen politischen Situation jeder, der nicht die bestehenden Sicherungssysteme verteidigt, in Ge-

fahr begibt, Wasser auf die Mühlen der Reaktion zu leiten.

Auf das Freundlichste
A.S.

„Die Vergessenen“

Zeitung über politische Gefangene (offensives Diskussionsforum für die Interessen der politischen Gefangenen) Einzelheft kostet 4,— DM (incl. Porto). Bei Mehrfachbestellungen 2,— DM je Ex. plus Porto. Buchläden und Initiativen bekommen ab 10 Stck. Sonderkonditionen. Kontakt-, Bezugs- und Spendenadresse: „Die Vergessenen“, Zeitung über politische Gefangene, Mainzerlandstr. 147 6000 Frankfurt.

Bei Bestellungen bitte Geldschein, Briefmarken oder Verrechnungsscheck beilegen. Spenden für die Organisation von Öffentlichkeitsarbeit für die Interessen der politischen Gefangenen werden gerne entgegengenommen. Spenden auf folgendes Konto einzahlen: Prozeßhilfe Darmstadt, Stichwort: „Die Vergessenen“, Volksbank Griesheim, Kontonummer: 200 310 948, BLZ: 508 624 08

Kölner Auftaktveranstaltung zur bundesweiten Aktion

Bericht • Diskussionen • Aktionsvorschläge: Günter Wallraff alias Ali Levent, aber vor allem Betroffene aus Köln schildern ihre Erfahrungen mit Ausländerfeindlichkeit. Wallraff liest auch in türkischer Sprache. Dazu: Pantomime • Musik • Tanz mit Anso, einer afrikanischen Musikgruppe, Nedim und Rolli Brings. Am Samstag den 12. April 1986, Aula Gymnasium Kreuzgasse, Vogelsangstr. 1 um 17.30 Uhr. Eintritt 3,— DM bzw. 5,— DM für Vollverdiener.

kleinbürgerliche Ideen, aber doch wohl auch und vor allem deshalb, weil Marxisten diesen Bereich aus ihrem Denken ausgegrenzt und dem kleinbürgerlichen Einfluß in der ökologischen Bewegung nichts entgegengesetzt haben.

„Welchen Einfluß haben die neuen Technologien auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen, wie verändern sich die Klassenverhältnisse und die Kampfbedingungen an den verschiedenen Fronten und wie werden sie das alles in Zukunft verändern?“ Die Vernachlässigung dieser zentralen Frage in der Programmdiskussion soll hier nicht beklagt werden. Es ist jedoch zu betonen, daß die gründliche Beschäftigung mit ihr nicht nur wesentliche Entwicklungen in der Gewerkschafts- und Arbeitslosenbewegung erst verständlich macht (Stichwort: Flexibilisierung und Folgen). Erst aus der Beschäftigung mit ihr wird deutlich, daß die Forderung nach Klärung des Verhältnisses von Marxisten zur Frauen- und Ökonomiebewegung heute nicht alternatives Wunschdenken ist, sondern mit dem Ansteuern unseres strategischen Ziel elementar zusammenhängt. Wir können nicht ernsthaft glauben, eine Basis für unsere Ideen zu finden, wenn es den Marxisten nicht gelingt, alle in dieser Gesellschaft aus den ihr innewohnenden Widersprüchen sich entwickelnden Sprengkräfte aufzugreifen und mit der Idee einer sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden.

Ein wahrer Berg von Aufgaben, nicht wahr? Manch einer mag davor zurückschrecken. Es ist auch nicht so, daß diese Arbeit von einer Organisation allein zu leisten sei. Sie hängt mit dem Selbstfindungsprozeß der Linken zusammen und ist darum vielen Genossen, die in den verschiedensten Organisationen beheimatet sind, gemeinsames Anliegen. Wenn wir im Rahmen der revolutionären Sozialisten eine Aufgabe haben und in der Perspektive auf größere Zusammenschlüsse hinwirken, dann müssen wir diesen Prozeß

Film zum § 116

„Sie werden uns nicht zwingen ...“, so heißt ein 45-Minuten-Film der IG-Metall-Verwaltungsstelle Bochum. Der Film entstand im Arbeitskampf 1984 und dokumentiert zu einem Teil den Kampf der Opel-Belegschaft gegen den damaligen Frankfurter

Von dem Video-Film wurden mehrere Kopien gezogen, die die IG-Metall-Verwaltungsstelle Bochum interessierten Gruppen zur Verfügung steht.

Frauen: Theorie

Der soziale Ursprung des Patriarchats: Geschichte, Theorie und aktuelle Aspekte

Wir wollen uns an diesem Wochenende schwerpunktmäßig mit den folgenden Fragen beschäftigen:

- Wie werden die Geschlechterverhältnisse in der marxistischen und feministischen Theorie erklärt?
- Welche Bedeutung hat der Begriff vom Patriarchat für Theorie und Praxis gesellschaftlicher Veränderung in der Arbeiter- und Frauenbewegung?
- Ist Frauenbefreiung vom

Patriarchat innerhalb kapitalistischer Verhältnisse möglich oder setzt sie eine sozialistische Umwälzung voraus?

Diskussionsgrundlage:

Sozialistische Studiengruppen: Der soziale Ursprung des Patriarchats. Frauen, Familie und Gesellschaftsformation, VSA (ISBN 3-87975-254-0), Hamburg 1984, 120 S., 16,— DM. Dietlinde Führenberg / Hans-Peter Kremer

Wochenendseminar 31. Mai/1. Juni, Haus Mönter-Meyer, Bad Laer

Beginn: Samstag, 10 Uhr / Ende: Sonntag, 16 Uhr, Anmeldung bis 16. Mai, 10,— DM

GIM & KPD

Hamburg: „Die NATO: Am Beispiel der BRD-Partnerschaft für die türkische Junta“, Montag, 7. April 1986, 19.30, „Zorba“ Jarrestraße.

ger Form die Klassenaueinandersetzung zuzuspitzen sucht. Niemand soll glauben, daß wir diese Art von Politik gering schätzen, haben wir sie doch in den letzten sechs Jahren mitgetragen und hat sie uns doch, im Gegensatz zu anderen revolutionären Gruppen, in Kreisen der Gewerkschaftslinken eine gewisse Achtung und Anerkennung als ernsthafte politische Menschen eingetragen. Wir befürworten es, daß die Betriebsgenossen weiter am Aufbau einer starken und konsequenten Gewerkschaftsopposition arbeiten und hierbei auch politische Kampagnen entfalten.

Auf der anderen Seite soll sich niemand der Täuschung hingeben, irgendeine Instanz der Partei könne nach Verabschiedung des Programmentwurfs die Ideologiedebatte zur Nebenseite erklären und die Genossen wieder an die „praktische Arbeit“ schicken. Das wird nicht funktionieren, weil in der Programmdiskussion viele erkannt haben, daß die Erstarrung und Dogmatisierung des Marxismus sehr viel weiter geht, als das in der bisherigen Debatte deutlich wurde. Es ist den Feministinnen in der Partei zu danken, daß mit der Problematisierung von Familie und Patriarchat im Programmentwurf und dem Quotierungsbeschluß Elemente in unser Denken und Handeln hineingekommen sind, die den klassischen marxistischen Horizont sprengen und gebieterisch unser

Dieser Aufsatz versteht sich als ein erster Versuch, mit dem Einlösen zu beginnen.

Der Kern der Auseinandersetzung dreht sich um die Frage, wie wir für die Vorstellungen von demokratischem Sozialismus, wie wir sie in großer parteiinterner Übereinstimmung im Programmentwurf formuliert sehen, eine Basis gewinnen können. Es ist dies tatsächlich eine ganz entscheidende Angelegenheit, um die wir uns heftig streiten müssen, eine Frage, von deren richtiger Beantwortung es abhängt, ob die Sozialisten in diesem Land eine politische Kraft werden können, oder ob sie politische Außenseiter bleiben.

Der Lösungsvorschlag, den uns das alte ZK in den Thesen unterbreitet hat, sieht vor, die ideologische Grundsatzdiskussion in den Hintergrund treten zu lassen und statt dessen, verstärkt durch die Vereinigung mit der GIM praktische Politik zu treiben. Und zwar eine Politik, die sich, wie in der Vergangenheit auch, an der Linie der Auseinandersetzung zwischen Gewerkschaftsbewegung und Reaktion bewegt und in kampagnenmäßi-

pin
wand



Gemeinsames Zeltlager von KJD und RSJ/Roter Maulwurf: 1. bis 4. Mai in der Eifel. Preis 30 DM für Nichtverdiener, 40 DM für Verdienner ... Programm und weiteres wird noch bekanntgegeben.

KJD-Gruppendelegierten-treff: 5. April 86 in Bielefeld. Eingeladen sind alle KJD-Gruppen, sowie Aktivisten aus den Orten, aus denen es keine KJD-Gruppen gibt. Ort und Uhrzeit wird noch bekanntgegeben.

Wie weiter in der KPD?

Auf dem 6. Parteitag ist eine interessante Debatte um die politischen Perspektiven der Partei aufgebrochen. Ein gutes Drittel der Parteitage delegierten hat dem allgemeinpolitischen Teil der Thesen des ZK die Zustimmung verweigert. Es könnte der Eindruck von Defätismus, Obstruktion und unsolidarischem Verhalten entstehen, wenn diese Gruppe nicht versuchte, ihre politischen Vorstellungen zu formulieren und darzustellen. Freilich kann man ihnen keinen Vorwurf machen, daß dies nicht zum Parteitag geschah, dafür ließ die enge Terminplanung keine Zeit. Somit bleibt die Aufgabe bestehen.

Roter Morgen

Hiermit bestelle ich:
Abonnement(s)
ab.Nr.

- ★ jährlich 40 DM
- ★ halbjährlich 20 DM
- ★ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM
- ★ Ich habe den Betrag von DM an den Verlag überwiesen
- ★ Ich bitte um Vorausrechnung
- ★ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

Name
Vorname
Straße:
PLZ/Ort

Der „Rote Morgen“ erscheint 14-täglich.

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290 (Bankleitzahl 440501199) Postscheckkonto Dortmund 79600 - 461

Die geistig-moralische Elite

Dr. Helmut Kohl

Kohl, Helmut: „Die politische Entwicklung in der Pfalz und das Wiedererstehen der Parteien nach 1945“, Heidelberg 1958, Signatur: U 58. 4033

„Die Pfalz beheimatet — soweit sich solche alle-

Elite und Führungsqualitäten sind wieder gefragt, in dieser unserer gekauften Republik.

Die Führer schließlich, die uns zur geistig-moralischen Erneuerung aufrufen, sind ihres Zeichens Dr. oder Prof. E. h. Dr. h. c. —

Lauter gebildete Menschen, sollte man meinen. Doch kaum einer weiß, wie gebildet sie wirklich sind, wofür diese Herren (wenig Damen) ihren jeweiligen Doktor-Titel erhielten. Wir haben uns den Spaß gemacht, aus drei

Doktorarbeiten zu zitieren, von Herren, die sich entweder durch „Blackout“ oder durch besondere Geistesblitze in den letzten Wochen verdient gemacht haben.

Die Zitiererei zerstückelt dabei etwas das Gesamtwerk einer Doktorarbeit. Wir hoffen, ein Doktor wird uns dies verzeihen können, zumal die gesamte Arbeit auch kein höheres Niveau erreicht als die einzelnen Zitate

Meinens dem Meinen selbst keinerlei Schranken setzen kann ...“ (S. 51)

„Im Zusammenspiel mit begrifflichen Begründungen wird deshalb das Bild eine notwendige und wertvolle Ergänzung sein, eine Einbruchsstelle für das Neue und jeweilig Besondere der sich wandelnden Welt, die das logische System vor einer nachteiligen Sterilität bewahrt; auf sich allein gestellt, könnte es dagegen nur zu



Dr. Norbert Blum

Blum, Norbert Sebastian: „Willenslehre und Soziallehre bei Ferdinand Tönnies. Ein Beitrag zum Verständnis von ‚Gemeinschaft und Gesellschaft‘“. Bonn, 1967, Signatur: U 67. 2383

Schmerz und Lust sind die Triebfeder aller geistigen Tätigkeit (...) Lust-wollen ist der genetische Stamm der Erkenntnis. (...) Indem ein Lustgefühl im Versinken des Schmerzes deutlich wird, ist der Keim des Willens, die Lust, geboren.“ (S. 60)

Das Gebären schafft ursprünglichste Gemeinschaft: die Blutgemeinschaft zwischen Mutter und Kind.“ (S. 83) „Das Kind ist Leib vom Leib der Mutter und durch diese Bedingung seiner Leiblichkeit in die Einheit der Gemeinschaft verwiesen.“ (S. 88) „Im Verhältnis der Gatten konstituiert die leibliche Geschlechtlichkeit die Einheit dieser Gemeinschaftsform“ (S. 88) „Gatten bleiben Gatten, weil sie gemeinsame Kinder haben.“ (S. 85) „Im Verhältnis zwischen den Gatten, (...) ist Gefallen zwar noch immer gemeinschaftsstiftende Funktion, insofern auch das Verhältnis zwischen den Gatten ein vegetatives ist ...“ (S. 84) „Geistige Gemeinschaft übertrifft an Hafttiefe und Dauer jede durch ein emotionales Erlebnis entfachte Massengesellschaft.“ (S. 139)

„Die Gemeinschaft der Verwandtschaft ist eine Gemeinschaft der durch gemeinsame Abstammung gestifteten Gleichheit des Blutes. Ihr gemeinsamer Sitz ist das Haus ...“ (S. 81) „Das Haus ist das Erkennungszeichen der gemeinsamen Familie.“ Das gemeinsame Haus ist gleichsam das Erkennungszeichen der Familie.“ (S. 86)

„Die Philosophie kann sich freilich nicht anmaßen, als Platzanweiserin im Gebäude der Wissenschaft zu fungieren.“ (S. 35) „Mensch und Tier sind in einer Stufenfolge eingeordnet. Sie unterscheiden sich nur graduell.“ (S. 57) „Das Tier hat Welt, aber es hat sich nicht in dieser Welt.“ (S. 136) „Neuere Forschungen, auch solche, die sich auf exakte naturwissenschaftliche Messungen stützen, haben gezeigt, daß von einer Natur,

wie sie das Tier hat, beim Menschen nicht gesprochen werden kann.“ (S. 131) „Der rein natürliche Mensch ist also eine Fiktion.“ (S. 131) „Der Mensch ist nicht, was er biologisch ist, er ist mehr, und diese ‚Mehr‘ ist nicht meßbar, weil es qualitativer Art ist.“ (S. 134)

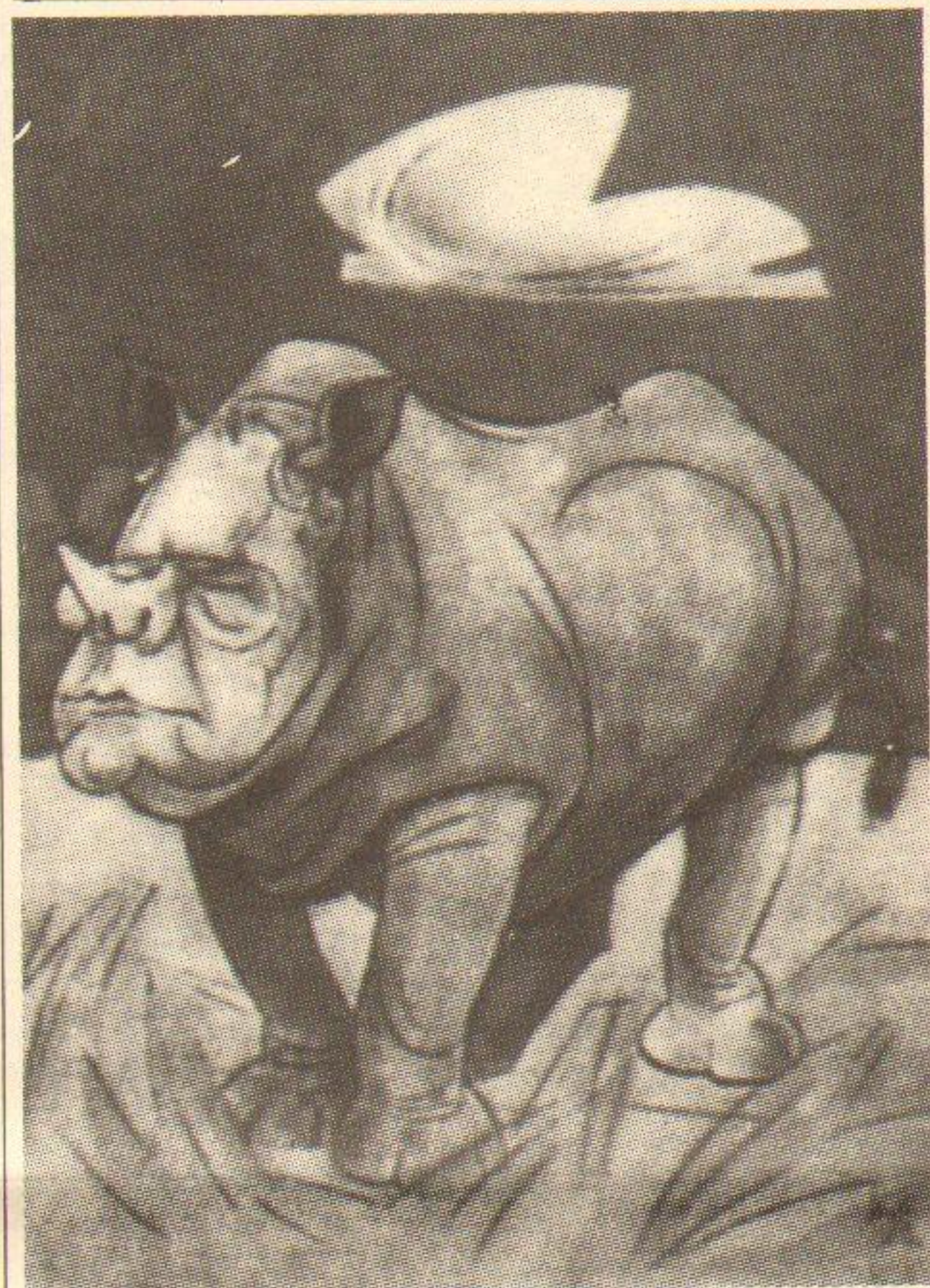
„Das Denken wird durch die leiblichen Erlebnisse in Gang gesetzt.“ (S. 51) „Denken als Denken ist zu nichts fähig, weil es selbst nichts ist, wenn es nicht Form des Willens ist.“ (S. 61) „Indem ich rot sehe, erkenne ich mich als Rotsehender, aber nicht selbstverständlich, sondern erst, wenn ich mir in der Erkenntnis des Rotsehens zuschaue, erkenne ich mich als Träger eines Rotsehens.“ (S. 136) „Wir können also konstatieren: Denken und Erkennen ist dem menschlichen Leben unentbehrlich ...“ (S. 58)

Dr. Martin Bangemann

Bangemann, Martin: „Bilder und Fiktionen in Recht und Rechtswissenschaft“, München 1964, Signatur: U 64. 8831

„Der Versuch, die Bedeutung eines Wortes zu bestimmen, muß sich mit einer eigentümlichen Schwierigkeit auseinandersetzen: man glaubt, eine deutliche Vorstellung von dem betreffenden, durch das Wort bezeichneten Begriff zu haben, jedoch umfaßt eine diese Vorstellung befriedigende Definition nicht den ganzen Sinngehalt des Begriffs ...“ (S. 1) „Bilder“ sind vor allem — diese Bedeutung liegt bei einem vorläufigen Überblick am nächsten — optisch wahrnehmbare Darstellungen, die nicht notwendig, jedoch möglicherweise ästhetischen Gesetzen unterliegen. Bild in diesem Sinne ist ‚nachahmende Abbildung‘, gestaltete und gestaltende Darstellung in Gemälden, Zeichnungen, Modellen und Fotografien, die ihrerseits wieder vervielfältigt werden. ‚Abbilder‘ und Kopien liefern können.“ (S. 4)

„Ob diesem Gegenstand außerhalb des Bewußtseins des Meinenden ein Sein zukommt, ist für das Meinen selbst belanglos, es können ‚wirkliche‘, ‚mögliche‘ wie



‚unwirkliche‘ oder ‚unmögliche‘ Gegenstände gemeint werden; innerhalb der Sphäre des Bewußtseins dagegen setzt das Meinen ein Sein bestimmter Art voraus, der gemeinte Gegenstand muß, soll er überhaupt gemeint werden können, sich dem meinenden Akt als davon abtrennbarer Inhalt, oder mit einem Ausdruck Löringhoffs, als ‚Meinbares‘ darbieten. Das Sein dieses Meinbaren bleibt gleichwohl vom Meinen abhängig, es muß gemeint werden, um zu sein; nur ‚als Gemeintes‘, ist ‚das Gemeinte‘.“ (S. 54) „Aus dieser Abhängigkeit vom Akt des Meinens folgt, daß das Meinbare als Inhalt des

leicht der Diener der Willkür werden.“ (S. 36)

„Bildähnliche Zeichen — man denke nur an Verkehrsschilder — sind neben dem geschriebenen und gesprochenen Wort nur von untergeordneter Bedeutung. Der Buchstabe der Schrift und das Wort der Sprache bedingen aber, wiewohl sie auch die Medien anschaulicher Vorstellungen sein können, in ihrer Zeichenhaftigkeit einen unanschaulichen Grundzug des Rechts.“ (S. 34) „Mit anderen Worten: das Symbol des Kreuzes oder der Palme weist keine Ähnlichkeit mit dem Gemeinten auf, (...) sondern ‚illustriert‘ ...“ (S. 17)

Alle Zitate stammen aus dem Buch: „Dünnschneidbohrer in Bonn — Aus den Dissertationen unserer Elite“, Achim Schwarze, Eichborn-Verlag, ISBN 3-8218-1031-9, 10 Mark.

Radikale Fans der Wende-Disserteure können sich die authentischen Doktorarbeiten zum privaten Dauerspaß besorgen. Einfach in die nächste Bucherei gehen, die Signatur aus dem Verzeichnis der Hochschulschriften abgeben und per Fernleihe das entsprechende Werk bestellen. Es kann manchmal ein paar Wochen dauern.

Hier noch ein Überblick über weitere Dissertationen der geistig-moralischen Elite: Wörner, Manfred: „Strafgerichtsbarkeit über Truppen bei einverständlichem Aufenthalt auf fremdem Staatsgebiet.“ München 1959, Signatur: U 59.6030

Zimmermann, Friedrich: „Die elterliche Gewalt der Frau unter besonderer Berücksichtigung von Art. 3 Abs. II des Grundgesetzes.“ München 1951, Signatur: U 51.6615

Geißler, Heinrich: „Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung nach Art. 4 Abs. 3 des Grundgesetzes.“ Reutlingen 1960, Signatur: U 60.8037

Lambsdorff, Otto Graf: „Abschied vom Reichsleistungsgesetz unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Rechtsprechung zum RLG.“ Köln 1952, Signatur: U 52.5476

Albrecht, Ernst: „Investitionsprobleme der Montangemeinschaft.“ Bonn 1959, Signatur: U 59.951

Jenninger, Philipp-Harolf: „Die Reformbedürftigkeit des Bundesverfassungsgerichtes.“ Tübingen 1958, Signatur: U 58.7450

meinen Feststellungen treffen lassen — eine fröhlichen und weltoffenen Menschen-schlag, der viel Sinn für gesellschaftliches Zusammenleben und die Freuden der Zeit hat und dem dogmatischen Denken abgeneigt ist.“ (S. 48)

„Neben einem ausgeprägten Sinn für Toleranz besteht jedoch häufig ein allzu starkes und unangenehmes Selbstgefühl. (...) Bei aller Aufgeschlossenheit und praktischen Intelligenz haben die Pfälzer keine ausgeprägte musische Veranlagung.“ (S. 48) „Eine spezifisch christliche Politik, die die kirchlichen Bekenntnisse nicht berührt, ist daher im allgemeinen nicht möglich. Sie ließe sich nur dort denken, wo der Gegensatz von christlich und nicht-christlich eindeutig wahrnehmbar ist ...“ (S. 78)

„Die Gründer der politischen Parteien in der Pfalz nach dem Zusammenbruch 1945 konnten kaum die spätere Entwicklung voraussehen ...“ (S. 161) „Innerhalb der Parteien ließ sich eine gewisse ‚Camaraderie‘ feststellen, das gemeinsame Erlebnis in der Emigration und im Konzentrationslager, die frühere Zugehörigkeit

zur gleichen Partei, die gemeinsame Mitgliedschaft in einer studentischen Verbindung und auch die ehemalige Zugehörigkeit zum gleichen ‚Regiment‘ spielten eine große Rolle.“ (S. 162)

„Mit Ausnahme der KP (...) gab es in allen anderen Parteien einige wenige Persönlichkeiten, die — aus welchen Gründen auch immer — in dem Ruf der nationalen Unzuverlässigkeit standen.“ (S. 151/152)

Eine spezielle pfälzische Note läßt sich bei der Neubzw. Wiedergründung der Parteien in der Pfalz — wenn man von tagespolitischen Forderungen absieht — kaum erkennen. Typisch pfälzisch ist allerdings die Atmosphäre, in der sich die Beziehungen zwischen den Parteien abspielten, d. h. die zu beobachtende „Tuchführung“ zwischen den Parteiführern.“ (S. 160) „Da in der repräsentativen Demokratie das Schicksal eines ganzen Volkes in hohem Maße von der Qualität und Beschaffenheit der einzelnen Parteien und ihrer Repräsentanten abhängt, hat eine solche zeitgeschichtliche Untersuchung ihre Berechtigung.“ (S. 161)